

darmstädter studenten zeitung

1 F 2824 F

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

Nov./Dez. 1972
20. Jahrgang

Nr. 131

Bild am Sonntag

deckt auf:

Der Terror hat

tausend Gesichter

BITTE BLÄTTERN SIE UM



Harter Drill in der Wüste. Die Mitglieder der palästinensischen Guerilla-Organisation werden intensiv ausgebildet. Nach Deutschland kommen sie aber anders: Elegant gekleidet als Kaufleute oder Studenten und mit gefälschten Pässen.

- So operieren palästinensische Partisanengruppen in der Bundesrepublik
- So werden ihre Mitglieder eingeschleust
- So helfen ihnen deutsche Anarchisten

**Palästinafrage
Teil II**



Inhalt

- 2 **betrifft: dsz**
- 3 **„Ein heiliges Anliegen der Weltzivilisation“**
Formen imperialistischer Herrschaft im Nahen Osten
- 6 **Geschäfte mit dem Erdöl der arabischen Welt ...**
... die Anliegen des internationalen Ölkartells
- 9 **Palästinensischer Widerstand**
Individueller Terror – oder:
Soziale Revolution
- 15 **Entschließung des UNO-Sicherheitsrates zur Lage in Nah-Ost vom 22. 11. 1967**
- 22 **Für eine demokratische Lösung der Palästinafrage**
Resolution der FPDLP
- 36 **Friedenspolitik in Nah-Ost**
- Umschlagseite III**
Hinweis auf dsz 132



**„... aber Yassir, halt mir Deine Leute zurück!“
(Yassir Arafat und Anwar Al Sadat)**

**darmstädter
studenten
zeitung**
Nr. 131

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint einmal alle zwei Monate.
Verleger: Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt und Studentenschaft der Fachhochschule Darmstadt (Körperschaften des öffentlichen Rechts).
Anschrift von Redaktion und Verlag:
61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16/25 17, 33 09.
Verantwortlich: Friedhelm Ernst – Verlagsleiter: Wulf van Riesen.
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt 541397.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Hindenburgstraße 42, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

dpa-Bilder auf Seite 1, 3, 5, 8, 13, 15, 16, 17, 20, 24, 25, 30, 31, 34 und U I

betrifft: dsz

„Es wäre nicht absurd anzunehmen, daß die arabischen Führer in Zukunft genauso dringend die ‚Rückkehr zu den Grenzen von 1966 oder 1967‘ fordern würden, wie sie dies in Hinblick auf die Grenzen von 1947 tun, die sie in der Vergangenheit ablehnten.“

(Abba Eban in einem Beitrag in der der US-Zeitschrift „Foreign Affairs“, Sommer 1965)

Das nebenstehende Zitat von Abba Eban — es ist wohl gemerkt bereits aus dem Jahre 1965 — verdeutlicht noch einmal die aggressive Politik der Zionisten, das nationalistische Expansionsstreben der Israelis. Die damit aufzuwerfenden Fragen wurden in der letzten Ausgabe der dsz ausführlich behandelt.

Das Zitat von Abba Eban vermittelt aber auch einen anderen Aspekt des Nah-Ost-Konfliktes: Die Haltung der arabischen Regierungen, die immer wieder bereit scheinen, sich einer „Friedensregelung“ zu beugen, obwohl sie somit dazu beitragen, aus dem palästinensischen Volk eines von Flüchtlingen zu machen. Dabei ist das Bemerkenswerte an diesem Konflikt, daß nach drei arabisch-israelischen Kriegen, die jeweils ihren Anfang in einer Aggression der Zionisten nahmen, die arabischen Staaten in der Meinung der Weltöffentlichkeit als die Unruhestifter dastehen.

Die letzte Ausgabe der dsz hat gezeigt, wer die „Friedlosigkeit“ im Nahen Osten schürt und welches Interesse die Westmächte an diesem „Unruhestifter“ haben, der am treffendsten bezeichnet werden kann als der „Wachhund des Imperialismus“ im Nahen Osten. Diese Ausgabe der dsz beschäftigt sich nun mit der anderen Seite des Problems, die aber nur zu verstehen ist als die andere Seite ein und derselben Medaille: Die Medaille heißt „imperialistische Herrschaft“ — insbesondere die der USA —; die eine Seite ist die sehr offene zionistische Variante dieser Herrschaft, die andere die mehr (zum Beispiel Jordanien) oder weniger (zum Beispiel Ägypten) offene Form derselben Herrschaft in den arabischen Ländern.

Die Artikel in dieser Ausgabe haben zwei Schwerpunkte. Zum einen werden die Verhältnisse in den arabischen Ländern dargestellt, vor allem von denen, die unmittelbar als Anrainer vom Nah-Ost-Konflikt betroffen sind; von besonderem Interesse sind dabei die Position des feudalen Regimes in Jordanien und die Ideologie des „Arabischen Sozialismus“ in seinen verschiedenen Spielarten. Zum anderen wird die Situation im palästinensischen Widerstand erläutert, wobei auch dort das Augenmerk auf zwei zu unterscheidende Richtungen gelenkt wird: die nationalistischen Gruppen im Widerstand, denen es um die Machtergreifung des arabisch-palästinensischen Volkes in Palästina geht, und die sozialistischen Gruppen, die ihren Kampf als einen integrierenden Bestandteil des antiimperialistischen Kampfes der Völker der Dritten Welt begreifen.

Der angekündigte Artikel zur westdeutschen Presseberichterstattung über den Nah-Ost-Konflikt mußte aus zeitlichen Gründen gestrichen werden.



„Ein heiliges Anliegen der Weltzivilisation“

Formen imperialistischer Herrschaft im Nahen Osten

Sunday Telegraph am 10. Juni 1967 an die zivilisierte Welt: „In der letzten Woche hat sich eine einzige westliche Gemeinschaft, eingeleitet von zahlenmäßig ungeheuer überlegenen Massen unterentwickelter Völker, fähig gezeigt, den Arabern von heute ihren Willen fast ebenso mühelos aufzuzwingen, wie es den ersten Weißen gegenüber den afro-asiatischen Eingeborenen in der Blütezeit des britischen Imperialismus gelungen ist.“

Der Spiegel, das bundesdeutsche Renomierdruckwerk, dem es mit am unterhaltsamsten gelingt, den Leser an den Anzeigen entlang zu führen, wußte am 11. 9. 1972 von anthropologischen Merkwürdigkeiten zu berichten:

„Der britische Orientkenner Anthony Nutting“ habe festgestellt, die Araber könnten gelegentlich „... nur noch mit dem Herzen denken“. Auch seien die „Taten der Palästinenser“ unter anderem „von teuflischer Feigheit geprägt“, recherchierte der Spiegel.

Die Richtigkeit dieser Bekundungen wurden abgestützt mit dem Hinweis, daß Nutting Staatsminister im Kabinett Eden gewesen sei. Spätestens seit der Bombardierung Ägyptens durch die britische Luftwaffe unter der Regentschaft eben jenes Kabinetts Eden ist allerdings bekannt, daß die britische Art zu denken unterschieden ist von der der Araber.

Der Spiegel fährt fort:

„die Tragödie der Bewohner des Landstrichs zwischen Mittelmeer und Jordan-Fluß, Negev-Wüste und Ragili-Bergen, hatte 1947 mit einer UNO-Entscheidung begonnen“.¹⁾

Mit dieser Verkürzung des Problems wurde der Spiegel allerdings der beinahe hundertjährigen Erfahrung der Briten mit der arabischen Art in keiner Weise gerecht. England konnte mit der Okkupation Ägyptens 1886 erste Eindrücke sammeln und sie vertiefen und auf andere arabische Länder ab 1920 ausweiten, als es sich zusammen mit den Franzosen die arabische Welt teilte. Der Verdacht liegt nahe, daß diese Erfahrungen der Einschätzung des „britischen Orientkenners“ zugrunde liegen. Es scheint — nicht nur deshalb — geboten zu sein, die Entwicklung der arabischen Welt unter diesem Aspekt zu reflektieren.

Pan-Islamismus — eine antikolonialistische Ideologie

Schon vor der Kolonisation Palästinas durch die Zionisten existierte die arabische Widerstandsbewegung. Sie war in ihrem Anfang Teil einer Erneuerungsbewegung innerhalb des zerfallenden Osmanischen Reiches, das die arabischen Länder mit einschloß. Unter dem Eindruck der wachsenden Verschuldung und der damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit des Reiches

von den Westmächten, wurde um die Jahrhundertwende von westlich gebildeten Offizieren und Intellektuellen zum Widerstand gegen den wachsenden Einfluß des Westens ein Pan-Islamismus propagiert. Wesentlicher Inhalt des Versuchs, die veralteten, halbfeudalen Strukturen zu reformieren, war es, die Gleichwertigkeit oder Überlegenheit der islamischen Kultur gegenüber der westlichen wieder herzustellen. Der Appell an die gemeinsame, große kulturelle Vergangenheit sollte die nationalen Kräfte gegen die Fremdherrschaft mobilisieren.

Türkei: Ein Lehrbeispiel

Ab der Jahrhundertwende wurde die Türkei Zentrum der Pan-Islamischen-Bewegung, die nach dem 1. Weltkrieg in der türkischen Revolution unter der Führung von Kemal Atatürk ihren Höhepunkt fand. Damit zerbrach auch ihre Einheit. In einigen wesentlichen Punkten nimmt der Verlauf dieser Revolution Prozesse vorweg, die sich fast ein halbes Jahrhundert später in den arabischen Ländern vollziehen sollten. Die Führer der Bewegung waren vor allem Offiziere und Bürokraten, also Vertreter des orientalischen Kleinbürgertums. Da die Bewegung sich nicht vor dem Hintergrund einer entfalteten bürgerlichen Produktionsweise abspielte, sondern diese vielmehr erst zu schaffen hatte — durch eine Industrialisierung nämlich — konnten sie ihr Ziel, die Zerschlagung und Ablösung der feudalen Herrschafts- und Produktionsstrukturen nur „von oben“ erreichen, mit Hilfe eines gestärkten Militär- und Verwaltungsapparates. Die im Verlauf der Bürgerlichen Revolution durchgeführten Demokratisierungsprozesse wurden daher auch nicht von der Masse der Bauern und Handwerker getragen; die kleinbürgerliche Bewegung endete konsequent in der Etablierung der neuen, bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse.

Die relative ökonomische Rückständigkeit der Türkei, der Zwang immer mehr Investitionskapital für den Prozeß der Industrialisierung zu beschaffen, trieb die neuen Herren jedoch zwangsläufig in die Arme ihrer alten Widersacher, der imperialistischen Westmächte. Eben jene Verwestlichung, Verschuldung und Abhängigkeit, gegen die sich der Pan-Islamismus gewandt hatte, setzte sich nun in verstärktem Maße fort. Nach dem 2. Weltkrieg hatten die entwickelten kapitalistischen Länder der Türkei zwar einen relativen ökonomischen Fortschritt beschert, sie jedoch zugleich in eine neokoloniale Abhängigkeit gebracht. Eine ähnliche Entwicklung leiteten die arabischen Offiziere und Intellektuelle 30 Jahre später ein.

1. Die erste Phase der arabischen „nationalen“ Befreiung

Auch die arab. Offiziere und Intellektuellen versuchten mit Landreformen, Verstaatlichung des ausländischen Besitzes, der Banken, die Macht des Imperialismus zu brechen und damit einen nationalen wirtschaftlichen Aufbau unter der Kontrolle des Staates zu ermöglichen. Auch sie waren ihrer Herkunft nach überwiegend Angehörige des städtischen Kleinbürgertums, das heißt der Bürokratie, des Handwerks und des kleinen Handels. Aber im Gegensatz zur Türkei in der es vor dem 1. Weltkrieg so gut wie kein national-türkisches Bürgertum gab, „weil die Funktionen des Handels-, Finanz- und Manufakturkapitals fast ausschließlich in den Händen nicht türkischer Nationen lagen“²⁾, waren die arabischen Nationalisten eng verbündet mit der in den Städten lebenden Feudalschicht und dem Bürgertum, das durch Handel zu großem Reichtum gekommen war. Anders als in der Türkei, wo gegen die Feudalschicht ein Neuaufbau des Staates — immerhin zu Anfang — versucht wurde, setzten sich in der arabischen Bewegung zunächst die Interessen und Ideologien der traditionellen Oberklasse durch, die sich lediglich gegen die unzweckmäßige Despotie des osmanischen Reiches wandte.

Im Interesse dieser Klasse konnte es auch nicht liegen, sich gegen jedwede Fremdherrschaft aufzulehnen. Ganz im Gegenteil: Die Erben der „trade society“ hatten ihre „gewachsenen“ Pfründe zu verteidigen: „Die arabische Zone hat immer eine kommerzielle Funktion erfüllt und hat in ihrer Rolle als der einzige Mittelsmann (zwischen Europa und Süd-Asien bzw. Schwarzafrika) vorwiegend

landwirtschaftliche Gemeinschaften miteinander in Verbindung gebracht, die keinen direkten Kontakt miteinander hatten.“ Der Reichtum der großen Städte kam daher nicht wesentlich aus der Ausbeutung der Einwohner der ländlichen Gebiete, „sondern . . . aus dem Handel über große Entfernungen, die ihr Monopol als Vermittler garantierten — das bedeutet ein Einkommen, das in letzter Analyse aus dem Surplus abgezweigt wird, den die herrschenden Klassen anderer Kulturen (derjenigen, die durch die arabische Welt zusammengeführt werden) aus deren Bauernschaft ziehen.“³⁾ Nur die wenigen Bauern, die am Rande der Wüsten und im Gebirge lebten, führten ein Eigenleben neben der sonst relativ einheitlichen, vornehmlich städtischen Kultur, in der Handel, Handwerk und kleine Manufaktur überwogen. Noch zur Zeit des ersten Weltkrieges sind von den 1,5 Mio. Menschen, die in Syrien, Palästina und Irak lebten, 30% Stadtbewohner, 40% Landbewohner und der Rest Nomaden⁴⁾.

Die sozialen Strukturen der arabischen Länder blieben stabil bis zum Niedergang des städtischen Handwerks durch die Einfuhr billiger westlicher Waren einerseits und der Veränderung der Eigentumsformen auf dem Lande unter der türkischen Herrschaft andererseits. Die Landreform von 1858 sollte zur Verbesserung der Steuererhebung das Privateigentum an bebautem Boden einführen. Das schwache osmanische Reich konnte allerdings kaum diese Reform verwirklichen: Die Bauern hielten am Besitz des Bodens durch die Dorfgemeinschaft fest. Die Besitztitel fielen meist an in den Städten

WINTERURLAUB 1972/73

Bitte fordern Sie unseren neuen Prospekt an.

Skireisen in alle Länder
Hüttenprogramme
Chalets / Appartements
Internationale Begegnungen
Minitrips in Europas Metropolen
Sonnen-Reisen
Sprachferien
Kreuzfahrten
USA-Reisebaukasten
oder mit dem 150-Dollar Ticket kreuz und quer durch die USA.

STUDENTENREISEN DARMSTADT

Zweigstelle der Auslandsstelle
des Deutschen Bundesstudentenringes GmbH.
61 Darmstadt, Alexanderstraße 22, Telefon: 16 27 18

lebende Sippenoberhäupter oder Bürger, die sich an die Stelle des Staates als Tributerhebende Instanz setzten. Durch Stammes- und Familienbeziehungen über religiöse und traditionelle politische Autorität verfügend, hatten sie häufig große politische Macht über die Bauern. Die Entstehung der Großgrundbesitze allerdings garantierte erst die Präsenz der französischen und britischen Mandatsmacht, die sich in den Großgrundbesitzern treue Verbündete schafften.

Das Interesse der von dieser „glücklichen“ Entwicklung profitierenden Bürger galt erstens der Pflege der guten Beziehungen zu den Stammesfürsten, die wie sie Nutznießer waren, zweitens aber vor allem dem Bündnis mit dem gemeinsamen Gönner. So gelang es den Briten an die Spitze des arabischen Nationalismus den haschemitischen Sherif von Mekka

zu setzen, als Führer der nationalen Befreiung und König der Araber. Wenn die führenden Kräfte der Bewegung nun von nationaler Befreiung sprachen meinten sie die Sicherung und Entfaltung ihrer Geschäfte mit den Westmächten, wozu die Beseitigung der türkisch-osmanischen Herrschaft notwendig war. Konsequenterweise wurde diese deshalb im Bunde mit dem britischen Imperialismus und dessen König der Araber zerschlagen. **So endete die erste Phase der „nationalen Befreiung“ denn auch 1920 in der Errichtung des französischen Mandats über Syrien (einschließlich Libanon), der Lostrennung Palästinas von Syrien und der Errichtung des britischen Mandats über Palästina (mit dem Versprechen, eine zionistische Heimstätte zu schaffen), sowie über Transjordanien und Irak, jeweils mittels eines haschemitischen Fürsten.**

trauen . . . , die diesen Schutz im Auftrag des Völkerbundes als Mandatar-Staaten auszuüben haben.“⁶⁾

Die Zionisten — Englands Juniorpartner

Mit der Verfassung der Jewish-Agency von 1929 entstanden die ersten Unstimmigkeiten zwischen dem Senior und dem Junior. Die Bestimmung, daß „in allen Arbeiten und Unternehmungen, die von der Jewish-Agency ausgeführt oder unterstützt werden, die Verwendung jüdischer Arbeit als Grundsatz gelten muß“⁷⁾, weckte die Besorgnis der Briten um die Stabilität im Nahen Osten und damit um die Sicherung der eigenen Interessen. Premierminister J. Ramsey warnte vor einer Überspitzung der gespannten Lage in Palästina. Er schrieb 1931 in einem Brief an den Präsidenten der Jewish-Agency:

„Es muß betont werden, daß wenn als Folge dieser Politik (der zionistischen d. R.) arabische Arbeiter verdrängt und die bestehende Arbeitslosigkeit verschärft wird, dies ein Faktor in der Situation ist, auf den der Mandatar sein Augenmerk richten muß.“⁸⁾

Die ablehnende Haltung der Zionisten zu einem britischen Vorschlag, der die paritätische Besetzung eines gesetzgebenden Rates für Palästina vorsah, zwang die Briten eine andere „Befriedungspolitik“ zu praktizieren: Der Zoll auf ausländische Agrarprodukte, hauptsächlich Weizen, Oliven, Tabak usw., wurde zunächst aufgehoben, was die Überschwemmung des Marktes mit billiger ausländischer Ware zur Folge hatte. Darüberhinaus wurden die arabischen Bauern mit hohen Steuern belastet, die sie angesichts der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht entrichten konnten.

Damit waren sie gezwungen ihre Felder zu verkaufen. Diese Politik sollte den beginnenden Aufruhr der Araber unter-

Fortsetzung auf Seite 29



2. Großbritannien sichert seine Kolonialherrschaft

Nachdem die Türken erfolgreich verjagt waren, gingen die Westmächte flugs daran, die eigene Kolonialherrschaft zu errichten. Die Interessen Englands benannte der damalige britische Minister Leopold-Amery:

„Unsere gesamte Strategie ist darauf eingestellt, daß die Flotte immer freie Bahn hat, von hier über das Mittelmeer über den Suez-Kanal in die östlichen Meere vorzudringen, um in der Lage zu sein, einem so schwierigen Problem, wie z. B. der jetzigen Bewegung in China, gerecht zu werden.“⁵⁾

Der Zionismus schien Großbritannien als Wachhund und Juniorpartner seiner imperialistischen Interessen geeignet zu sein. Zumal es an gutem Einvernehmen nicht fehlte. Hatten die Zionisten früher auch andere Länder als „nationale Heimstätte“ im Sinn, so entschied man sich gemeinsam für Palästina, weil sich dies aufs Vortrefflichste verband mit den kriegstechnischen Überlegungen der Briten: Nachdem sie sich die Westflanke des Suez-Kanals mit dem militärischen Einfall in Ägypten 1886 unter Kontrolle

gebracht hatten, wollten sie nun die zweite Flanke sichern; Palästina, das den Osmanischen Truppen im Ersten Weltkrieg als Angriffsbasis diente, nahm in diesem Bereich deshalb eine besonders wichtige Stellung ein. Abgesichert wurde diese Politik durch diplomatische Arrangements, die ihren Niederschlag 1919 im Artikel 22 des Vertrages des Völkerbundes fanden:

„Jenen Kolonien und Gebieten, die in der Folge des letzten Krieges nicht mehr unter der Herrschaft eines fremden Staates stehen, deren Bewohner aber noch nicht in der Lage sind, den gesteigerten Erfordernissen der modernen Welt gerecht zu werden, soll man Hilfe nach dem Grundsatz angedeihen lassen, daß das Wohlergehen und die Entwicklung solcher Völker ein heiliges Anliegen der Weltzivilisation sein muß. Die Verwirklichung dieses Anliegens soll in diesem Vertrag aufgenommen werden. Die beste Methode, diesem Grundsatz zu praktischer Wirksamkeit zu verhelfen, besteht darin, den Schutz solcher Völker den weiter entwickelten Nationen anzuver-



Geschäfte mit dem Erdöl der arabischen Welt...

Das Interesse des Imperialismus am Nahen Osten war in der Vergangenheit vorwiegend begründet in der militärisch-strategischen Schlüsselposition dieses Raumes. Doch seit den 30er Jahren gewinnen die arabischen Länder zunehmend an ökonomischer Bedeutung für den Westen. Der steigende Energiebedarf der Industriestaaten und die im arabischen Raum reichlich sprudelnden Ölquellen führten dazu, daß alle politischen Aktivitäten in diesem Gebiet fortan vom Profitstreben der internationalen Ölkonzerne und dessen Absicherung bestimmt wurden.

Bis zum letzten Weltkrieg dominierten im Nahen Osten die englischen Ölgesellschaften, die 90% der Ölwirtschaft über die British Petroleum Company und die mit englischem Kapital arbeitende Royal Dutch Company kontrollieren. Die restlichen 10% teilten sich französische und amerikanische Gesellschaften.

Der erste Einbruch in das britische Monopol gelang 1928 den USA beim Abschluß des Red-Line-Abkommens, dessen Ergebnis die Bildung der Iraq Petroleum Company war, an der sich die US-Ölgesellschaften mit 24% beteiligten. So recht faßten die amerikanischen Konzerne allerdings erst 1954 in Iran Fuß, im Anschluß an den vom CIA initiierten Sturz von Ministerpräsidenten Mossadegh, der 1951 die iranischen Ölvorkommen verstaatlicht hatte. Als „Provision“ für die Vermittlung im Ölstreit zwischen Iran und Großbritannien erhielten die USA einen 40% Anteil am neuen Erdölkonsortium in Iran¹⁾. Damit war der Wettlauf um das Öl Vorderasiens zugunsten des US-Kapitals entschieden, das heute über fast 2/3 der Gesamtproduktion des Nahen Osten verfügt.

Parallel dazu setzten verstärkt politische Aktivitäten der USA im arabischen Raum ein. Zumal schon während des zweiten Weltkrieges besorgniserregende Prognosen über den künftigen Ölbedarf des Landes und dessen Deckung auf den amerikanischen Kontinent bekannt wurden: „Die Zukunft der Großmacht Öl liegt nicht mehr auf dem amerikanischen Kontinent. Der Schwerpunkt der Erdöl-

Weltproduktion verschiebt sich immer mehr aus dem Gebiet des Golfs von Mexiko und dem karabischen Raum (Venezuela) nach dem Gebiet rund um den Persischen Golf.“²⁾ Während nach Schätzungen amerikanischer Öl-experten die US-Reserven in 10 bis 12 Jahren aufgebraucht sein würden, wurde für die Ölvorkommen der arabischen Welt mit einer zehnfachen Ausbeutungsdauer gerechnet. Das drohende Öldefizit brachte die USA nach 1945 auf Nahostkurs.

Die Globalstrategie des US-Imperialismus erfordert zudem, ständig in hohem Umfang erschlossene Erdölfelder in Reserve zu halten, um bei plötzlich auftretenden Importbehinderungen auf die eigenen Ressourcen ausweichen zu können. „Hier zeigt sich die Rohstoffabhängigkeit als dialektischer Prozeß: Die Abhängigkeit der kapitalistischen Industrie von der Ausbeutung fremder Rohstoffquellen intendiert – neben anderen ökonomischen Zwangszusammenhängen – die Entfaltung des Imperialismus. Die dazu notwendige Verstärkung des militärischen Potentials erhöht wiederum den Rohstoffbedarf der imperialistischen Länder und damit deren Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen.“³⁾

Mehr als die Hälfte des gesamten Erdölverbrauchs der kapitalistischen Industrienationen wird aus Importen der Dritten Welt gedeckt. Die arabischen Länder bestritten 1970 77% davon⁴⁾ Sie vereinen den größten Teil der heute bekannten Ölvorräte der Welt auf sich. Nirgendwo sonst konzentriert sich auf so engem Raum eine so gewaltige Menge Öl. Nach den derzeitigen Schätzungen liegen allein im nahöstlichen Teil der Welt 60% der Weltressourcen⁵⁾.

Den Erdölhandel der Welt haben sich sieben große Ölgesellschaften aufgeteilt. Den „sieben Schwestern“ des internationalen anglo-amerikanischen Ölkartells gehören fünf amerikanische Ölgesellschaften an: die Gulf Oil Corporation, die SOCONY Mobil Oil, die Standard Oil of California, die Standard Oil of New Jersey und die Texaco; ferner die British Petroleum (BP), kontrolliert vom britischen Kapital, und die Royal Dutch Shell Company,

die zu 60% in holländischem und zu 40% in britischem Besitz ist⁶⁾.

Die Ölfelder des Nah- und Mittelostens teilen sie wie folgt unter sich auf: Die National Iranian Oil Company (NIOC) wird zu 54% von der BP und der Royal Dutch Shell Gruppe zu 6% von der Kompagnie Francaise des Petrolès und zu 40% von den amerikanischen Gesellschaften (Standard Oil of New Jersey, Standard Oil of California, SOCONY Mobil Oil, Gulf Oil) kontrolliert. An der Iraq Petrol Company (IPC) sind die BP, die Shell und die Company Francaise des Petrolès mit je 23,75% beteiligt, während SOCONY Mobil und Standard Oil of New Jersey zusammen weitere 23,75% besitzen. In Saudi-Arabien halten vier amerikanische Konzerne, nämlich Standard Oil of California, Standard Oil of New Jersey und Texaco (mit je 30%) und SOCONY Mobil Oil (mit 10%) unter dem Namen ARAMCO (Arabien American Oil-Company) das Konzessionsmonopol. In Kuwait besitzen Gulf und BP gemeinsam eine Konzession und teilen sich als Kuwait Oil Company die Profite. An der Bahrein Petroleum Company sind zu je 50% die Texaco und Standard Oil of California beteiligt⁷⁾.

Die Profitraten der Erdölgesellschaften zählen zu den höchsten aller kapitalistischen Unternehmen. Zwischen 1946 und 1959, dem „Goldenen Zeitalter“ der Ölgewinne, warfen die Investitionen des amerikanischen Privatkapitals in Kanada durchschnittlich 2,5% Gewinn ab, in Westeuropa 7,9%, in Venezuela 14,4% und in den Staaten des Nahen Ostens über 50%⁸⁾. Nach der offiziellen Statistik der US-Regierung belief sich 1965 das Einkommen der amerikanischen Ölgesellschaften aus ausländischen Investitionen auf 1,789 Milliarden Dollar wovon fast die Hälfte, nämlich 813 Millionen Dollar, aus der arabischen Welt kamen⁹⁾. Die Extraktion des arabischen Erdöls ist besonders billig und profitabel. So betragen zum Beispiel die durchschnittlichen Erschließungs- und Produktionskosten im Nahen Osten 16 Cents pro Barral (=159 Liter), in Venezuela dagegen 51 Cents, in den USA 173 Cents und in Kanada 310 Cents¹⁰⁾. Die hohen Gewinne, die die Ölgesell-

...die Anliegen des internationalen Ölkartells

schaften im Nahen Osten erwirtschafteten werden nur zu einem geringen Teil in die Förderländer reinvestiert. Durch den Transfer eines außerordentlichen hohen Teils des volkswirtschaftlichen Überschusses in die Kapitalgeberländer wird das industrielle Wachstum in den arabischen Ölländern entscheidend behindert. (Siehe dazu den Abschnitt Libanon im vorhergehenden Artikel.) Doch nicht nur auf diese Weise üben diese Ölgesellschaften starken Einfluß auf die wirtschaftliche und damit soziale und politische Entwicklung der arabischen Länder aus. Sie verhindern zugleich, daß die bei der Erdölgewinnung anfallenden Nebenprodukte industriell verwertet werden können. Als charakteristisches Beispiel sei hier die von der ARAMCO in Saudi-Arabien verfolgte Politik aufgeführt: Sie „verbrennt das bei der Ölförderung entstehende Erdgas und verbietet den Aufbau von chemischen Industriezentren zur Erdgasverwendung, weil dadurch in Saudi-Arabien ein neues Proletariat entstehen könnte, das sich am Ende gegen die Amerikaner wenden würde.“¹¹⁾

Die Ölmagnaten können zudem auf die politische Unterstützung der imperialistischen Administrationen zählen. Die Macht der Öl-Lobby wird besonders deutlich am Beispiel der Rockefeller-Gruppe. Ihr gehören die Standard Oil of New Jersey, die Standard Oil of California und die Mobil Oil an. Zusammen beherrschen sie etwa 25% der Ölproduktion der kapitalistischen Welt und repräsentieren ein Kapital von 70 Milliarden Dollar¹²⁾. Die Chase Manhattan Bank, die der Rockefeller Familie gehört, bildet das Koordinationszentrum dieses gigantischen Konzerns, des einflußreichsten Machtblocks der amerikanischen Finanzoligarchie. (Er verfügte zum Beispiel zeitweilig über einen firmeneigenen US-Außenminister: Dean Rusk, Präsident der Rockefeller-Foundation). Wie sich die Anliegen der Öl-Lobby in der Politik des Weißen Hauses niederschlagen, darauf verweist die Äußerung McNamaras aus dem Jahre 1967:

„Der Nahe und Mittlere Osten ist für die USA von strategischer Bedeutung, weil

sich hier politische, militärische und wirtschaftliche Einflüsse überschneiden und weil das Erdöl dieser Region für den Westen lebensnotwendig ist. Daher setzen wir uns sehr für die Stabilität und stetige Weiterentwicklung im Nahen und Mittleren Osten ein. Wir haben auch ein großes Interesse daran, unsere Bündnisse mit Griechenland, der Türkei und Persien aufrecht zu erhalten, da diese drei Länder zwischen der Sowjet-Union und Häfen und Ölquellen des Mittleren Ostens liegen.“¹³⁾

Daß die günstige geografische Lage dieser Verbündeten auch aufs rechte genützt werden und man ihrer Unter-

Emiraten — recht unproblematisch, so bedarf es im Verhältnis zu den kleinbürgerlich-progressiven Regimes differenzierterer Anstrengungen: Konflikte im arabischen Raum werden geschürt, wobei hilfreich der Zionismus zur Seite steht. In Fortsetzung seiner Politik der Spaltung und Regionalisierung der arabischen Welt ist der Imperialismus daran interessiert, die arabischen Staaten gegeneinander auszuspüren, um auf diese Weise den Charakter imperialistischer Ausbeutung im Nahen Osten zu verschleiern und das revolutionäre Potential in den arabischen Staaten zu paralisieren.



stützung sicher sein kann, darüber klärt Humphrey, Ex-Vize, auf:

„Wissen Sie, was der Chef der persischen Armee einem unserer Leute gesagt hat? Er sagte, die Armee sei dank der amerikanischen Hilfe in guter Verfassung — sie sei jetzt in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden.“¹⁴⁾

Zusätzliche Sicherungen sind die Luftwaffenbasen in Tunesien, Saudi-Arabien, die Nato-Basen in Griechenland und der Türkei und die dauernde Stationierung der 6. amerikanischen Flotte im Mittelmeer. Die hervorragende Zusammenarbeit mit der Kompradorenbourgeoisie des Libanon und der jordanischen Monarchie wurde schon an anderer Stelle dargestellt.

Gestaltet sich das Verhältnis zu den reaktionären Ländern des Nahen Ostens — besonders zu den Oligarchien Saudi-Arabien und den Golf-

Quellennachweis:

- 1) Bahman Nirumand, Persien-Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt S. 37ff.
- 2) ebd.
- 3) B. Schüngel, Das Argument 53 S. 293
- 4) FR vom 23. 1. 71 zit. nach Volker Ullrich in Al-Djabha Nr. 11 S. 20
- 5) Al-Djabha Nr. 6/7 S. 16
- 6) vgl. Victor Perlo, Die amerikanischen Erdölgesellschaften und der Mittlere Osten
- 7) George Lenczowski, Oil and State in the Middle East S. 9
- 8) E. Krippendoff, Die amerikanische Strategie S. 375
- 9) P. M. Sweezy, Israel und der Imperialismus
- 10) B. Schüngel a.a.O. S. 295
- 11) FR vom 14. 11. 70 zit. nach Volker Ullrich a.a.O. S. 21
- 12) Al-Djabha Nr. 6/7 S. 18
- 13) zit. nach H. Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus S. 104
- 14) Newsweek vom 22. 5. 61 zit. nach E. Krippendoff a.a.O.



Palästinensischer Widerstand

Individueller Terror - oder: soziale Revolution

„In seinem Sessel, behaglich dumm,
Sitzt schweigend das deutsche Publikum.“

(Marx)

Vorbemerkung

Das Verhältnis der bundesdeutschen Bevölkerung zum palästinensischen Widerstand ist geprägt von den Vorfällen während der olympischen Spiele in München.

1. Was da während eines Tages — von Presse und Rundfunk begierig ausgeschlachtet — dem verängstigten und zudem über den entzogenen Sportgenuß verärgerten deutschen Publikum auf den Fernsehschirm gesetzt wurde, hat es nur in dem Vorurteil bekräftigt, daß es spätestens seit dem ‚grandiosen Sieg‘ der Israelis im Juni 1967 von den Arabern schlechthin hatte: ‚Die‘ Araber seien dumm. Und sie seien nicht nur dumm — nein — brutal seien sie obendrein! Flugzeuge entführten sie, versetzten Unbeteiligte in panische Angst, brächten unschuldige Menschen um. — Menschen, von denen die Presse dem Publikum einzureden versucht, es seien Menschen ‚wie Du und ich‘. Jeder könne im nächsten Flugzeug sitzen, das anstatt in New York irgendwo in der Wüste landet . . . jeder — auch Meiers, Müllers und Lehmanns, die sich bestenfalls einmal im Jahr einen Charterflug mit Neckermann in ein drittklassiges Hotel auf Mallorca leisten können.

Die Panikmache hat System, sie erfüllt ihre Funk-

tion. Die so liebgewonnenen Studentendemonstrationen — wußt man doch, wohin man seinen täglichen Ärger ablassen konnte — sind rar geworden. Über die Gastarbeiter hat einem selbst der Bundespräsident gesagt, daß dies Menschen seien, die einem die dreckigsten Arbeiten verrichten, und daß man sie darum auch als Menschen achten solle. Aber jetzt hat man ‚seine‘ Araber, endlich wieder einen neuen Untermenschen! Und einen zugkräftigen Namen (macht sich gut für die Schlagzeilen) hat er auch: „Schwarzer September“. Dieser Name, dessen ist man sich sicher, steht für viele. Übrigens hat auch da der Bundespräsident eine deutliche Sprache gesprochen. Und im Fernsehen, abends in der Tagesschau, hat man’s ja gesehen: zigtausende haben die Särge dieser Terroristen in Tripolis in Empfang genommen. Die Araber seien . . . , meint das deutsche Publikum.

Daß das Flugzeug, mit dem eben diese Särge von München nach Tripolis geflogen wurden, vom libyschen Vertreter der Firma Magirus-Deutz („Die deutschen Bullen“) geschartert worden war, das wurde in der Tagesschau nicht erwähnt. Hauptsache, das deutsche Publikum hat seinen Untermenschen und die deutsche Wirtschaft ihren stabilen Handel — auch mit den arabischen Staaten.

2. Zur Klärung der Fragen allerdings, wie es denn überhaupt zur Bildung einer Gruppe wie des „Schwarzen September“ im palästinensischen Widerstand kommen konnte, wie es möglich ist, daß derartige „Heldentaten“ von der arabischen Be-

völkerung frenetisch gefeiert werden, und wieso derartiger Terror von den arabischen Staaten stillschweigend gebilligt wird, zur Klärung all dieser Fragen trägt die emotionsgeladene Panikmache im allergrößten Teil der deutschen Presse und im Rundfunk nichts bei.

An dieser Stelle wird daher der Versuch unternommen, einen Beitrag zur Klärung der aufgeworfenen Fragen zu leisten. Sie lassen sich nicht — das sei von vornherein betont — aus der derzeitigen Situation der palästinensischen Widerstandsbewegung beantworten, genausowenig, wie sie sich aus der Betrachtung der Erfolge und Mißerfolge in den Auseinandersetzungen mit der israelischen Armee erklären ließen. Zur Beantwortung der Fragen ist es nötig, die Entwicklung des Widerstandes seit seinem Entstehen zu verfolgen und diese Entwicklung in Beziehung zu setzen zu den jeweiligen arabischen Verhältnissen. Der Artikel versucht, das in der hier gebotenen Kürze zu leisten, wobei sicherlich noch

viele Aspekte — vor allem die der Beziehungen zu den arabischen Staaten — zu kurz kommen.

Im übrigen sei auf den Artikel zur Lage in den arabischen Staaten in diesem Heft verwiesen; zur Geschichte des Zionismus und zur Situation in Israel hat die letzte Ausgabe der dsz ausreichend Material geliefert.

3. Trotz der Kürze der Darstellung ist der Artikel wegen der Menge des zu verarbeitenden Materials recht umfangreich geworden. Die übliche Länge eines dsz-Beitrages wurde bei weitem überschritten. Um es dem Leser — der gerade hier an der TH und der FH vollgepfropft wird mit Arbeiten für das Studium — dennoch zu ermöglichen, sich mit der Entwicklung der Widerstandsbewegung vertraut zu machen, ist der Artikel in fünf Abschnitte geteilt, die zunächst relativ unabhängig voneinander gelesen werden können.

1. Die Widerstandsbewegung bis zur Gründung des Staates Israels 1948

Der palästinensische Aufstand von 1929

Der palästinensische Widerstand hat eine lange Geschichte. Sie beginnt nicht erst — wie vielfach angenommen wird — mit der Gründung der derzeit operierenden Widerstandsorganisationen; sondern sie geht zurück auf die Zeit der britischen Mandatsmacht in Palästina nach 1920 und die damals sich verstärkende Kolonisierung des Landes durch die zionistische Weltbewegung. Schon damals taten sich bei dem Versuch, zu einer umfassenden Würdigung der palästinensischen Verhältnisse zu gelangen, Schwierigkeiten auf, wie sie auch heute in ähnlicher Form bestehen. So schreibt eine sowjetische Zeitschrift im Jahre 1929:

„Aus klar verständlichen Gründen schreiben die Fellachen nichts darüber, wie sie geplündert und exploitiert (ausgebeutet; d. R.) werden. Sie protestieren mit der Waffe und nicht mit der Feder. Den Zionisten dagegen stehen viele „Forscher“ zur Verfügung, die ihre kolonialisatorischen Fortschritte verherrlichen. Die gesamte, sehr reichhaltige bürgerliche Literatur über Palästina . . . ignoriert die eingeborene Bevölkerung vollkommen.“¹⁾

Zum ersten Male wurden im größeren Umfang die sozialen Spannungen, die ihre Ursache in der jüdischen Kolonisation des Landes haben, im arabischen Aufstand des August und September 1929 deutlich. Unmittelbarer Anlaß des Aufstandes waren die Beschlüsse des 16. Zionistenkongresses im August 1929 in Basel. Dort wurde der „Grundsatz der jüdischen Arbeit“ nachdrücklich betont, der besagt, daß auf jüdischem Boden in Palästina nur Juden arbeiten dürfen. Führer des Aufstandes war Izziddim El-Kassam. Richtete sich die Erhebung in den Städten hauptsächlich gegen die britische Mandatsmacht, welche die jüdische Einwanderung protegierte, und kam es dort zu Zusammenstößen mit dem britischen

Militär, so richtete sich die Erhebung auf dem flachen Land gegen die jüdischen Siedlungen, vor allem in den Gegenden, in denen die arabische Bevölkerung von ihrem Boden vertrieben worden war. Die Bewegung trug dort deutlich antizionistisches Gepräge. Sie war untrennbar verbunden mit der immer weiter um sich greifenden Besitznahme immer größerer Ländereien durch jüdische Kolonisatoren nach dem Ersten Weltkrieg. Einige Zahlen mögen das verdeutlichen: Von der gesamten Fläche Palästinas in der Größenordnung von 27 Millionen Dunam (etwa 25 000 qkm; 1 Dunam entspricht 919 qm) waren damals rund 10 Millionen Dunam landwirtschaftlich nutzbar. Davon wiederum gehörten den jüdischen Kolonisatoren im Jahre 1928 rund 1 Million Dunam. In welcher Zeitspanne das Land in Besitz genommen wurde, läßt sich verdeutlichen am Grundeigentum des jüdischen Nationalfonds: er stieg von 21 008 Dunam im Jahre 1919 auf 214 000 Dunam im Jahre 1927²⁾.

Mit dem Geld der großen, weltweiten Zionistenorganisation wurden immer umfangreichere Ländereien aufgekauft. Dabei bevorzugten die Zionisten in der Regel die fruchtbarsten Landstriche. Wie nun kamen überhaupt die zionistischen Organisationen in den Besitz arabischen Landes? Weshalb verkauften Araber Grundeigentum an Zionisten?

Ein Großteil des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens gehörte nicht den Fellachen, die es bewirtschafteten, sondern arabischen Großgrundbesitzern. Diese waren während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu ihrem Besitz gelangt, als die damalige osmanische Regierung zur Aufbesserung ihres Staatshaushaltes den Grundbesitz mit hohen Steuern belegte. Die kleinen Fellachen konnten diese Steuern nicht aufbringen und waren gezwungen, ihr Land an finanzkräftige Kreise zu verkaufen; sie selbst blieben als Pächter auf ihrem Boden. So konzentrierte sich das Bodeneigentum mehr und mehr in den Händen der Großgrundbesitzer.

Diese hatten nun a priori kein sonderliches Interesse an den spezifischen sozialen Problemen, die mit ihrem Besitz verbunden waren; darüberhinaus führte der überaus unexakte türkische Kataster dazu, daß es nie möglich war, die genaue Größe des „Besitzes“ festzustellen. Das Angebot der Zionisten, Boden aufzukaufen, war daher verlockend, konnten sich die arabischen Großgrundbesitzer so ihrer Probleme entledigen.

Aber mit dem Verkauf waren die Probleme selbst nicht gelöst – im Gegenteil. Immer noch saßen die Fellachen als Pächter auf dem Boden. Zwar schlossen die Kaufverträge des öfteren die Bedingung ein, daß das Land „frei“ von allen darauf lebenden Fellachen übergeben werden mußte. Doch waren die arabischen Großgrundbesitzer in der Regel nicht in der Lage, den Boden von den auf ihm und von ihm lebenden Menschen zu „befreien“. Darauf richteten sich die aufkaufenden Zionisten ein und bildeten sogenannte Okkupationsgenossenschaften – militante Trupps, welche die Aufgabe hatten, die arabischen Fellachen von ihren Pachtgrundstücken zu vertreiben. War diese Aufgabe gelöst, zogen die Okkupationsgenossenschaften zu anderen Einsatzorten und die Organisation „Haschomer“ („Der Wächter“) übernahm dann die Bewachung und Verteidigung der „befreiten“ Gebiete. Charakterisiert wurde dieser Prozeß von niemandem besser als von Chaim Weizmann, dem Führer der zionistischen Weltorganisation:

„Palästina muß ein jüdisches Land sein wie England englisch ist.“

Der palästinensische Aufstand von 1936 bis 1939

Den sozialrevolutionären Kreisen um El-Kassam gelang es im Zuge des Aufstandes von 1929, Widerstandsgruppen unter Arbeitern in Haifa und von den Juden verdrängten Bauern zu gründen. Sie hofften auf eine spontane Aufstandsbewegung der arabischen Massen in Palästina und gar auf die Unterstützung durch großbürgerliche arabische Kreise. Doch diese Erwartungen erfüllten sich damals noch nicht, und so begannen sie ohne weitere Unterstützung mit dem Partisanenkampf.

Eine Reihe dieser Gruppen wurden im Jahr 1935 zerschlagen. Mitte der dreißiger Jahre war der Widerstand geschwächt, und die wirtschaftlich-soziale Situation in Palästina verschlechterte sich mehr und mehr zu Ungunsten der arabischen Bevölkerung. Die Weltwirtschaftskrise hatte viele Juden in Mitteleuropa ruiniert. Viele wanderten nach Palästina aus, die Welle der Einwanderung schwoh darüberhinaus mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland an. Der Höhepunkt wurde 1935 mit 61 854 Einwanderern erreicht. Wäre es bei dieser Quote geblieben, hätten die Juden bereits nach 10 Jahren die Mehrheit der Bevölkerung gestellt. Dazu traten wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zwar hatte die Weltwirtschaftskrise Palästina nicht erfaßt, aber nun nach Beginn des Krieges in Äthiopien wurde der Kapitalzufluß in den Vorderen Orient unvermittelt gestoppt. Arabische Arbeiter verloren ihre Arbeitsplätze, von den Juden wurde mit großer Härte der „Grundsatz der jüdischen Arbeit“ durchgesetzt. Moderne, von eingewanderten Juden aufgebaute Wirtschaftszweige stellten keine arabischen Arbeiter ein.

Unter diesem Druck auf die arabische Bevölkerung konstituierte sich gegen Ende des Jahres 1935 eine Front arabischer politischer Gruppierungen unter der Führung des Mufti von Jerusalem, Hadj Amin El-Husseini, der im übrigen von den Engländern in sein Amt eingesetzt worden war. Diese arabische Front stellte im November 1935 folgende Forderungen an die britische Mandatsmacht: **Einwanderungsstop für Juden; Verbot des Landverkaufs; Zusicherung der Bildung einer arabischen Regierung im Lande, basierend auf der Majorität der Araber.** Im Februar und im März 1936 wurden diese Forderungen sowohl vom Unter- als auch vom Oberhaus in London verworfen.

Die Folge war – für die Araber der einzig gangbare Weg – der Aufstand. Er begann am 19. 4. 1936 mit Straßenkämpfen in Jaffa und mit einem Generalstreik, der von Mitte April bis zum 21. 10. 1936 dauerte. Der bewaffnete Aufstand verlagerte sich ins Gebirge und nahm zumindestens zu Beginn den Charakter einer Bauernrevolte an.

Auf ihrem Höhepunkt hatte die Revolte das ganze Land erfaßt: Im Frühjahr und Sommer 1936 war die britische Administration im größten Teil der nicht-jüdischen Gebiete des Landes nur noch eine Fiktion.

Doch unter den gegebenen Verhältnissen mußte der Aufstand scheitern. Er wurde im übrigen nicht mit einem Male niedergeschlagen, sondern er starb langsam ab. Die Gründe dafür waren folgende:

● Dem **Mufti von Jerusalem** gelang es, während des Aufstandes seine Autorität zu steigern, was er vor allem dazu benutzte, politische Gegner auszuschalten und die wesentlich **feudalistische Struktur der palästinensisch-arabischen Gesellschaft** zu stärken. Die mit ihm freundschaftlich verbundenen Feudalherren und Großgrundbesitzer kollaborierten derweil heimlich mit der Jewish-Agency und bereicherten sich am Bodenverkauf, während sie nach außen hin vorgaben, mit an der Spitze des palästinensischen Widerstandes zu stehen. Sie beriefen sogar eine Nationalversammlung ein, welche die Aufgabe haben sollte, die nationale Einheit herzustellen und den Widerstand der arabischen Massen zu organisieren. Doch schon wenige Monate später forderten sie eben diese Massen auf, den Kampf einzustellen. Gemeinsam mit den Herrschern in Transjordanien, im Irak und Saudi-Arabien unterdrückten sie die nationale Befreiungsbewegung und sicherten sich so ihre eigene Position.

● Der **feudalistisch-religiöse Akzent des Widerstandskampfes** begünstigte die Teilnahme von Arabern aus den angrenzenden arabischen Ländern, die allerdings im Grunde nur deshalb eine „Unterstützung“ lieferten, weil sie eigene Interessen an den palästinensischen Gebieten hatten.

● Der **Generalstreik** begünstigte – so paradox das klingt – die Entwicklung der jüdischen Gesellschaft. Die Juden weiteten, um ihre Versorgung zu gewährleisten, die eigene Landwirtschafts- und Industrieproduktion stark aus und versahen das Land mit einer eigenen Infrastruktur. Sie gingen somit in ihrer ökonomischen Unabhängigkeit gestärkt aus dem Aufstand hervor.

● Der Zusammenstoß mit den Briten und nicht primär mit den Juden hatte die **Vernichtung der arabischen Militärmacht in Palästina und eines Teils der arabischen Führung des Landes** zur Folge. Nach fast drei Jahren ungleichen Kampfes war die Militärmacht der Araber zerstört, während in derselben Zeit die Juden mit britischer Hilfe die ihre ausdehnen konnten. Die jüdischen Gruppen verhielten sich bewußt defensiv. Sie bauten Selbstschutztrupps auf, die sich nur zusammen mit britischen Truppen an Repressalien gegenüber Arabern beteiligten. So konnten sie unter der wohlwollenden Haltung der Mandatsmacht bis zum Ende des Aufstandes eine legale jüdische Truppe in der Stärke von 21 000 Mann aufbauen. Diese wurden in die Gendarmerieeinheiten eingegliedert, die später den Kern der israelischen Armee bildeten.

● Mit dem **Herannahen des Zweiten Weltkrieges** suchte Großbritannien eine schnelle Lösung. Der Mufti von Jerusalem näherte sich den deutschen Nationalsozialisten an. Unter wirtschaftlichem Elend und politisch demoralisiert versagte die arabische Bevölkerung nach und nach die Unterstützung für den Aufstand. Ende 1938 wurde das Land von britischen Truppen zurückerobert.

Damit war das unausweichliche Ende des Aufstandes besiegelt. Gleichzeitig waren sämtliche Bedingungen beseitigt, die es den arabischen Palästinensern noch einmal ermöglicht hätte, sich gegen die jüdische Eroberung ihres Landes zu wehren. In einer israelischen Studie angefertigt von Dr. Y. Bauer, Professor für zeitgenössische Judenforschung an der Hebräischen Universität von Jerusalem, heißt es dazu:

„Der Aufstand der Araber in den Jahren 1936 bis 1939 stellte den letzten Versuch des arabischen Volkes Palästinas dar, die Einwanderung der Juden in das Land gewaltsam zu verhindern ... Die palästinensischen Araber haben 1948 eine erstaunliche Schwäche offenbart, und unser damaliger Kampf wurde hauptsächlich gegen die Araber der benachbarten Staaten und gegen England geführt, das sie unterstützte. Man kann nie wissen, ob wir auch in dem Fall gesiegt hätten, wenn die Araber Palästinas uns ernsthaft bekämpft hätten — aber das ist nur eine hypothetische Frage. Auf jeden Fall wurden die Bedingungen zu dem Sieg von 1948 während des Araberaufstandes von 1936 bis 1939 geschaffen.“³⁾

Erst nach dem Scheitern des Aufstandes kamen die Briten den arabischen Forderungen bis auf die der Unabhängigkeit des Landes nach: Einwanderungsstop für Juden und Verbot des Landverkaufs. Damit waren sie allerdings keineswegs zu einer „besseren Einsicht“ gelangt, sondern es war die gespannte weltpolitische Situation, die sie in Sorge um die Verkehrsverbindungen in die Gebiete „East of Suez“ geraten ließ. Nun durften sie es sich mit den Arabern nicht verder-

ben, mußten Konzession machen, sich weitgehend auf die arabische Seite stellen.

Das arabische Volk in Palästina war zu diesem Zeitpunkt militärisch schon längst geschlagen und in einer hoffnungslosen politischen Situation, vor allem in einer politisch-moralisch völlig verfahrenen Position gegenüber den Juden: die großbürgerlich-feudalistischen Führer des arabischen Aufstandes verbündeten sich mit dem deutschen Faschismus; das Einreiseverbot für Juden wirkte sich vor allem auf die aus, die vor den Nazis flohen; die daraus folgenden Leiden der Juden in Europa während des Zweiten Weltkrieges konnten von den palästinensischen Juden propagandistisch genutzt werden.

Die politische Kraft, die den Kampf der Araber nicht nationalistisch, sondern gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen, wie den einheimischen Juden, gegen die Fremdherrschaft über und die Ausbeutung des Landes hätte führen können, die Palästinensische Kommunistische Partei, spaltete sich 1939 in eine jüdische und eine arabische Sektion.

2. Der Aufbau des Widerstandes in der Zeit zwischen dem 1. und dem 3. arabisch-israelischen Krieg (1948-1967)

Der arabisch-israelische Krieg 1948 um die Gründung des Staates Israel verlief ohne eine aktive Beteiligung des palästinensischen Volkes. Ihm war das politische Rückgrad bereits im Aufstand der Jahre 1936 bis 1939 gebrochen worden. Die palästinensische Bevölkerung, die aus den von den Juden besetzten Gebieten vertrieben wurde und größtenteils im mittlerweile gegründeten Haschemitischen Königreich Jordanien eine Zuflucht gefunden hatte, besaß keine von revolutionären Kräften geführten Organisationen. Die Erhebungen der Vorkriegsjahre waren stets spontan gewesen und ebenso spontan organisiert worden. Alles wartete auf eine Regelung durch die UNO, die noch in der Sicherheitsratsklärung S/1907 vom 17. 11. 1950 das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Bevölkerung ausdrücklich betonte. Erst in den Jahren 1952 und 1953 gründeten arabische politische Parteien im Nahen Osten, wie die in Syrien und im Irak vertretene Baath-Partei und die Nationale Arabische Bewegung (Harakat Al-Komiyin Al Arab), kurz Harakat genannt, palästinensische Sektionen ihrer Organisationen.

Die Gründung der Al Fatah

Die erste nationale palästinensische Organisation, die auch heute noch als bedeutende politische Kraft existierende Nationale Befreiungsbewegung für Palästina (Al Fatah), wurde erst um einiges später in Gaza während der zeitweiligen Besetzung durch Israel nach dem 2. arabisch-israelischen Krieg im Jahre 1956 gegründet. Vom Partisanenkampf war damals noch keine Rede. Al Fatah verstand sich zunächst als der Kern einer politischen Organisation der palästinensischen Intelligenz. Im Vordergrund stand die Frage der arabischen Einheit (ab 1958 bildeten Ägypten und Syrien die VAR). Erst 1961/62 mit dem Auseinanderfallen der VAR (1961) und dem Sieg des bewaffneten Befreiungskampfes in Algerien (1962) erschienen eine ganze Reihe weiterer kleiner palästinensischer Gruppen. Und 1962 gründete der Kern von Al Fatah, Harakat als Tahrir Al Falastin, den Kern einer militärischen Organisation Al Assifa („Der Sturm“). Diese Be-

strebungen in den Reihen des palästinensischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, sich eigene politische und militärische Organisationen zu schaffen, wurden von offizieller arabischer Seite aus, von den arabischen Regierungen, argwöhnisch verfolgt. Einige bezeichneten die Mitglieder der Al Fatah gar als Agenten des imperialistischen CENTO-Paktes. Al Fatah erwähnt daher auch, daß der erste Partisan von jordanischen Soldaten erschossen wurde.

Die Gründung eines „kämpferischen Aushängeschildes“

Die Gründung der PLO bzw. OLP (Organisation de liberation de la Palestine) als offizielle Organisation der arabischen Staaten zur Befreiung Palästinas war und ist in vieler Hinsicht wegweisend für die weitere Entwicklung, welche die palästinensische Befreiungsbewegung nach dem 3. arabisch-israelischen Krieg im Juni 1967 und vor allem nach dem Bürgerkrieg in Jordanien im September 1970 genommen hat. Schon hier zeigte sich, daß eine palästinensische Befreiungsbewegung — will sie überhaupt Aussicht auf Erfolg haben — sich nicht allein nationalistisch gegen den Staat Israel wenden kann, sondern sich notwendig gleichermaßen gegen die herrschenden arabischen Klassen und damit gegen die Regimes der angrenzenden arabischen Staaten richten muß.

Begründer der PLO war die 1. arabische Gipfelkonferenz im Januar 1964; eine Institution, die — um dem Leser für den weiteren Gang der Entwicklung ein besseres Verständnis zu liefern — am besten durch einen Kommentar in der Zeitschrift Al Djabha über die 5. Konferenz dieser Art charakterisiert wird:

„In seiner Eröffnungsrede vor den arabischen Scheichs, Königen, Präsidenten und PLO-Gästen sagte der Gastgeber der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat, seine Majestät, König Hassan von Marokko:

Ich bin glücklich, die 5. Gipfelkonferenz der arabischen Könige und Präsidenten (!) eröffnen zu dürfen. Diese unsere (!) Gipfelkonferenz wird in die Geschichte der arabischen Brüderlichkeit (!) eingehen, als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Befreiung des verlorenen Landes unserer Brüder (gemeint ist Palästina; d.R.).⁶

Seiner Majestät, dem König von Marokko, folgte der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassuna, der die historische Bedeutung der Gipfelkonferenz rühmte. Danach forderte seine Majestät, der König von Marokko, die Anwesenden höflich auf, den Konferenzsaal zu verlassen, damit die Scheichs, Könige, Präsidenten und PLO-Gäste ungestört an die Arbeit gehen könnten. Bis zu diesem Zeitpunkt verlief die Konferenz ordnungsgemäß. Dann aber um 17 Uhr des 21. Dezember 1969 begann das Ringen um das Geld aus Kuwait, Lybien und Saudi-Arabien. Die historische Aufgabe, von der König Hassan II. in seiner Eröffnungsrede gesprochen hat, lag im Rangeln um Geld zur Unterstützung der Macht der herrschenden Klassen in den arabischen Ländern.⁴⁾

Der ersten arabischen Gipfelkonferenz war eine Verschärfung des Konfliktes zwischen Israel und Syrien vorausgegangen. Israel hatte Ende 1963 die entmilitarisierte Zone zwischen beiden Ländern annektiert und sich so weiter ausgedehnt.

(Anmerkung: Da sich Syrien gegen die Verletzung dieser 1948 festgelegten Grenze wehrte, annektierte Israel im Zuge des Juni-Krieges 1967 die syrischen Golanhöhen. Als Begründung wurde angegeben, von den Golanhöhen würden israelische Bauern beschossen — Bauern, die nun allerdings die ehemalige entmilitarisierte Zone bewirtschafteten. Davon spricht Israel natürlich nicht.) Außerdem begann Israel, das Wasser des Jordan einseitig umzuleiten, und grub somit den arabischen Nachbarn im Osten regelrecht das Wasser ab. Syrien drängte daraufhin auf ein Bündnis der „progressiven“ Staaten — also vor allem unter Ausschluß Saudi-Arabiens —, um so Israel Einhalt zu gebieten.

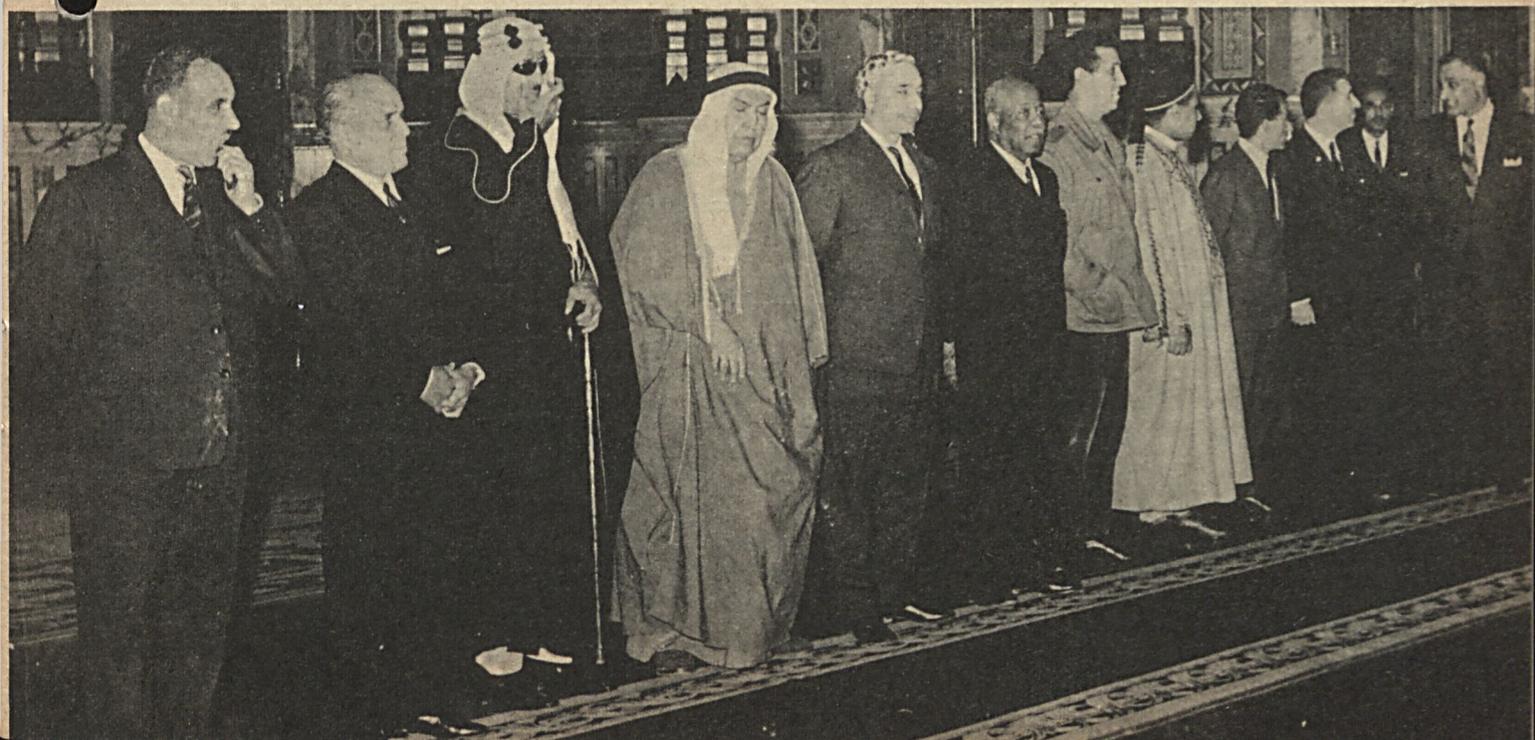
Zum gleichen Zeitpunkt war allerdings Ägypten im Kampf in der Republik Jemen an einer Versöhnung mit den saudiarabischen Unterstützern der jemenitischen Royalisten interessiert. Nasser setzte sich daher für eine arabische Gipfelkonferenz ein, von der er hoffte, mit ihr einerseits die „radikalen“ syrischen Forderungen und andererseits die saudiarabische Aggression gegen die Republik Jemen schwächen zu können.

Die Gipfelkonferenz beschloß denn auch, daß Ägypten und Saudi-Arabien sich versöhnen und daß Libanon, Syrien und Jordanien ihrerseits das Jordan-Wasser umleiten sollten. Um die palästinensische Frage in den Griff zu bekommen, einigte man sich darauf, eine palästinensische nationale Vertretung zu schaffen. So hoffte man, unkontrollierte palästinensische Selbsthilfeaktionen verhindern zu können. Um außerdem die Illusion der möglichen Befreiung Palästinas mit Hilfe der arabischen Staaten wach zu halten, wurde die PLO ins Leben gerufen, deren Finanzierung bei der Arabischen Liga lag. Sowohl „progressive“ wie reaktionäre Staaten ernannten einmütig Ahmed Schukeiri zum PLO-Chef. Im übrigen wurde beschlossen, solche Versöhnungs- und Gipfelkonferenzen jährlich einzuberufen.

Ahmed Schukeiri galt nun als der offizielle Repräsentant des palästinensischen Volkes gegenüber den arabischen Staaten und der Weltöffentlichkeit. Er war es auch, der den Auftrag zur Gründung einer eigenen palästinensischen Vertretung durchführte und im Mai 1964 die erste Nationalversammlung einberief*). Wie die von Schukeiri präsidierte PLO hatte die Nationalversammlung vor allem die Funktion, die sich verschärfenden Konflikte zwischen dem weitgehend in Flüchtlingslagern gehaltenen palästinensischen Volk einerseits und Israel und den herrschenden reaktionären arabischen Kräften auf der anderen Seite zu kanalisieren. Eine militante Selbstorganisation der Palästinenser hätte vor allem die Interessen der nasseristischen Cliquen in Ägypten an der Erhaltung des status quo zugunsten der nationalen Sicherheit gefährdet. Als von Schukeiri zusammengerufener Honoratiorenrat lieferte die palästinensische Nationalversammlung während ihrer ersten drei Sitzungen vor dem Juni-Krieg nur eine Legitimation für die den arabischen Regimes verpflichtete Politik der PLO, deren wichtigste Eigenschaften im übrigen Vetternwirtschaft und Korruption waren. Von den anderen palästinensischen Organisationen wurde die PLO als ein

(* Anmerkung: Die Nationalversammlung von 1936 wird in der Nummerierung der Versammlungen nicht mitgerechnet. Die Durchnummerierung beginnt mit der ersten Versammlung nach der Gründung des Staates Israel.)

Die Scheichs, Könige und Präsidenten der 1. arabischen Gipfelkonferenz



Außenministerium ohne Staat angesehen, dem nachgesagt wurde, es sei „ein Schwamm, um die Palästinenser auszunehmen.“

Um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, man meine die Solidarität mit dem palästinensischen Volk nicht ernst, trafen sich die arabischen Scheichs, Könige und Präsidenten gleich im August 1964 zur 2. Gipfelkonferenz in Alexandria. Dort beschlossen sie die Gründung der palästinensischen Befreiungsarmee PLA – bzw. ALP (Armée de liberation de la Palestine).

Die PLA wurde in die arabischen Armeen integriert. Große Teile standen nicht in Jordanien sondern in Ägypten und anderen arabischen Ländern, in denen sie sich nur mit Zustimmung des jeweiligen Regimes rühren durften. Im Juni 1967 stand die gesamte PLA in Bagdad.

Der Beginn des bewaffneten Widerstandskampfes

Während so Mitte der sechziger Jahre die arabischen Regierungen versuchten, Herr über eine drohende palästinensische Befreiungsbewegung zu werden, nahm Al Fatah mit ihrer militärischen Organisation Al Assifa den bewaffneten Kampf auf. Die erste Kommando-Operation fand am 1. 1. 1965 statt. Dem erfolgreichen und damit Erfolg versprechenden kubanischen Vorbild folgend begann die bewaffnete Widerstandsbewegung als „Focus“, als militärisch operierender Kern, der militärischen Gewalt einsetzt, ohne vorher die Bevölkerungsmassen, die beeinflußt werden sollen, politisch zu instruieren. War in anderen lateinamerikanischen Ländern die Strategie des „Focus“ zur Austragung von Klassenkämpfen bereits gescheitert, so fand sie mit der Zeit Anklang bei der palästinensischen Bevölkerung, denn hatten sich doch in zwei arabisch-israelischen Kriegen (1948 und 1956) die offiziellen arabischen Armeen als völlig unfähig erwiesen.

3. Der Aufschwung der Widerstandsbewegung nach dem Juni-Krieg bis zum Jahre 1970

Hatten sich die Hoffnungen der palästinensischen Massen nach der Errichtung des Staates Israel 1948 zum großen Teil auf Aktivitäten der UNO gerichtet, ihnen zu einer Rückkehr zu verhelfen, so bestand nach dem Juni-Krieg keinerlei Anlaß mehr, derartige Hoffnungen zu hegen. Wenn auch die Entschließungen der UNO bis zum Juni-Krieg letztendes papierene Resolutionen blieben – bis auf die materielle Unterstützung durch die UNO-Behörde für Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) –, so hatte sie immerhin unter anderem noch am 15. 12. 1965 durch den Vollversammlungsbeschluß A/RES/2052 (XX) das Recht auf Rückführung und Entschädigung der Flüchtlinge betont. Nun nach der „erfolgreichen“ Aggression Israels änderte die UNO ihre Haltung: In der **Entschließung 242 des Sicherheitsrates vom 22. 11. 1967** war noch die Rede von einer „gerechte(n) Regelung des Flüchtlingsproblems“ (voller Wortlaut der Entschließung im nebenstehenden Kasten). Die besonders schwerwiegende Bedeutung der Entschließung liegt im Abstimmungsergebnis. Sämtliche im Sicherheitsrat vertretenen Nationen stimmten ihr zu, das heißt: Auch die UdSSR – die tatkräftig die republikanischen arabischen Regimes vor allem in ihren Industrialisierungsbemühungen unterstützte – erkannte den status quo in Palästina an, um ihr sonstigen weltmacht-politischen Interessen nicht zu gefährden. In konsequenter Durchführung dieser Politik war sie

Ermutigt durch die Erfolge der Al Fatah entstanden weitere Widerstandsorganisationen. So machten Ende des Jahres 1966 die Organisationen „Helden der Rückkehr“ und die palästinensische Sektion der Nationalen Arabischen Bewegung (Harakat) von sich reden, die ein Jahr später – nach dem Juni-Krieg – in die durch ihre Flugzeugentführungen bekannt gewordene FPLP (Front populaire de liberation de la Palestine) aufgingen. Der militärische Zweig der Al Fatah, Al Assifa, und der militärische Zweig der Harakat-Sektion „Jugend der Revanche“ (Chebel al Tahrir), verstärkten zu Beginn des Jahres 1967 ihre Operationen gegen Israel. Die israelische Reaktion darauf waren Luftangriffe gegen Transjordanien und Drohungen gegen Syrien. Am Vorabend des 5. Juni 1967 gab es somit nur drei palästinensische Widerstandsorganisationen: das Feigenblatt der arabischen Regimes, die offiziöse PLO; Al Fatah; die Kerntrouppen der späteren FPLP, „Helden der Rückkehr“ und Harakat-Sektion.

Während so die Palästinenser selbst begannen, die UN-Resolution S/1907 zu verwirklichen, hielten die arabischen Scheichs, Könige und Präsidenten eine weitere Gipfelkonferenz im September 1967 in Casablanca ab. Es war die dritte ihrer Art. Zum wiederholten Male bekräftigte man die Entschlossenheit, den Jordan endlich umzuleiten. Praktikablerweise fügt man hinzu, daß angesichts der derzeitigen Aggression Israels gegen Syrien die Umleitung des Flusses verlangsamt werden müsse. Außerdem war man sich einig, Israel erst nach vier Jahren besiegen zu können. Das war Anlaß genug, sich nach der Niederlage vom Juni 1967 zu entschuldigen: die Aggression Israels sei um zwei Jahre zu früh gekommen. Die 4. arabische Gipfelkonferenz – sie hätte 1966 in Algerien abgehalten werden sollen – fand gar nicht erst statt. Innerarabische Konflikte verhinderten das Zustandekommen. Es sollte den Israelis vorbehalten bleiben, durch ihre Aggression im Juni 1967 den Ansporn für das Aufgreifen der 4. Gipfelkonferenz zu liefern

auch in der Folge zwar bereit, die nasseristischen und baathistischen Regimes zu unterstützen, ignorierte aber die palästinensische Befreiungsbewegung weitgehend.

Die Krise der arabischen Regimes nach der Juni-Niederlage

Durch das „entschiedene“ Aufgreifen der palästinensischen Probleme, durch das Wortgeklappere und das Dreschen scheinbar revolutionärer Losungen, wie etwa „Befreiung, Schritt für Schritt“ und „Strategie der verbrannten Erde“, versuchten die arabischen Scheichs, Könige und Präsidenten vor dem Juni-Krieg ihr Ansehen und das der sie tragenden Kreise in der arabischen Bevölkerung zu steigern. Das war ihnen deshalb möglich, da sie die arabischen Völker gänzlich von der Ausübung einer politischen Kontrolle der Herrschenden, von der Ausübung demokratischer Recht fernhielten. So war es der Bevölkerung lange Zeit versperrt, die arabische Palästinalpolitik zu durchschauen. Mit der Niederlage zerbrach für die breiten Massen und insbesondere für die palästinensischen Flüchtlinge die Illusion, die offiziellen arabischen Mächte könnten etwas zur Lösung der Palästinafrage beitragen. Das Scheitern der arabischen Integrationsideologie

wurde sichtbar; die Funktion dieser Ideologie, nämlich die einmal an die Macht gelangten kleinbürgerlich-nationalistischen Kreise an der Macht zu halten, um einiges deutlicher. Der häufige Wechsel einander ablösender militärischer Cliques war und ist Ausdruck des Dranges des aufgestiegenen Kleinbürgertums nach Machtausübung und Unterdrückung des Volkes.

Die Herrschafts-Cliques selbst waren nicht im entferntesten in der Lage, die Ursachen ihrer Niederlage zu begreifen. Sie suchten sie schlicht im technischen Versagen, fanden sie in der technologischen Überlegenheit Israels. Daß ägyptische Soldaten, verlassen von ihren Vorgesetzten, die Sinai-Halbinsel fluchtartig geräumt hatten, und alles Gerät zurückließen, war ein unerklärliches Phänomen. Eine systematische Analyse der eigenen Situation, die umzusetzen wäre in eine ebenso systematische politische und militärische Aktion — ein Vorgehen, das es etwa dem vietnamesischen Volk ermöglichte, über zehn Jahre der Aggression der technologisch vielfach überlegenen USA standzuhalten — eine solche Systematik der Analyse ist den Ideologen des „arabischen Weges zum Sozialismus“, den Nasseristen, Baathisten und sonstigen nationalen Bewegungen, gänzlich fremd. Nasser selbst hielt sich durch einen Trick an der Macht: er trat zurück und ließ sich durch die völlig kopflosen, führerlos gewordenen Volksmassen auf den Präsidentensessel zurückbitten.

„Für sie (die arabische Kleinbourgeoisie; d. R.) ist die Geschichte ihrer Niederlage eine Geschichte von Zufällen und persönlichem Versagen.“⁵⁾ Derart fassungslos das eigene „Schicksal“ vor Augen, genügte die Niederlage vom Juni, um die Scheichs, Könige und Präsidenten im August 1967 in Khartum zu einer neuen **arabischen Gipfelkonferenz** zusammenkommen zu lassen. Eigentlich hätte diese 4. Konferenz 1966 in Algerien stattfinden sollen. Damals verhinderten die inner-arabischen Konflikte das Zustandekommen. Nun unter dem Eindruck des äußeren Feindes wurden diese Konflikte hintangestellt. Hauptergebnisse in Khartum waren:

1. Die reichen arabischen Ölländer, damals noch allesamt — auch Lybien — feudalistisch beherrscht, verpflichteten sich, den besiegten Ländern 135 Millionen Pfund Sterling zu zahlen. Dafür wurden den Ölmonarchen ungehinderte Geschäfte mit dem Westen zugesichert.
2. Man einigte sich auf die **Nichtanerkennung des Staates Israel und auf die Akzeptierung einer friedlichen Lösung im Sinne der späteren UNO-Resolution vom 22. 11. 1967. Die projektierte Fassung der Resolution lag bereits im August auf dem Tisch der 4. arabischen Gipfelkonferenz.**

Damit war die Position der arabischen Regimes gegenüber dem palästinensischen Volk abgesteckt. Sie hat sich im Grunde bis heute nicht geändert. Nuancen waren und sind lediglich festzustellen in der Intensität des Wortgeklappers arabischer nationalistischer Führer.

Die Situation des palästinensischen Widerstandes nach der Juni-Niederlage

Allein die vorgenannten Bedingungen machen schon deutlich und verständlich, warum infolge der Juni-Niederlage die palästinensischen Organisationen ihre Aktivitäten verstärkten, eine größere Unterstützung in der palästinensischen Bevölkerung fanden, und warum durch den allgemeinen Aufschwung des Widerstandswillens weitere Organisationen entstanden.

Bereits am 30. Juni 1967 hielt Al Fatah eine Geheimkonferenz ab und beschloß, den Widerstand fortzusetzen. Ihre militärische Organisation Al Assifa bildete eine ständig steigende Zahl von Freiwilligen aus. Im September 1967 wurden die bewaffneten Aktionen wieder aufgenommen. Zunächst fanden sie innerhalb der besetzten Gebiete Westjordanien statt.

Entschließung des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967

Der Sicherheitsrat,
— in Betonung seiner ständigen Sorge über die ernste Lage in Nahost,

— in Betonung der Unzulässigkeit, Gebiete durch Kriege zu erwerben, und der Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu arbeiten, in dem jeder Staat des Gebietes in Sicherheit leben kann,

— in Betonung ferner, daß alle Mitgliedsstaaten durch die Annahme der Charta der Vereinten Nationen die Verpflichtung eingegangen sind, in Übereinstimmung mit Artikel 2 der Charta zu handeln,

1. bekräftigt, daß die Erfüllung der Grundsätze der Charta die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Nahost verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließt:

(i) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;

(ii) Einstellung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Betrachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in diesem Gebiet und die seines Rechtes, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen und Akten der Gewalt in Frieden zu leben;

2. bekräftigt ferner die Notwendigkeit

a) die freie Schifffahrt auf den internationalen Wasserstraßen des Gebietes zu garantieren;

b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen;

c) die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet durch Maßnahmen sicherzustellen, zu denen die Schaffung entmilitarisierter Zonen zählt;

3. ersucht den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich nach dem Nahen Osten begeben soll, um dort mit den betroffenen Staaten Verbindung aufzunehmen und zu unterhalten, damit ein Abkommen begünstigt wird und Bemühungen unterstützt werden, um eine mit den Bestimmungen und Grundsätzen dieser Entschließung übereinstimmende friedliche und allgemein anerkannte Lösung zu finden;

4. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat so bald wie möglich über den Fortschritt der Bemühungen des Sonderbeauftragten zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Palästinensisches Flüchtlingslager



Später wurden sie als Kommando-Operationen von Jordanien aus geführt, um so die Verluste durch israelische Repressionen innerhalb der palästinensischen Zivilbevölkerung zu verringern und den Gegner ständig in Bewegung zu halten.

Etwa zur gleichen Zeit gründeten – wie bereits kurz erwähnt – durch ihren Zusammenschluß drei Organisationen die FPLP (Front populaire de liberation de la Palestine), die Volksfront für die Befreiung Palästinas: die „Helden der Rückkehr“ unter Ahmed Djebril, die von Georges Habbasch gegründete und geleitete Sektion der Harakat und die militärische Organisation dieser Bewegung, die „Jugend der Revanche“. 1968 schloß sich noch eine vierte Gruppierung der FPLP an: die in Jordanien gegründete „Bewegung der freien Offiziere“. Die erste militärische Operation der FPLP fand am 1. 11. 1967 statt.

In der offiziellen PLO zeichneten sich zunächst keine wesentlichen Veränderungen ab. Ahmed Schukeiri gab im Dezember 1967 die Führung der PLO auf, die M. Y. Hammouda übernahm. Im übrigen war die PLO durch interne Fraktionskämpfe weitgehend lahmgelegt. Unter anderem versuchten die Offiziere der PLA den Apparat der PLO in die Hand zu bekommen, was ihnen nicht gelang. Die einzige konkrete Maßnahme nach der Niederlage war, die traditionelle Armee der PLA durch eine Kommandotruppe, die Forces de liberation populaire, zu ergänzen. Eine wirkliche Umstrukturierung und neue Zielsetzung der PLO erfolgte erst im Zuge der 5. palästinensischen Nationalversammlung im Januar 1969 – doch dazu später.

Die ersten Erfolge des Widerstandes: Al Assifas Sieg in Kerameh

Anfang 1968 rief Al Fatah unter der Führung von Yassir Arafat die verschiedenen Widerstandsgruppen auf, sich nicht auf irgendeinem Gipfeltreffen sondern auf der Ebene des Kampfes zu vereinigen. Doch trotz der Gründung eines Koordinationsbüros machte die Einigung der verschiedenen Widerstandsgruppen keine rechten Fortschritte. Viel wesentlicheren Auftrieb verhalf der gesamten Bewegung der Kampf zwischen Al-Assifa-Fedayin und israelischen Truppen am 21. 3. 1968 – eingegangen in die Geschichte des Widerstandes als die „Schlacht von Kerameh“. Damals drangen starke Kolonnen israelischer Truppen mit Panzer- und Luftunterstützung über den Jordan auf den jordanischen Ort Kerameh vor. Al-Assifa-Kommandos hätten die Verteidigung dieses jordanischen Ortes nicht übernehmen müssen, es wäre Angelegenheit der jordanischen Truppen gewesen. Sie taten es trotzdem, hielten sich zwölf Stunden und fügten den Israelis beträchtliche Verluste zu. Die Israelis bezeichneten das Gefecht aus ihrer Sicht als unbedeutend, was sicherlich richtig ist, doch für den palästinensischen Widerstand stellte Kerameh einen Wendepunkt dar.

Kerameh bedeutete einen Akt bewaffneter Propaganda gegenüber den arabischen Staaten und den palästinensischen Massen. Al Assifa verletzte bewußt die Regeln des Guerilla-Krieges, benutzte konventionelle Kampfformen, um gegenüber der Öffentlichkeit die Möglichkeit aufzuzeigen, daß der Sieger des 6-Tage-Krieges mit seinen Panzern und Flugzeugen bekämpft werden kann.

Fast zur gleichen Zeit und unterstützt durch derartige Erfolge gelang es Al Fatah und dem übrigen Widerstand, auch gegenüber dem jordanischen Staat seine militärischen Basen zu konsolidieren und zu verhältnismäßig sicheren Gebieten zu machen. Das war die Grundlage dafür, tausende von weiteren Partisanen ausbilden zu können und die Grundlage für eine eigene administrative und sanitäre Infrastruktur für die in Jordanien lebenden Palästina-Flüchtlinge schaffen zu können. Der bewaffnete Kampf, begonnen nach dem kubanischen Vorbild als „Focus“, der die Massen gewinnen sollte, hatte seine ersten Früchte getragen. Sehr schnell ließ der Wider-



Al-Fatah-Chef: Yassir Arafat

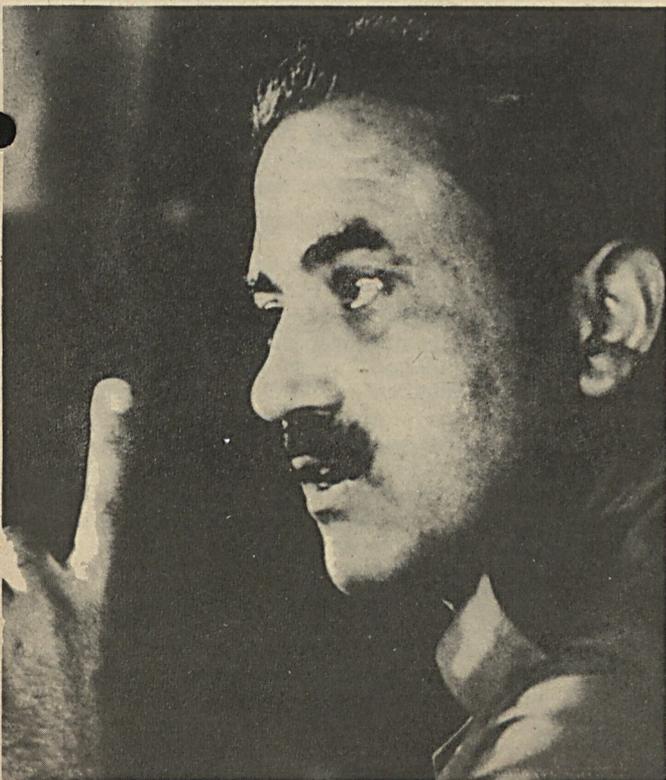
stand in der öffentlichen Meinung der arabischen Länder den Glanz des Baathismus und Nasserismus verblässen und fand in der palästinensischen Bevölkerung Anerkennung und Respekt. Kein Wunder, daß – wenn schon die kleinbürgerlichen Ideologien und Ideologen an Anziehungskraft einbüßten – sich das jordanische feudalistische Regime König Husseins erst recht bedroht sah: Am 4. 11. 1968 provozierte die bewaffnete Gruppe eines königstreuen Agenten im Flüchtlingslager Al Ghadad einen Zwischenfall mit dem jordanischen Sicherheitsdienst, um so einen Vorwand für die jordanischen Truppen zu liefern, das Feuer auf die palästinensischen Widerstandsorganisationen zu eröffnen. Doch dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Flüchtlinge gelangten die jordanischen Einheiten während der mehrstündigen Kämpfe trotz des Einsatzes schwerer Artillerie nicht zu einem Erfolg. Daher rief Hussein Al-Fatah-Chef Yassir Arafat zu sich, um einen Kompromiß auszuhandeln. Der jordanische Palast ließ ein 14-Punkte-Abkommen unterzeichnen, das unter anderem alle palästinensischen Organisationen aufforderte, sich mit den jordanischen Streitkräften zu koordinieren. Kurz darauf wurde ein palästinensischer Notstandsrat gebildet, dem alle Gewerkschaften, Parteien, Organisationen und bewaffnete Kräfte angehörten und dem ein militärisches Koordinationsbüro unterstellt wurde. Dieser Versuch von offizieller arabischer Seite, den palästinensischen Widerstand unter Kontrolle zu halten, blieb im wesentlichen ein Stück Papier. Im Januar 1969 führten die jordanischen Behörden die Wehrpflicht ein.

Die Entwicklung der FPLP

Schon bald nach der Aufnahme der militärischen Operationen kam es zu Spannungen in der FPLP. Eine Reihe von Kräften der ehemaligen palästinensischen Harakat-Sektion, denen sich 1967 und 1968 zahlreiche andere progressive Kräfte anschlossen, gingen dazu über, nicht nur Israel sondern auch die Regimes der arabischen Staaten zu attackieren. In der FPLP bildete sich eine Fraktion, die in der Herrschaft des Kleinbürgertums in den arabischen Ländern, den Regimes gleich welchen Coleurs, eines der Haupthindernisse für den Erfolg des Widerstandes sah. Diese linke Fraktion in der FPLP nahm Stellung gegen den rein nationalistisch gefärbten Kampf der anderen Widerstandsorganisationen und des rechten Flügels der FPLP. So stellte sie die Forderung nach einer demokratischen Lösung der Palästinafrage, der Schaffung eines palästinensischen Staates, in dem Araber wie Juden ohne Diskriminierung leben sollten. Über diese und andere Fragen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Volksfront, zumal der rechte Flügel unter Georges Habbasch die offizielle Politik der FPLP bestimmte.

Zur Beilegung dieses Konfliktes wurde im August 1968 ein Kongreß der FPLP einberufen, zu dem der linke Flügel ein Programm vorlegte. Wesentlichster Punkt des Programms war die Aufgabe der vom rechten Flügel vertretenen „Politik der Nichteinmischung“ in innerarabische Verhältnisse. Es forderte ausdrücklich die Aufnahme des Kampfes in Ostjordanien und schließt mit dem Satz: **„Das ist der einzige Weg, auf dem ‚Amman‘ zum arabischen ‚Hanoi‘ werden kann, also ein Hinterland für die kämpfenden Revolutionäre innerhalb Palästinas darstellt.“** Das Programm des linken Flügels wurde mit absoluter Mehrheit als Plattform der FPLP vom Kongreß verabschiedet und ein neues Zentralkomitee der Organisation gewählt. Doch der rechte Flügel unter der Leitung von Habbasch drohte mit der Anwendung militärischer Gewalt, sollte er nicht länger an der Führung der FPLP beteiligt sein.

FPLP-Chef: Georges Habbasch



Die Linken beließen ihm daraufhin die Führungsstellung und verstärkten ihre Arbeit an der Basis der Organisation.

Im November 1968 zeigten sich die ersten Spaltungserscheinungen. Die Organisation „Helden der Rückkehr“ trennte sich wieder von der FPLP. Im Dezember und im Januar 1969 verschärfte sich die Differenzen zwischen dem linken und dem rechten Flügel. Die Rechte versucht die Linke zu liquidieren, indem sie über nahestehende offizielle Kreise eine Verhaftungswelle gegen die Linke einleitete.

Am 22. 2. 1969 vollzog der linke Flügel die Spaltung und konstituierte sich neu als **Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP)**, die sich die Durchführung des Programms des Kongresses vom August 1968 zum Ziel setzte. Ihre Verbindungen zur ehemaligen palästinensischen Harakat-Sektion brach sie vollständig ab. Die FPDLP betrachtet sich als eine antiimperialistische revolutionäre Organisation und als solche als integrierender Bestandteil der Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Ihre Aufgabe sieht sie daher in der Bekämpfung und Zerschlagung imperialistischer Herrschaft sowohl in den arabischen Ländern als auch in der zionistischen Spielart in Israel.

Der rechte Flügel unter Georges Habbasch führte weiterhin den Namen FPLP. Er wies keine wesentlichen ideologischen Differenzen zu Al Fatah auf, obwohl er Al Fatah selbst als „rechtsgerichtet“ bezeichnete. Die Aktionen der FPLP waren individualistisch: Propagierung der individuellen Terrors und des Heldentums (Flugzeugentführungen). Das Verhältnis zu den übrigen Organisationen war von dieser Vorgehensweise geprägt; die FPLP trug politische Differenzen nicht in Diskussionen aus, sondern hielt sich einfach von den anderen Organisationen fern.

Die 5. palästinensische Nationalversammlung

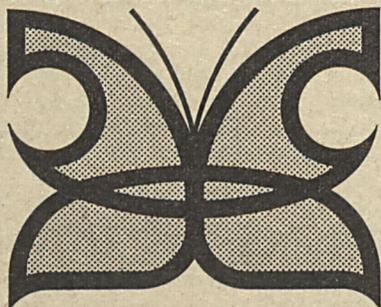
Mit dem allgemeinen Aufschwung der Widerstandsbewegungen vollzog sich auch allmählich eine Wende in den offiziellen palästinensischen Vertretungen. War die palästinensische Nationalversammlung vor dem Juni Krieg eine reine Honoratiorenversammlung zur Unterstützung der von den arabischen Regimes diktierten Politik, so nahmen an der 4. Nationalversammlung im Juni 1968 in Kairo erstmals Widerstandsorganisationen teil.

Die 5. Nationalversammlung im Januar 1969, wiederum in Kairo, wurde dann zum großen Teil – nach einem vorher festgelegten Schlüssel – von den Widerstandsorganisationen besetzt. Da allerdings der Sitzverteilungsschlüssel der Al Fatah eine übermächtige Position zukommen ließ, somit also den rechten Flügel des Widerstandes stärkte, nahmen die sich als „links“ begreifende FPLP nicht an der Versammlung teil. Die linke Fraktion der FPLP, die spätere FPDLP, trat damals noch nicht selbständig auf.

Immerhin faßte die 5. Nationalversammlung bedeutende Beschlüsse: Die bisherige PLO erhielt eine völlig neue Funktion; während sie zuvor als eine eigenständige Widerstandsorganisation, betrieben von der Arabischen Liga, fungierte, wurde sie nun zu einer **Dachorganisation** des palästinensischen Widerstandes bestimmt. Die in der PLA organisierten PLO-Truppen wurden zu einer militärischen Organisation neben anderen.

Die Nationalversammlung wählte ein elfköpfiges Führungskomitee und einen Präsidenten, **Yassir Arafat**, den Führer von Al Fatah. Somit hatte Al Fatah von vornherein die Führungsstellung in der neuen Dachorganisation inne. Die erste Amtshandlung Yassir Arafats bestand bezeichnenderweise (für die alte Schukeiri- und Hammouda-PLO) darin, zwei Limousinen seines Vorgängers M. Y. Hammouda zu verkaufen.

UNBESCHWERT
FOTOGRAFIEREN



GOSSEN BELICHTUNGS-PRAXIS

1 Objektmessung

Vom Kamerastandpunkt aus „sieht“ der Belichtungsmesser das vom Aufnahmeobjekt zurückgeworfene Licht. Seine Anzeige berücksichtigt also die Farben und Eigenhelligkeiten des Motivs bei der gerade herrschenden Beleuchtung. Angezeigt erhalten Sie einen Mittelwert aus den verschiedenen Detailhelligkeiten.

Ist Ihr Motiv sehr kontrastreich oder herrschen dunkle oder helle Flächen vor, empfehlen wir die Detailmessung*) für den bildwichtigsten Teil oder aber die Lichtmessung*).

*) Bitte beachten Sie die nächsten Anzeigen.

SIXTAR



Der universelle Belichtungsmesser mit CdS-Fotowiderstand für alle Lichtverhältnisse. Genaues stufenloses Einstellen durch den Nachführzeiger. Zeiger-Arretierung. Bequemes Ablesen in zwei Meßbereichen. Für Licht- und Objektmessung.

Belichtungszeiten: 1/2000 Sek. bis 2 Stunden.
Blendenwerte: 1 bis 45.
Filmwerte: 9 bis 42 DIN, 6 bis 12500 ASA.
Lichtwerte: -6 bis +24.
Gangzahlen fürs Filmen: 8 bis 128 Bilder/Sek.

Vereinigung der Widerstandsorganisationen unter politischen und militärischen Dachorganisationen im Jahre 1969

Der bereits erwähnte Aufruf Yassir Arafats zu Anfang 1968, die verschiedenen Widerstandsbewegungen sollten sich auf der Ebene des Kampfes verbünden, zeitigte erst im Januar 1969 spürbare Fortschritte. Einige Widerstandsgruppen gründeten einen militärischen Kooperationsrat zur lockeren Koordination ihrer militärischen Operationen. Im Laufe des Jahres 1969 entstand aus diesem Kooperationsrat das **Vereinigte Oberkommando (CLAP)**, in dem zunächst acht Kommandoorganisationen (die jeweils militärischen Zweige der Widerstandsgruppen) organisiert waren. Dazu konnten die klassischen militärischen Einheiten in der immer noch offiziösen arabischen PLA gerechnet werden.

Die Kommandoorganisationen im CLAP waren (in der Reihenfolge ihrer Stärke):

- **Al Assifa**, der militärische Zweig der Nationalen Befreiungsbewegung für Palästina (Al Fatah), die allein über so viele Feddayin verfügte wie alle anderen Kommandoorganisationen zusammen; außerdem war allein sie im Besitz schwerer Waffen;
- **Al Saika**, der militärische Zweig der dem linken Flügel des syrischen Baathismus nahestehenden „Avantgarden des Volksbefreiungskrieges“; ihr politischer Einfluß im palästinensischen Volk war gering im Gegensatz zur militärischen Stärke; ihr Rekrutierungsfeld lag in Syrien;
- die Kommandotrupps der **FPLP**, die durch eine Serie von Flugzeugentführungen bekannt geworden waren;
- die militärischen Kräfte der marxistischen **FDPDP**;
- die Kommandos der „**Volksbefreiungskräfte Palästinas**“, die zuvor als Forces de liberation populaire zur PLA unter M. Y. Hammouda gehörten;
- die von der irakischen Baath-Partei gegründete „**Arabische Front für die Befreiung Palästinas**“;
- und zwei nasseristische Splittergruppen: die ehemals zur FPLP gehörende „**Arabische Bewegung für die Befreiung Palästinas**“ und die „**Front für den palästinensischen Volkskampf**“.

Als einzige bewaffnete Gruppe gehörte die Organisation „Helden der Rückkehr“ dem Vereinigten Oberkommando nicht an.

Neben dieser militärischen Koordination wurde die politische Zusammenarbeit im Rahmen der PLO ebenfalls ausgebaut. Ein etwas verwirrendes Bild vom Umfang und der Organisation des Widerstandes entsteht dadurch, daß nun keineswegs jeweils die politischen Zweige der Organisationen, deren militärische Einheiten im CLAP zusammengeschlossen waren, nunmehr analog in der PLO zusammengefügt waren. Dieser Umstand und der weitere, daß nämliche militärische und politische Zweige der Widerstandsorganisationen teils unterschiedliche Bezeichnungen trugen und tragen, erklärt wohl, warum bis heute die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse meist mehr zur Verwirrung als zum Durchschauen des Widerstandes beigetragen hat.

Die FPLP unter Georges Habbasch war 1969 nicht Mitglied in der PLO, weil sie wegen des Fehlens qualifizierter politischer Aussagen dort ohne jedes Gewicht gewesen wäre. Ebenso wenig war die irakisch-baathistische „Arabische Front zur Befreiung Palästinas“ in der PLO organisiert. Während hingegen die „Helden der Rückkehr“ PLO-Mitglieder waren.

Die 6. palästinensische Nationalversammlung

Die Zusammenarbeit der sehr verschiedenen Widerstandsorganisationen auf der politischen Ebene und der militärischen im CLAP konnte nicht über die unüberbrückbaren Gegensätze innerhalb des Widerstandes hinwegtäuschen. Besonders bedeutsam für das Jahr 1969 und die 6. Nationalversammlung vom 1. bis 6. September war das Auftreten der FPDLP. Mit ihr existierte erstmals eine entschieden sozialistische Gruppe im Widerstand, die sich klar abgrenzte von den nationalistischen, die dem Nasserismus, Baathismus und der Harakat nahe standen.

Zu Beginn ihrer eigenständigen Tätigkeit wurde die FPDLP von vielen im Widerstand als so etwas wie eine Bereicherung angesehen. Mitte 1969 erklärte ein Vertreter des linken Flügels von Al Fatah für seine Organisation: „Die Existenz der FPDLP ist notwendig, denn diese Organisation und Al Fatah ergänzen einander. Al Fatah rekrutiert alle fortschrittlichen Elemente, worin auch immer ihre ideologischen Differenzen liegen. Innerhalb von Al Fatah entwickelt sich so ein Dialog, und ihre ideologischen Fortschritte werden durch die tägliche Konfrontation der Kämpfer mit der Realität und durch die Praxis des bewaffneten Kampfes bestimmt. Die Demokratische Front verstärkt den linken Flügel von Al Fatah und, umgekehrt, korrigiert die Praxis von Al Fatah die Ideologie der Demokratischen Front.“⁶⁾

Doch schon bald veränderte sich dieses Verhältnis grundlegend. Zur Zeit der 6. Nationalversammlung verlief die Front zwischen der Mehrzahl der Gruppen unter Führung der rechten Mehrheit in der PLO-Spitze einerseits und den linken Flügeln von Al Fatah und Al Saika zusammen mit der FPDLP andererseits. Schon bald nach der 6. Nationalversammlung versuchte der rechte PLO-Flügel die Wirkung der FPDLP einzuschränken, die Informationsarbeit zu stören und zu verhindern und ein Kontaktverbot an der Basis zwischen FPDLP und Al Fatah durchzusetzen.

Die Verteilung der Sitze auf der 6. Nationalversammlung war ähnlich der der vorhergehenden. Von 112 Sitzen verfügte allein Al Fatah über 33, Al Saika über 12, FPDLP über 8, die Gewerkschaften über 5, GUPS über 3 usw. FPDLP waren 12 Sitze angeboten worden, aber Georges Habbasch lehnte eine Teilnahme wiederum ab. Eine größere Anzahl von Sitzen fiel an „Unabhängige“, im wesentlichen Honoratioren, deren „Unabhängigkeit“ allerdings der Al Fatah zu 48 Stimmen, Al Saika zu 20 und FPDLP zu 10 Stimmen verhalf. Eigentlich „unabhängig“ waren nur 20 Delegierte, welche die konservativsten Elemente der palästinensischen Gesellschaft repräsentierten.

Die Konferenz faßte zwar eine Reihe von praktischen Beschlüssen — zum Beispiel sollten die in Ägypten stationierten Teile der PLA nach Jordanien verlagert werden —, doch in den grundsätzlichen Fragen wurden keine Fortschritte erzielt: So wurde die Ablehnung der UN-Resolution vom 22. 11. 1967 zum wiederholten Male bekräftigt, aber Konsequenzen für eine Stärkung der Schlagkraft des Widerstandes, die vor allem in einer klaren Position gegenüber den reaktionär-feudalistischen Regimes bestanden hätte, nicht gezogen. Stattdessen wurde beschlossen, keine Kraft solle geduldet werden, welche die „Unabhängigkeit des Widerstandes“ gefährde. Mitglieder der rechtsorientierten PLO-Führung vertraten Thesen wie:

„Saudi-Arabien hat aufgehört reaktionär zu sein, weil es die Widerstandsbewegung unterstützt“ und „Es gibt weder eine palästinensische noch eine arabische Reaktion.“⁷⁾

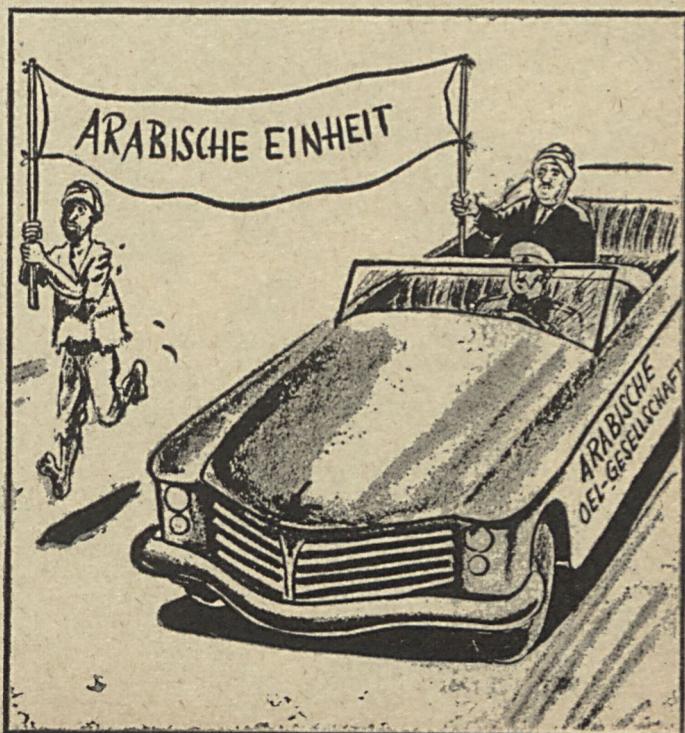
Die Proklamation der „Unabhängigkeit des Widerstandes“ bedeutete nichts anderes als den Versuch der Neutralisierung

der Befreiungsbewegung — insbesondere ihres linken Flügels — gegenüber den konservativen arabischen Regierungen. Dieser wiederholte Versuch der Eindämmung der Bewegung wurde auf der 6. Nationalversammlung um so vordringlicher für die Reaktion, da die FPDLP eine Resolution „Für eine demokratische Lösung der Palästinafrage“ (voller Wortlaut siehe im Kasten auf S. 22) vorlegte. Diese Resolution war deutlich gegen die nationalistischen Erklärungen und Absichten der Regierungen und der PLO- und Al-Fatah-Führung gerichtet:

„Die FPDLP war die einzige Organisation, die an der These von einem palästinensischen Staat festhielt, in dem die Juden nationale Rechte erhalten, während die Mehrheit des Kongresses für einen arabischen Staat stimmte, in dem die jüdische Bevölkerung lediglich religiöse und kulturelle Rechte genießen würde. Es scheint sogar so zu sein, daß für zahlreiche Kongreßteilnehmer die Perspektive eines demokratischen Staates weit mehr ein taktischer Slogan, um die Sympathien der Weltöffentlichkeit zu gewinnen, als ein strategisches Ziel ist.“⁸⁾

Die 5. arabische Gipfelkonferenz

Am 21. 12. 1969 fand die bereits erwähnte 5. arabische Gipfelkonferenz in Rabat unter der Leitung des marokkanischen Königs statt. Die FPDLP lehnte jede Teilnahme der PLO-Spitze ab, eröffnete in breit angelegten Massenveranstaltungen eine Aufklärungskampagne über die Konferenz und erklärte zur Eröffnung dieser Kampagne am 2. 12. 1969: „Diejenigen, die sich zur Zeit für die Politik der ‚arabischen Solidarität‘ und der offiziellen ‚arabischen Einheit‘ einsetzen, propagieren nichts anderes als ein Bündnis mit dem US-Imperialismus, der hinter Israel und seinen anderen Stützen in diesem Raum steht. Wenn die Eiferer für die offizielle ‚arabische Einheit‘ wirklich eine andere Politik auf der Gipfelkonferenz betreiben wollten, dann müßten sie erst das Feuer auf die amerikanischen Interessen, Agenten und Militärbasen in unserem Gebiet eröffnen. Solange die heuchlerischen Befürworter der arabischen Einheitsfront gegen Israel die demokratischen Freiheiten ihrer Völker unterdrücken, bleiben sie unfähig, die amerikanischen Bedingungen zu bekämpfen und die arabische Reaktion zu entlarven.“⁹⁾



Trotz der Verurteilung der Gipfelkonferenz durch die FPDLP ließ sich die PLO durch Yassir Arafat in Rabat vertreten. Er war beauftragt:

1. die ehrlichen Bestrebungen zur Bildung einer arabischen Einheitsfront zu unterstützen,
2. sich nicht in die inneren Streitigkeiten und Angelegenheiten der arabischen Staaten einzumischen und
3. die Intervention der arabischen Staaten in die Angelegenheiten der palästinensischen Revolution abzulehnen und diese Staaten zur Unterstützung der Revolution aufzufordern.

Die Gipfelkonferenz scheiterte. Das einzige, was die PLO erhielt, waren vier Millionen Pfund Sterling zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung.

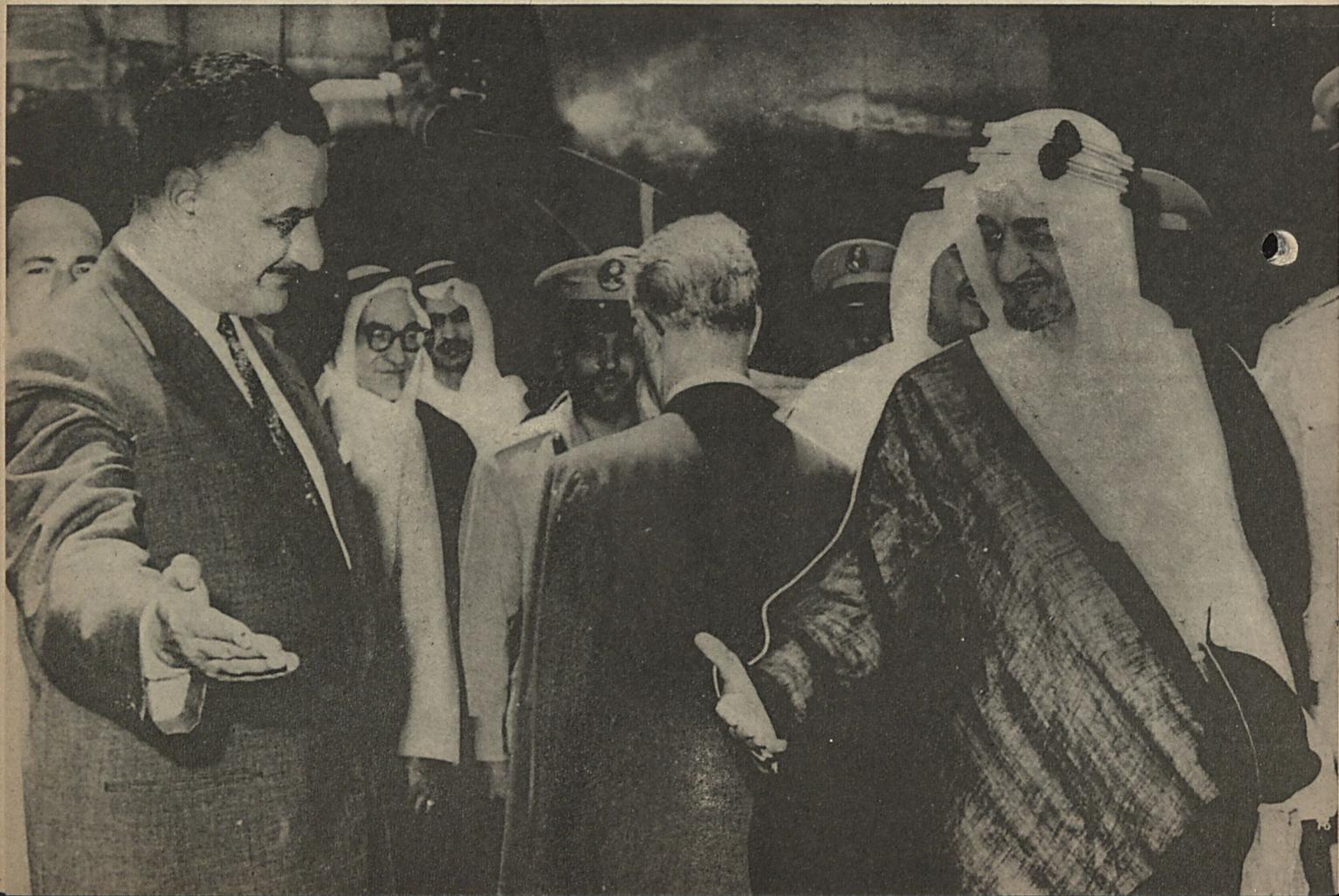
Die Konferenz scheiterte, da das bereits erwähnte Ringen um das Geld aus Kuwait, Lybien und Saudi-Arabien ohne Erfolg blieb. Die Öl-Monarchien waren nicht bereit, mehr an die republikanischen Regimes zu zahlen. Gleichzeitig stellten die weit vom palästinensischen Schuß sitzenden Staaten – vor allem Saudi-Arabien – die Konferenz unter möglichst kriegerische Aspekte. König Feisal von Saudi-Arabien hatte zur Bedingung gemacht, daß über die „friedliche Lösung“ im Sinne der UNO-Resolution von 22. 11. 1967, mit der vor allem Ägypten liebäugelte, um dem israelischen Terror am Suez-Kanal zu entkommen, gar nicht erst diskutiert wurde. Feisal sprach nur vom Heiligen Krieg. Damit hatte er nun allerdings nicht im entferntesten im Sinne, den palästinensischen Widerstand zu fördern – gleichzeitig verweigerte er ja zusätzliche finanzielle Unterstützungen. Saudi-Arabien und den anderen weit vom Schuß liegenden Monarchien ging es vielmehr darum, eine „friedliche Lösung“ zu verhindern,

um somit einer Aufwertung der nasseristischen Nationalisten in Ägypten entgegenzuwirken und auf lange Sicht Nasserismus (Ägypten, Lybien*), Sudan) und Baathismus (Syrien, Irak) schwach zu halten. Eine Wiederholung des Krieges von 1967 wäre von Kuwait und Saudi-Arabien begrüßt worden, denn sie hätte die Möglichkeit zum Sturz der Nationalisten eröffnet und den mit dem US-Kapital verflochtenen Öl-Monarchien größeren Einfluß gesichert. Ein starkes Israel hätte sich in diese Konzeption lückenlos eingefügt (siehe dazu dsz 130, „Wohlan, wir wollen sie mit List dämpfen...“, S. 25). Die ägyptische Propaganda versuchte, das Scheitern der Gipfelkonferenz gegenüber den arabischen Massen herunterzuspielen. Sie engte das Problem darauf ein, daß andere arabische Staaten nicht bereit seien, Opfer für die Befreiung der besetzten Gebiete aufzubringen. Und Hassanin Haikal, Chefredakteur der halbamtlichen Kairoer Zeitung Al-Ahram, damaliger politischer Berater Nassers und heutiger Berater von Staatspräsident Sadat, erklärte am 4. 1. 1970 in seinem Blatt:

Erstens sei es keine Gipfelkonferenz sondern vielmehr ein zufälliges Treffen der Oberhäupter von vierzehn arabischen Staaten gewesen; danach sei jeder seines Weges gegangen. Zweitens seien die arabischen Völker, die das nicht verstanden und mehr erwarteten, dumm. Sie seien diejenigen, welche die Elektrizität erfinden wollten, obwohl die ganze Welt elektrifiziert sei, oder diejenigen, die das Auto entdecken wollten, obwohl so viele motorisiert seien ¹⁰).

*) Anmerkung: In Lybien hatte mittlerweile der nasseristische Offizier Al-Ghadafi die Macht übernommen)

Gamal Abdel Nasser begrüßt Saudi-Arabiens König Feisal



4. Die politischen Hauptrichtungen in der Widerstandsbewegung

Bis hierhin wurde die Geschichte des Widerstandes und seiner Organisationen aufgezeigt ohne näher auf deren Zielsetzungen und Arbeitsweisen einzugehen. Das soll in diesem Abschnitt kurz geschehen. Dabei läßt sich das Problem auf die Diskussion zweier Hauptrichtungen im Widerstand, die eine vertreten durch Al Fatah, die andere durch die FPDLP reduzieren. Al Fatah ist eine nationale Bewegung mit Mitgliedern aus sehr verschiedenen politischen Richtungen. Sie steht nicht einer bestimmten arabischen Partei oder Bewegung nahe, aber in ihren Zielsetzungen ist sie repräsentativ für die große Mehrzahl der nasseristischen und baathistischen Organisationen. FPDLP ist die einzige marxistische Organisation, die bestenfalls auf die Unterstützung einzelner Gruppen auf den linken Flügeln anderer Organisationen rechnen kann.

4.1 Die Zielsetzungen Al Fatahs

Über ihr Ziel und den Weg dorthin, sagt Al Fatah selbst: *„Der revolutionäre Krieg, den Fatah proklamiert, hat klare politische Ziele und bekannte Mittel des Kampfes. Die Ziele dieses Krieges sind, das palästinensische Volk zu befreien, ihm seine Heimat wieder zu geben und in dem befreiten Land eine rechtmäßige politische Struktur zu errichten. Ausgehend vom Willen der palästinensischen Massen und ihre Bedürfnisse erfüllend. Das Mittel ist der Volksbefreiungskrieg mit der vollen Teilnahme der Massen. (...) Fatahs Avantgarde betrat diesen revolutionären Weg, erfüllt vom Glauben an die Massen als an die einzige Kraft, die den Sieg erkämpfen kann, und proklamierte einen revolutionären Krieg, an dem die Massen teilnehmen, um ihre Ziele zu erreichen.“*¹¹⁾

Das Ziel der Revolution ist für Al Fatah die Ergreifung der Macht in Palästina durch das palästinensische Volk. Gesellschaftspolitische Aussagen macht Al Fatah nicht. Die „Rechtmäßigkeit“ einer politischen Struktur sagt noch nichts über den Inhalt eben dieser Struktur aus; ein feudalistisches Regime zum Beispiel kann genauso „rechtmäßig“ sein wie eine sozialistische Volksdemokratie. Zwar ist immer wieder von politischer Schulung die Rede, doch stellt sich diese Schulung bei näherem Hinsehen sehr schnell als eine reine Unterstützung des militärischen Kampfes heraus.

Der Begriff der Revolution schließt bei Al Fatah nicht eine gesellschaftspolitische Umwälzung ein. Die Organisation ist im großen und ganzen an den nationalistischen Regimes des Nasserismus und Baathismus orientiert und tritt somit auch für das Prinzip der „Unabhängigkeit des Widerstandes“, also der gegenseitigen Nichteinmischung von arabischen Staaten und Widerstand ein. Al Fatah kann daher schwerlich als eine Bewegung mit „klaren politischen Zielen“ bezeichnet werden, ihre „politischen“ Aktivitäten, ihre Bildungsarbeit unter den palästinensischen Flüchtlingen, ist immer unmittelbar auf die Aktivierung zum militärischen Kampf und dessen Unterstützung gerichtet. Eine Auseinandersetzung mit den herrschenden arabischen Ideologen findet nicht statt.

Die Spitze der Organisation ist durchweg aus konservativen und rechtsgerichteten Elementen zusammengesetzt. Aber nicht nur die Spitze, sondern auch die unteren Kader neigen zu konservativen Vorstellungen, was vor allem auf die vielen

leeren Versprechungen der arabischen Regierungen zurückzuführen ist:

*„... es hat den Anschein, als hätte sich bei vielen Kadern das Mißtrauen gegenüber politischen Erklärungen, gegenüber dem Wortradikalismus, zu einer Ablehnung jeglicher Politisierung entwickelt, so daß die Ideologie der Bewegung – bewußt oder unbewußt – von konservativen Strömungen durchsetzt bleibt. Offiziell wird die Natur des zukünftigen Staates mit einer recht einfachen Formel definiert: ‚Das Land wird denen gehören, die es befreit haben.‘“*¹²⁾

Die sanitäre Infrastruktur von Al Fatah

Die Ideologie der Al-Fatah-Fedayin ist somit recht konfus. Aber ihr Nationalgefühl und ihre Sorge für die Flüchtlinge läßt sie Rückhalt finden im palästinensischen Volk. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Gesundheitsfürsorge der Organisation. Zwar betreibt UNRWA mehrere Kliniken, doch sie reichen nicht aus. Seit 1968 versuchte Al Fatah diese Lücke zu schließen und betrieb bereits 1969 sieben Krankenhäuser mit Ärzten und Chirurgen, sieben Sozialzentren mit Krankenschwestern und eine Erholungsstätte mit einer Klinik für schwere Fälle. Außerdem gründete sie 1969 am Rande Ammans ein Waisenhaus mit Schule für die Kinder gefallener Feddayin. Diese Leistungen Al Fatahs können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aber sie haben dennoch nur rein **humanen** Charakter. Was fehlt – als Mittel, um die Massen zu gewinnen – ist die **politische** Aufklärung und Auseinandersetzung. Die sanitären Hilfeleistungen sind notwendig, aber sie sind bedenklich als das Hauptinstrument zur Gewinnung der Massen für ganz bestimmte Ziele.

4.2 Die Politik der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP)

Ganz im Gegensatz zu Al Fatah, die – auf eine Kurzformel gebracht – die militärische Machtergreifung in Palästina zum Ziele hat und, trotz aktueller politischer Differenzen, als Bestandteil der kleinbürgerlichen arabischen Bewegungen angesehen werden kann, ganz im Gegensatz dazu steht die FPDLP. Um einen Eindruck über die Vorgehensweise dieser marxistischen Organisation zu liefern, im folgenden ein kurzer Auszug aus dem Bericht des schon mehrfach zitierten Franzosen Gérard Chaliand, der 1969 Basen der FPDLP in Nordjordanien besuchte:

„Jede der ungefähr 24 Mann starken Basen in denen täglich Stunden für politische Diskussionen und für die Lektüre festgesetzt sind, bilden Kontaktgruppen, die die Verbindungsarbeit mit den Flüchtlingslagern und palästinensischen wie auch jordanischen Dörfern leisten. Zunächst versucht eine Gruppe, die Lebensbedingungen eines Dorfes kennen zu lernen. Nach einigen Kontakten, um freundschaftliche Beziehungen herzustellen, beginnt sie zu diesem Zweck den Bauern bei der Ernte oder bei irgendeiner kollektiven Arbeit zu helfen. Diese Kontakte ermöglichen es der Gruppe, die lokalen Probleme besser kennen zu lernen, sich sprachlich besser auf die Dorfbewohner einzustellen,

Für eine demokratische Lösung der Palästinafrage

Resolutionsvorschlag der FPDLP zur VI. Palästinensischen Nationalversammlung, September 1969 in Kairo

Während seiner ganzen neueren Geschichte, und vor allem seit der Balfour-Erklärung, war Palästina dem Prozeß der zionistischen Kolonisation auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ausgesetzt. Der Zionismus sowie der Imperialismus hatten für die Juden- und die Palästinafrage nur chauvinistische und rassistische Lösungen anzubieten. Diese Lösungen bestanden in der Vertreibung des palästinensischen Volkes von seinem Territorium und in der Schaffung eines israelischen und eines palästinensischen Staates auf der Grundlage des Teilungsplans von 1947. Die chauvinistische Lösung führte 1948 zur Errichtung des Staates Israel. Damit sollte die nationale Identität des palästinensischen Volkes ausgelöscht werden.

Die Lösungsvorschläge nach dem Junikrieg 1967 bewegten sich zwischen der zionistisch-chauvinistischen Lösung, die von den israelischen Expansionsgelüsten geprägt ist, und der kolonialistischen reaktionären Lösung, die die Anerkennung des Staates Israel mit „sicheren und anerkannten Grenzen“ bedeutet, wie es in der Resolution des Sicherheitsrats vom 22. 11. 1967 heißt.

Der zionistische Kapitalismus als Verbündeter des internationalen (vor allem des amerikanischen) Kapitalismus, der die Juden in Israel durch seine Ideologie und seine reaktionären Institutionen in Entfremdung hält, bietet natürlich diese Lösungen an, denn sie entsprechen den gemeinsamen Interessen des Zionismus und des Imperialismus: Erhaltung des Staates Israel als Basis der Konterrevolution in der Region, Unterdrückung der nationalen palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegung im Kampf gegen Kolonialismus, Zionismus und Reaktion.

Gleichzeitig hat die palästinensische

und arabische Reaktion während des ganzen Kampfes um das Schicksal Palästinas und seines Volkes nur reaktionäre und chauvinistische Lösungen angeboten und verbreitete. Haß gegen alles, was jüdisch ist; trotz ihres antikolonialen Programms ist sie weiterhin in ihre Allianzen mit dem Kolonialismus verstrickt und hat historisch gesehen die kolonial-zionistischen Ziele begünstigt (1936–1948).

Auch nach der Katastrophe von 1948 haben die palästinensischen Organisationen und arabischen Regime ihre chauvinistischen und rassistischen Lösungen beibehalten („die Juden ins Meer“, „bringen die Juden um“). Nach dem Junikrieg 1967 sind alle chauvinistischen verworrenen Parolen zusammengebrochen, um reaktionären imperialistischen Lösungen Platz zu machen, die auf der „Anerkennung Israels in gesicherten Grenzen“ beruhen. Die palästinensische Nationalversammlung macht sich die demokratischen Ziele des palästinensischen Volkes zu eigen und beschließt:

1. Die Nationalversammlung lehnt alle chauvinistischen und reaktionären Lösungen des Zionismus und Imperialismus ab, die auf der Anerkennung des Staates Israel als vollendeter Tatsache beruhen. Diese Lösungen verneinen nicht nur das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, sondern billigen auch die zionistische und expansionistische Struktur des Staates Israel, der mit dem Imperialismus eng verbunden und der palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegung sowie allen sozialistischen Kräften entgegengesetzt ist.

2. Die Nationalversammlung lehnt alle palästinensischen und arabischen chauvinistischen Lösungen vor und nach dem Junikrieg 1967 ab, die sich zum Ziel setzen, „die Juden abzuschlachten und ins Meer zu treiben“. Ebenso lehnt sie die reaktionären Lösungen ab, die die Anerkennung des Staates Israel in „sicheren und anerkannten Grenzen“ (UNO-Resolution vom 22. November 1967) fordern. Auch

diese Lösung, die die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes negiert, versucht, im Nahen Osten einen kapitalistischen, rassistischen und expansionistischen Staat aufrechtzuerhalten, der eng mit dem internationalen Kapitalismus verbunden und den palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegungen sowie allen sozialistischen Kräften in der Welt entgegengesetzt ist.

3. Die Nationalversammlung kämpft für eine volksdemokratische Lösung der Palästina- und Israelfrage, das heißt: Beseitigung der zionistischen Struktur (Verwaltung, Polizei und Armee); Auflösung aller chauvinistischen politischen und Gewerkschaftsorganisationen; Schaffung eines volksdemokratischen Staates in Palästina, in dem Juden und Araber ohne nationale und Klassenunterdrückung zusammen leben werden.

4. Wegen der historischen Verbindungen zwischen Palästina und den arabischen Völkern wird der palästinensische volksdemokratische Staat ein integraler Bestandteil einer demokratischen arabischen Föderation sein.

5. Diese demokratische Lösung soll die Araber und Juden von allen reaktionären zionistischen und arabischen Ideologien befreien.

6. Diese Lösung wird die Region in eine revolutionäre Bastion als integralen Bestandteil der Weltrevolution verwandeln.

7. Diese Lösung kann nur durch den bewaffneten Volkskrieg gegen Zionismus, Imperialismus und Reaktion und alle entsprechenden Lösungen erreicht werden.

Mit dieser demokratischen Lösung wendet sich die palästinensische Nationalversammlung an die antizionistischen und antiimperialistischen israelischen und jüdischen Individuen und Organisationen sowie an alle revolutionären Kräfte in der Welt, sich zu ihr zu bekennen und bis zu ihrer Verwirklichung am bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes teilzunehmen.

die Demokratische Volksfront bekanntzumachen, und, nebenbei, ihre Ideen zu verbreiten. Die sind, im Gegensatz zu denen aller anderen Organisationen, am nationalen Problem und am Klassenkampf ausgerichtet. **In der Propaganda der Demokratischen Volksfront geht es nicht nur darum, den palästinensischen Boden zu befreien, sondern ebenso das Volk von der Unterdrückung durch die Reichen, die seine Sache verraten haben, die sich den Ertrag seiner Arbeit aneignen oder es mittels des Staates unterdrücken.**“¹³⁾

Die FPDLP ist also eine Widerstandsorganisation mit – im Gegensatz zu Al Fatah – klaren politischen und sozialen Zielen. Sie stützt ihre Arbeit auf eine eingehende Analyse der sozialen Verhältnisse in Palästina und den umliegenden arabischen Staaten. Ihre Führungskader verstehen sich als Vertreter der unterdrückten Massen. Wichtigstes Mittel zu deren Gewinnung ist die politische Aufklärung mit dem Ziel einer **politisierten palästinensischen Gesellschaft**, die fähig ist zu einer **sozialen Revolution**. Grundbedingung für die

Arbeit der FPDLP ist ein hoher Stand der Politisierung in den eigenen Reihen. Ihre Mitglieder sind daher sämtlich anhand marxistischer Literatur geschult. Eine Stunde politischer Ausbildung pro Tag ist vorgeschrieben.

Die Position der FPDLP gegenüber den arabischen Regimes und ihre Vorstellungen zur Lösung der Palästina-Frage unterscheiden sich entsprechend scharf von denen Al Fatahs. Sie kritisiert offen die arabischen Regimes und die ihnen nahestehenden Widerstandsorganisationen mit ihren nationalistischen Vorschlägen zur Lösung der Palästina-Frage. Sie strebt ein demokratisches Palästina an, in dem Araber und Juden unter Wahren ihrer nationalen Identität miteinander leben können. Die FPDLP unterbreitete der 6. palästinensischen Nationalversammlung hierzu eine Resolution, die von der rechten Mehrheit der Versammlung abgelehnt wurde. (Der volle Wortlaut des Resolutionsentwurfes „Für eine demokratische Lösung der Palästina-Frage“ ist nebenstehend abgedruckt.)

Bereits in ihrer Gründungserklärung vom 22. 2. 1969 forderte die Demokratische Volksfront die Bildung einer Revolutionären Einheitsfront des Widerstandes. Zwar wird eine solche Einheitsfront des Widerstandes auch von den anderen Widerstandsorganisationen, namentlich von Al Fatah, gefordert und auch unter dem Dach der PLO teilweise verwirklicht, doch zielen diese Vorstellungen auf eine Gleichschaltung des Widerstandes ab, was quasi einer Ausschaltung der linken Gruppen gleich käme. Die FPDLP fordert hingegen eine Einheitsfront auf der Basis der Gleichberechtigung der beteiligten Organisationen unter Wahrung der ideologischen, politischen und organisatorischen Selbständigkeit.

5. Der jordanische Bürgerkrieg im September 1970 und die jüngste Entwicklung des Widerstandes

Dieser letzte Abschnitt erklärt die aktuelle Situation des Widerstandes: der palästinensische Widerstand ist politisch und militärisch geschlagen; in Jordanien wurde er im Juli 1971 liquidiert, im (Süd-)Libanon (Fatah-Land) war es nicht anders. Die Organisationen mußten sich nach Syrien zurückziehen.

Die vorangegangenen Abschnitte haben gezeigt, warum der Kampf gegen den Zionismus, gegen den Staat Israel, gleichzeitig ein Kampf gegen den Imperialismus in den arabischen Staaten sein muß. Mit anderen Worten: **Der palästinensische Widerstand wird nur Erfolg haben im Rahmen einer arabischen Befreiungsbewegung. Die „Befreiung“ des palästinensischen Bodens aus zionistischer Hand, wie es alle nationalistischen Gruppen im Widerstand zum Ziele haben, bedeutet noch nicht die Befreiung der palästinensischen Bevölkerung. Der Zionismus fällt nicht ohne die bestehenden Herrschaftsstrukturen in den umliegenden arabischen Staaten.**

Die FPDLP ist die einzige Widerstandsorganisation, die diesen Zusammenhang klar erkannt und die Konsequenzen für ihre Politik daraus gezogen hat. Ihre Arbeit richtet sich vor allem auf die Politisierung der palästinensisch-jordanischen Bevölkerung, während hingegen Al Fatah die Mobilisierung der Massen allein unter dem agitatorischen Aspekt sieht, sie emotional für die Unterstützung des militärischen Kampfes zu gewinnen.

Verurteilung der Flugzeugentführungen

Eine sehr deutliche Position nimmt FPDLP zu den Flugzeugentführungen ein, die in erster Linie von Kommandos der FPLP unter Georges Habbasch durchgeführt wurden. Die Demokratische Volksfront sieht in derartigen Aktionen einen Schaden für die kontinuierliche Mobilisierung der palästinensischen Volksmassen. Sie zieht vor allem den Vergleich zum bewaffneten Volkskrieg:

„1) Es gibt zwei verschiedene Formen der Kommando-Aktionen im palästinensischen Widerstand: Die eine entspringt Überlegungen zur weiteren Entwicklung des Guerillakampfes, als Ausdruck breit organisierter und strategisch durchdachter Planung, und die andere entspringt individualistischer und propagandistisch groß angelegter Planung.

2) Jede dieser Formen der Kommando-Aktionen stützt sich auf verschiedene theoretische Grundlagen:

- die kollektiv organisierten Aktionen sind Ausdruck der Verbundenheit mit den Massen. (. . .)
- die individualistischen Aktionen (zum Beispiel gegen Flugzeuge) stützen sich auf die Propagierung des individuellen Terrors. Solche Aktionen schaden letzten Endes der palästinensischen Widerstandsbewegung, weil sie die Massen über die Verherrlichung der individualistischen Aktionen anstatt der kollektiv organisierten zu mobilisieren suchen. (. . .)

Die Aufgaben der palästinensischen Widerstandsbewegung liegen neben der Bekämpfung Israels darin, den revolutionären Kampf der unterdrückten Massen in den arabischen Ländern gegen die herrschenden Klassen zu unterstützen. Dies ist der einzige Weg zur Zerschlagung der imperialistischen Kräfte.

Der individualistische Terror führt die Massenbewegung in eine Sackgasse.“¹⁴⁾

Doppelherrschaft in Jordanien

Die demokratische Volksfront hatte schon in ihrer Plattform gefordert, ‚Amman‘ zum arabischen ‚Hanoi‘, zu einer festen Bastion des Widerstandes zu machen. Diese Forderung schloß die Revolutionierung der jordanischen Gesellschaft, die historisch mit der palästinensischen eng verflochten ist, von Anfang an mit ein. Praktische politische Schritte in diese Richtung wurden 1970 eingeleitet, eine Doppelherrschaft in Jordanien errichtet. Das bedeutet: gleichberechtigt neben dem Herrschaftsapparat des jordanischen Palastes stand eine ihr vergleichbare revolutionäre Organisation des Widerstandes. Die Parole der linken Kräfte im Widerstand – unter Führung der FPDLP – hieß: **„Keine Macht über die Macht der Widerstandsbewegung!“**

Wesentlichen Auftrieb gaben dieser Entwicklung die Angriffe der jordanischen Truppen gegen die Widerstandsorganisationen am 10. 2. 1970 und die Massendemonstrationen am 14. 4. 1970 in Amman, durch die es gelang, den Besuch des amerikanischen „Vermittler“ im Nah-Ost-Konflikt, Joseph Sisco, zu verhindern. Die FPDLP versuchte danach, die Macht des Widerstandes zu festigen, indem sie zur Bildung von **Volksräten** aufrief. In zwei Flüchtlingslagern wurden Volksräte gewählt. Der jordanische Staatsapparat wurde zunehmend faktisch entmachtet. Volksräte und Volksmiliz sollten der bestehenden administrativen Infrastruktur der Widerstands-

organisationen die notwendige Grundlage geben — eine Grundlage, die in erster Linie zu einer weiteren Politisierung und Revolutionisierung der jordanischen und palästinensischen Bevölkerung führen sollte. „Diese Doppelherrschaft wird und kann nicht lange dauern. Daß sie . . . besteht, liegt darin, daß die Organisierung der revolutionären Volksmassen in einem Anfangsstadium ist.“¹⁵) Die Doppelherrschaft stellte eine Übergangsphase des Gleichgewichtes der beiden Mächte dar, der des Königs und der des Widerstandes. Die folgende Phase sollte die der revolutionären Volksherrschaft sein.

Im Juli 1970 wurde diese Entwicklung unterbrochen. Die Annahme des Rogers-Planes (zu den Friedensplänen siehe gesonderten Beitrag in diesem Heft) durch die Kairoer und Ammaner Regierung spaltete die Widerstandsbewegung. Während die rechte PLO-Mehrheit an ihrem Glauben festhielt, eine weitere Koexistenz des Widerstandes mit dem Palast sei möglich, sah die linke das empfindliche Gleichgewicht der Doppelherrschaft gestört. Sie sah in der nahenden Möglichkeit einer „friedlichen Lösung“ der Palästinafrage eine Stärkung des Regimes, also eine Verschiebung des Gleichgewichtes zugunsten des Widerstandes. Die Linke gab daher die Parole aus: **„Alle Macht der Widerstandsbewegung!“**

Angesichts des drohenden Bürgerkrieges stellte die FPDLP an die übrigen Widerstandsorganisationen drei Forderungen:

1. **Betonung der palästinensisch-jordanischen Einheit als Antwort auf die Politik Al Fatahs der Palästinisierung der Palästinafrage, also der Behauptung, der Widerstand sei allein eine Angelegenheit des palästinensischen Volkes.**
2. **Infolgedessen Vereinheitlichung der Organisation des Kampfes des palästinensischen und jordanischen Volkes.**
3. **Zusammenschluß der Widerstandsorganisationen in eine nationale Einheitsfront auf der Basis der Gleichberechtigung und die Wahl eines Zentralkomitees, dessen Politik sich an einem Minimalprogramm orientiert.**

Hatte Al Fatah noch auf der 7. palästinensischen Nationalversammlung vom 27. bis 31. 5. 1970 in Kairo eine derartige Einheitsfront abgelehnt, die auf Kosten der eigenen Vormachtstellung gegangen wäre, stimmte sie mit den übrigen Vertretern auf der außerordentlichen Nationalversammlung am 27. 8. 1970 in Amman den FPDLP-Vorschlägen zu. Aber die Konsequenz aus den drei Punkten, nämlich die Machtfrage zu stellen, eine nationale demokratische Regierung in Amman zu proklamieren, zog die Nationalversammlung nicht. Erst als es viel zu spät, als die jordanische Armee bereits angriffsbereit war, am 9. 9. 1970, beschloß das Zentralkomitee der PLO, eine national-demokratische Herrschaft in Amman zu errichten.

Vorbereitung des Bürgerkrieges durch Jordanien

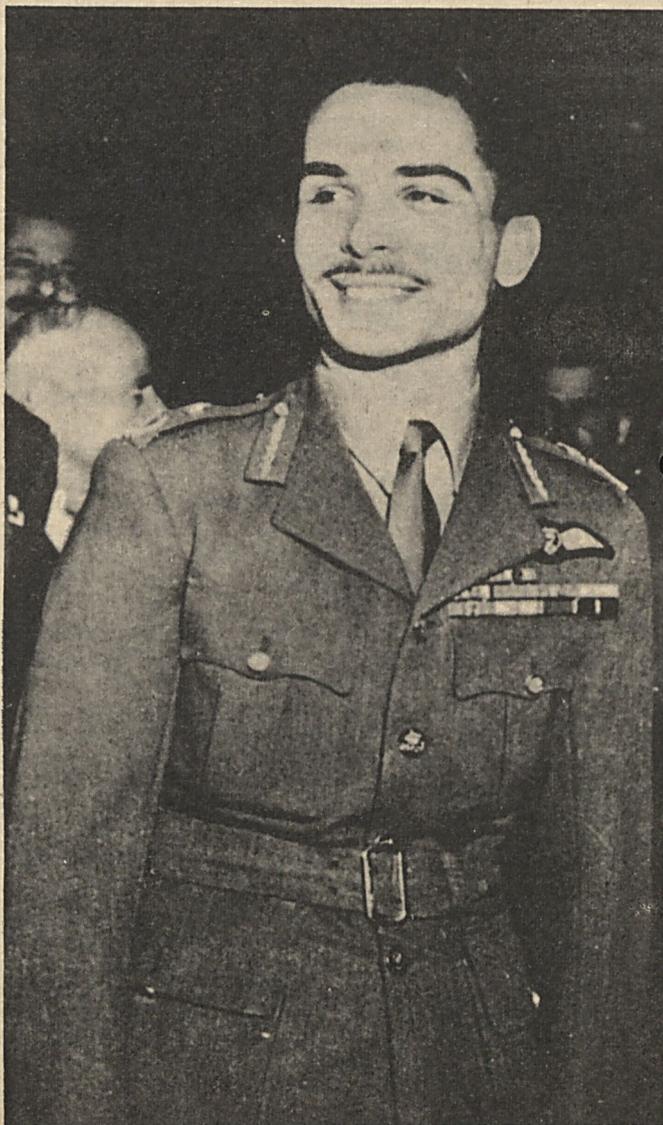
Das Regime des Haschemitischen Königs Hussein hatte stets den größten Argwohn gegenüber der entstehenden Widerstandsbewegung. Oberstes Ziel jordanischer Politik war und ist die Erhaltung dieses Zipfelchen Landes, dieses Anachronismusses zwischen Palästina, Syrien, dem Irak und Saudi-Arabien, das Großbritannien den Haschemiten-Fürsten zum Geschenk machte, nachdem es bei der Aufteilung des Osmanischen Reiches übrig geblieben war. So wundert es nicht, daß der erste gefallene Al-Fatah-Fedayin ein Opfer jordanischer Kugeln war.

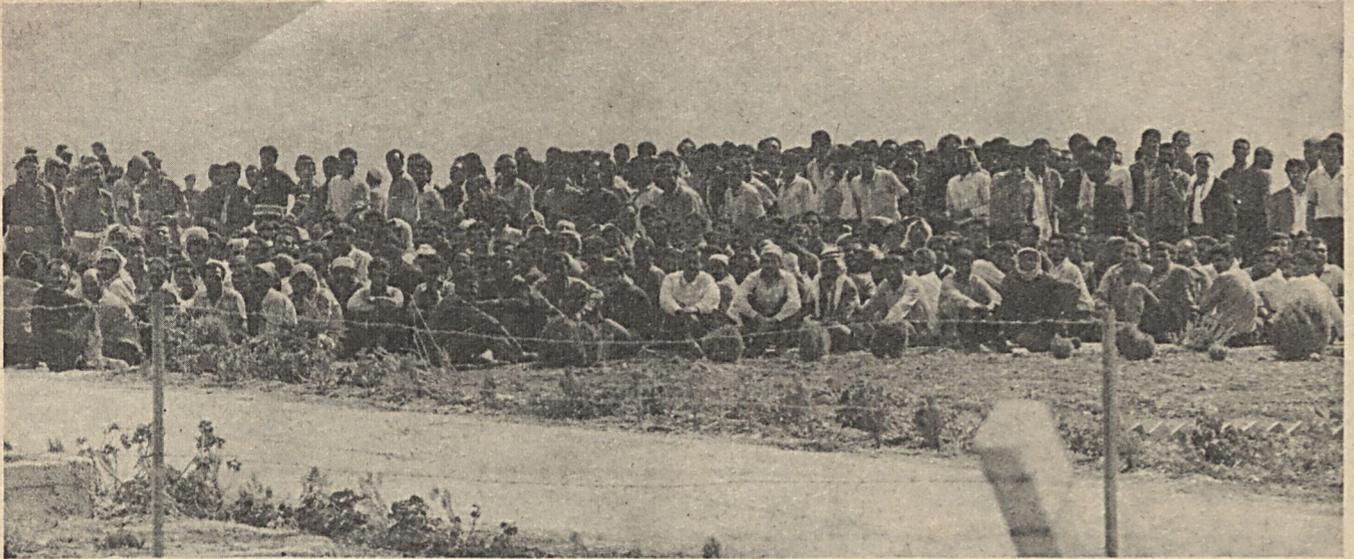
Nach dem Juni-Krieg wurde durch den starken Zustrom von Palästinensern über den Jordan die Lage für das Königreich immer präkerer. Die erste Offensive gegen den erstarkenden palästinensischen Widerstand unternahm der Palast bereits am 2. 2. 1968. Es folgten Angriffe am 4. 11. 1968, am 10. 2. und am 7. 6. 1970.

Der entscheidende Schlag gegen die Widerstandsorganisationen war dem Hussein-Regime allerdings lange verwehrt. Die arabischen Regierungen waren, wie bereits 1967 auf der 4. arabischen Gipfelkonferenz in Khartum erklärt, an einer „friedlichen“ Lösung der Palästinafrage interessiert. Zur Durchsetzung einer derartigen Lösung gegenüber den Großmächten und damit in Folge gegen Israel setzten sie die Widerstandsbewegung als Druckmittel ein. Mit der Vorlage des Rogers-Planes und dessen Akzeptierung durch Kairo und Amman war der Weg frei zur Zerschlagung des Widerstandes in Jordanien.

Am 7. 6. 1970 wurde eine Luftbrücke eingerichtet, welche die jordanische Armee mit Waffen und Munition aus den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik versorgte. In der Armee, der Polizei und der Sicherheitspolizei führten königstreue Kreise den sogenannten „weißen Putsch“ durch, um diese Institutionen von allen Personen zu säubern, die dem Widerstand aufgeschlossen gegenüber standen, und um somit zu verhindern, daß sich Teile der Administration auf die Seite der Revolution stellen könnten. Vom 20. bis 23. 8. 1970 versicherte sich Hussein in Kairo der Rückendeckung Nassers. Am 31. 8. und 1. 9. 1970 griffen jordanische Truppen palästinensische Einrichtungen in Amman an. Am 16. 9. 1970, eine Stunde nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens mit

Hussein und . . .





... seine Gefangenen

der Widerstandsbewegung, setzte Hussein die zivile Regierung ab, die einen gewissen Schutzwall für den Widerstand dargestellt hatte. An ihre Stelle trat für 10 Tage – die Dauer des Krieges – eine Militärdiktatur. Am nächsten Tag eröffneten jordanische Truppen eine groß angelegte Offensive gegen Amman, wo sich die palästinensischen Hauptquartiere befanden.

Die Ziele der jordanischen Politik

Die mit der Bürgerkrieg-Offensive vom September 1970 verfolgten Ziele laufen auf den Anfang dieses Jahres vorgelegten **Hussein-Plan** eines „**Vereinigten Arabischen Königreiches**“ hinaus. Hussein greift damit die sowohl von den Großmächten als auch von arabischen Regierungen gemachten Überlegungen eines „autonomen“ (Rest-) Palästinas (Gaza und Westjordanien, der sogenannten „west-bank“) auf. Er sieht einen föderativen Anschluß der „west-bank“ an Jordanien vor. Gleichzeitig hegt er damit den Nebengedanken eines feudalistischen (Mini-)Gegengewichtes gegen die wieder angestrebte Vereinigte Arabische Republik.

Dieser Plan ist nach langen Konsultationen mit Kreisen der palästinensischen Bourgeoisie der „west-bank“ sowie mit israelischen Politikern erarbeitet worden. Er ist im Grunde ein Kompromiß zwischen dem jordanischen Regime und der von ihm abhängigen palästinensischen Bourgeoisie auf der einen und solchen Teilen der palästinensischen Bourgeoisie auf der anderen Seite, die während der Okkupation Verbindungen mit den Israelis geknüpft haben. Ein solches Staatsgebilde würde den Israelis zum ersten Male einen ungehinderten Zugang zum arabischen Markt eröffnen, weshalb das arabisch-nationalistische Regime in Kairo diesen Plan scharf ablehnt und sämtliche Beziehungen zu Jordanien abgebrochen hat.

Die Niederlage des Widerstandes

Unter Billigung der übrigen arabischen Staaten – außer Syrien – holte das jordanische Regime am 17. 9. 1970 zum entscheidenden Schlag gegen den Widerstand aus. Nur unter-

stützt von Syrien war der Widerstand den jordanischen Truppen militärisch nicht gewachsen. Da die Einheitsfront erst wenige Wochen zuvor gebildet worden war, kam es zu Koordinierungs- und Nachschubschwierigkeiten. Bedeutender allerdings als die militärische Schwäche – zu Ende des Krieges waren keineswegs alle vom Widerstand befreiten Gebiete von jordanischen Truppen erobert – viel bedeutender war die politische Schwäche, die Stagnation des Widerstandes in den befreiten Gebieten: **Die vom Zentralkomitee der PLO beschlossenen Politik der Überführung der befreiten Gebiete unter die Verwaltung einer nationalen Regierung wurde nicht vollzogen.**

Da der Kampf wegen des immer gravierender werdenden Materialmangels aussichtslos war, schickte das Zentralkomitee Yassir Arafat mit dem Auftrag nach Kairo, einen Waffenstillstand zu arrangieren – und zwar als taktischen Schritt bis zur Organisation des Nachschubs aus dem Norden.

Zur gleichen Zeit verlor Hussein die bedingungslose Unterstützung Nassers, als in Kairo bekannt wurde, daß die jordanischen Pläne nicht nur die Liquidation des linken Flügels der Widerstandsbewegung, sondern die des ganzen Widerstandes zur Absicht hatten. Nasser versetzte daher Teile der ägyptischen PLA unter das Oberkommando der PLO und forderte den Rücktritt der Militärjunta in Amman. Unter dem Eindruck, einen starken Verbündeten verlieren zu können, war Hussein bereit, an einem Treffen der arabischen Staatsoberhäupter in Kairo teilzunehmen.

Am 27. 9. 1970 unterzeichnete Hussein, die arabischen Staatsoberhäupter und Yassir Arafat, der hierzu vom Zentralkomitee NICHT autorisiert war, das Kairoer Abkommen zur Beendigung des Bürgerkrieges. Die Widerstandsbewegung wurde vor vollendete Tatsachen gestellt.

Das Kairoer Abkommen war weniger ein Ausdruck der Kräfteverhältnisse in Jordanien zum Ende des Krieges, sondern vielmehr des politischen Gleichgewichtes der in Kairo versammelten arabischen Staaten. Auf politischer Ebene wurde der Widerstand dem jordanischen Staat gleichgesetzt, allerdings unter Wahrung der Position der „Nichteinmischung in die Interessen der arabischen Länder“. Damit wurde dem



rechten Flügel im Widerstand eine stärkere Rolle zuerteilt, als er sie zu Beginn des Bürgerkrieges innehatte. Durch ein ergänzendes Abkommen in Amman wurde diese Position dann aber korrigiert zugunsten des status quo, wie er bei Ausbruch der Kämpfe bestand.

Die immerhin bestandenen Möglichkeiten des Kairoer Abkommens – Beibehaltung aller zur Fortsetzung des Kampfes gegen Israel notwendigen Stützpunkte, sowie der Fortbestand der Volksmiliz und aller öffentlichen Einrichtungen – wurde vom Widerstand nicht genützt. Anstatt die Organisation in den noch kontrollierten Gebieten zu konsolidieren, zerfiel die in Amman am 27. 8. 1970 beschlossene Einheitsfront. **Al Fatah kehrte zur „Politik der Nichteinmischung“ zurück.** Sie vertrat die Meinung, der Widerstand, gerichtet auf das Ziel der „**Befreiung des palästinensischen Bodens**“, könne von der Bereitschaft des jordanischen Regimes zur Koexistenz unter dem Druck der arabischen Regierungen ausgehen.

Das jordanische Regime nützte die offensichtliche Schwäche der Bewegung und erklärte den linken Flügel, insbesondere FPDLP, zum Verantwortlichen am Krieg. Die FPDLP habe im Bürgerkrieg den gesamten Widerstand nur ihre Politik betreiben lassen. Auf diese Art und Weise wurde die in Amman gebildete Einheitsfront auseinander dividiert.

So war es dann keine Schwierigkeit mehr für Hussein, sich über viele Punkte der Kairoer und Ammaner Abkommen hinwegzusetzen und den Widerstand nach und nach zu liquidieren. Am 13. 1. 1971 ließ er ein weiteres Abkommen zur Frage

der „nationalen Einheit und Sicherheit“ unterzeichnen. **Ziel dieses Abkommens war die Entwaffnung der Volksmiliz.** Al Fatah setzte sich tatkräftig dafür ein, daß auch alle unterzeichneten. Der Aufruf der FPDLP zur Aktionseinheit gegen das Abkommen wurde nicht befolgt. Im Juli 1971 war der Widerstand in Jordanien schließlich militärisch und politisch beseitigt.

Die Ursachen für das Scheitern des Widerstandes – Folgerungen der FPDLP

Die Geschichte des palästinensischen Widerstandes ist vor allem die des Scheiterns von Al Fatah und der übrigen nationalistischen Gruppen. Viele Gründe dafür wurden im Verlaufe des Artikels bereits benannt, die wichtigsten sollen hier noch einmal kurz angeführt werden:

- **Palästinisierung des Widerstandes:** Das Ziel von Al Fatah war und ist die Übernahme der Macht in Palästina. Sie hat sich nicht mit der Funktion der herrschenden arabischen Regimes auseinandergesetzt. Für Al Fatah war und ist es ein Kampf um Palästina – nichts weiter. So wundert es nicht, daß sie nie aus ihren Rückschlägen gelernt hat: Nach der Liquidation in Jordanien folgte konsequent die im Libanon. Und bezeichnenderweise setzte sich bereits im Juli 1971 – zum Zeitpunkt der völligen Beseitigung des organisierten Widerstandes in Jordanien – ein Al-Fatah-Kader, Al-Hassan, als Vertreter der PLO zu einem Gespräch mit einem Vertreter der jordanischen Regierung in Djidda (Saudi-Arabien) wieder an einen Tisch.

● **Fehlende politische Aufklärung der Bevölkerung:** Die zu Anfang verfolgte Strategie des „Focus“ erweist sich nun als ein Fehlschlag. Es ist Al Fatah nie gelungen das Verhältnis zu den palästinensischen und jordanischen Massen so zu gestalten, so daß zwischen der Organisation und dem Volk eine wechselseitige Diskussion und Kritik hätte stattfinden können; es wurden also keine politisierten Verhältnisse geschaffen. Das Volk wurde stets durch imposante militärische Erfolge, durch sanitäre Hilfeleistungen und durch eine nationalistische Agitation emotional für Al Fatah gewonnen.

● Insbesondere seit der Übernahme der PLO durch Al Fatah war die **Führung der Organisation bürokratisiert** und von den unteren Kadern isoliert. So war es Kuweit und den anderen Öl-Monarchien durch Millionenbeträge leicht möglich, die Politik Al Fatahs und der PLO in die gewünschte Richtung zu leiten.

● Al Fatah hat sich stets **gegen eine Einheitsfront** (mit Ausnahme zur Zeit der aktuellen Bedrohung durch den Bürgerkrieg) auf der Grundlage der Gleichberechtigung der verschiedenen Widerstandsorganisationen gewandt, weil ihr so die absolute Führungsstellung in der PLO verloren gegangen wäre.

Die Forderungen der FPDLP an die weitere Arbeit des Widerstandes sind entsprechend entgegengesetzt zur Praxis der Al Fatah gerichtet. Das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit sieht die demokratische Volksfront derzeit in der Politisierung und Revolutionierung der palästinensisch-jordanischen Gesellschaft und in der Wiedergewinnung sowohl der politischen als auch der militärischen Strukturen in Jordanien. Ziel ist der Sturz des Hussein-Regimes und die Errichtung eines nationalen demokratischen Staates in Jordanien. Die FPDLP nennt **vier Hauptaufgaben** für die Entwicklung der Widerstandsbewegung in der nächsten Zeit:

1. **Fortsetzung und Intensivierung des bewaffneten Kampfes gegen Israel und gegen das Hussein-Regime.**
2. **Schaffung einer nationalen Einheitsfront der verschiedenen Widerstandsorganisationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und eine Forcierung vor allem der militärischen Zusammenarbeit.**
3. **Bildung einer palästinensisch-jordanischen Einheitsfront unter Einbeziehung aller progressiven Kräfte der jordanischen Gesellschaft.**
4. **Zur Unterstützung dieser Ziele die Bildung einer fortschrittlichen arabischen Einheitsfront unter Einschluß Ägyptens, Syriens, Libyens, des Iraks und des Sudans.**

Schlußbemerkungen

Auf dem Hintergrund der umfangreichen Informationen über die Entwicklung des Widerstandes lassen sich die eingangs aufgeworfenen Fragen nach dem „Schwarzen September“ und der Sympathie, die ihm von der arabischen Bevölkerung entgegengebracht wird, zumindestens annähernd beantworten. Vorweg muß allerdings betont werden, daß für den Widerstand selbst dies nicht die zentralen Fragen sind, dafür sind die anarchistischen Strömungen allein quantitativ viel zu unbedeutend. Die zentralen Fragen des Widerstandes wurden im vorhergehenden letzten Abschnitt in der Gegenüberstellung der Al-Fatah-Politik und den Forderungen der FPDLP für die zukünftige Arbeit klar herausgestellt. Das braucht nicht wiederholt zu werden. Die Fragen nach dem „Schwarzen September“ bedürfen an dieser Stelle deshalb der Beantwortung, weil hier in der Bundesrepublik dem Publikum — vor allem seit den Münchner Vorfällen — weisgemacht wird, dieser ganze palästinensische Widerstand sei ein einziger Anarchistenklüngel.

1. Die eingangs vom Widerstand eingeschlagene Strategie des „bewaffneten Kerns“ (Focus), hat zweifellos das Entstehen anarchistischer Strömungen begünstigt. Indem die militärische Aktion über die politische Arbeit gesetzt wurde und indem versucht wurde, über den militärischen Erfolg die Massen zu gewinnen, brachte sich die Bewegung — und hier vor allem Al Fatah — in den ständigen Zwang, Erfolge ihrer Kommandoaktionen gegenüber den Massen aufzuweisen. Im gleichen Maße, wie es den Israelis gelang, die

Kommandos wirkungsvoll zu bekämpfen, im gleichen Maße wurde die Bildung von anarchistischen Gruppen gefördert, die durch „heldenhafte“ Einzelaktionen die Möglichkeit „militärischer“ Erfolge aufzuzeigen versuchten. Die Entwicklung setzte mit den Flugzeugentführungen der FPLP unter Georges Habbasch ein. Mit der militärischen Zerschlagung des Widerstandes infolge des jordanischen Bürgerkrieges im September 1970, blieb diese Form der „militärischen“ Aktion die einzige, die den arabischen Massen als „erfolgreich“ vorgehalten werden konnte — „erfolgreich“ in dem Sinne, die Israelis seien überall an jedem Ort der Welt, zu jeder Zeit verwundbar. Damit sind im Grunde die beiden nächsten Fragen schon mitbeantwortet.

2. Da in der Tat die militärischen Erfolge der Palästinenser gegen Israel in der Meinung der arabischen Massen den Nasserismus und Baathismus mit seinen ewigen verbalen Kriegsbekundungen gegen Israel verblassen ließen, ist es nun nur zu verständlich, daß diese weitgehend apolitische gehaltenen Massen in den gegenwärtigen individualistischen Terroraktionen eine immerhin erfolversprechendere Möglichkeit sehen, als in den ständig nicht eingelösten Kriegserklärungen der arabischen Regierungen. Zu einer Auseinandersetzung mit der eindeutig politisch orientierten Richtung im Widerstand, der sich immer stärker durchsetzenden FPDLP, sind die arabischen Massen derzeit kaum in der Lage — zumal die Verbreitung der FPDLP-Publikationen im größten Teil Arabiens verboten ist.

3. Die Haltung der arabischen Regierungen ist nur folgerichtig: Da sie den Massen nichts zu bieten haben als leere Bekundungen und da sie eine weitere Politisierung nicht wünschen, weil die eigene Stellung dann gefährdet sein könnte, müssen sie die Beifallskundgebungen für die Terroristen zumindestens dulden, wenn nicht sogar mehr oder weniger fördern. Für sie selbst, die Regierungen, stellen diese im Grunde genommen völlig apolitischen Grüppchen keine Gefahr dar.

II

Die Alternative zu den nationalistischen, vom individualistischen Terror untermalten Parolen gegen die Existenz Israels, die Forderung nach einer politisch-sozialen Umwälzung mit dem Ziel einer demokratischen Lösung der Palästinafrage, wie sie von der FPDLP gefordert wird, steht ebenso vor nahezu unüberwindbaren Problemen. Die Forderung nach und Hoffnung auf eine soziale Umwälzung in Israel unter derzeitigen Verhältnissen wäre zu vergleichen mit einem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft im Jahre 1939, den Hitler-Faschismus zu stürzen. Solange nicht den Juden eine klare Alternative zur Herrschaft des Zionismus in ihren Nachbarstaaten geboten wird, solange die soziale Umgestaltung in Jordanien und den übrigen arabischen Anrainern auf sich warten läßt, ist die Forderung nach einer demokratischen Lösung der Palästinafrage Programm.

III

Die allerorten zu vernehmenden Rufe nach „Frieden“, nach einer „friedlichen Lösung“ auf der Basis der UN-Resolution, verkennen völlig die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Friedlosigkeit, sei es nun in diesem Fall konkret die in Palästina oder seien es all die anderen „Krisenherde“ in der Dritten Welt. Ein „Friedensbringer“ Henry Kissinger etwa garantiert die Richtung des „Friedens“. Denn: „Die abstrakte Forderung nach ‚Frieden‘ unterschlägt, daß für viele Völker heute noch ‚Frieden‘ Verzicht auf Befreiung bedeutet.“¹⁶⁾ Die „friedvolle“ Stille, die „Vernunft“ auf der Basis des status quo, wird zur Friedhofsruhe, „Friedensregelungen“ zur neuen Gestalt imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung.

Anmerkungen:

Zur Erstellung des vorstehenden Artikels wurden folgende Publikationen verwandt:

— Gérard Chaliand, „Der palästinensische Widerstand zwischen Israel und den arabischen Staaten“; in: Le Monde

Diplomatique, März 1969 — deutsche Übersetzung hrsg. vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

- Plattform der Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPLP) vom August 1968
- sämtliche Ausgaben der von 1969 bis 1972 vom Sozialistischen Palästina Komitee in Heidelberg hrsg. Zeitschrift „Al-Djabha“
- die vom Sozialistischen Palästina Komitee in Heidelberg hrsg. Zeitschrift „Die Front“, Nr. 1, Mai 1972
- „Beschlüsse der Vereinten Nationen über das Palästina-Problem 1947-1965“, hrsg. von der Delegation der Liga der Arabischen Staaten, Bonn 1967
- UNO-Sicherheitsresolution vom 22. 11. 1967; in: Sami Hadawi, „Der Arabisch-Israelische Konflikt“, Bonn 1967, S. 63f.
- Karl Dietrich Wolff (Hrsg.), „Tricontinental 1967-1970, Eine Auswahl“, Frankfurt 1970
- „Palästinensische Revolution“, Resistencia Schriften Nr. 11, Frankfurt 1970

Fußnoten:

- 1) A. Schlichter, „Der arabische Aufstand in Palästina und die jüdische landwirtschaftliche Kolonisation“; in: Agrar-Probleme, Heft 3 u. 4, Moskau 1929 — deutsche Übersetzung in: Al-Djabha, Heft 6/7, Heidelberg 1970, S. 28ff.
- 2) Angaben aus A. Schlichter, a.a.O.
- 3) Zitiert nach: Eliah Lobel, „Der palästinensische Aufstand von 1936“; in: Al-Djabha, Heft 6/7, Heidelberg 1970, S. 37
- 4) „Die V. arabische Gipfelkonferenz“; in: Al-Djabha, Heft 5, Heidelberg 1970, S. 9
- 5) „Zur Geschichte der palästinensischen Widerstandsbewegung“; in: Al-Djabha, Heft 5, a.a.O. S. 8
- 6) Zitiert nach: „Editorial — ein Jahr FPDLP“; in: Al-Djabha, Heft 5, a.a.O. S. 1 — dort zitiert nach: La Lutte de libération nationale du peuple palestinien, Lutte Palestienne, No. Spec. 1969
- 7) Al Afif Al Achdar, „Zur Situation in der palästinensischen Widerstandsbewegung“; in: Al-Djabha, Heft 3/4, Heidelberg 1969, S. 12
- 8) Gérard Chaliand, „Die palästinensische Widerstandsbewegung ist eine entscheidende Kraft geworden“; in: Al-Djabha, Heft 3/4, a.a.O. S. 9
- 9) „Die V. arabische Gipfelkonferenz“, a.a.O. S. 11
- 10) a.a.O. S. 12
- 11) „Der politische Kampf“; in: Palästinensische Revolution, Resistencia Schriften Nr. 11, Frankfurt 1970, S. 3
- 12) Gérard Chaliand, „Der palästinensische Widerstand zwischen Israel und den arabischen Staaten“; in: Le Monde Diplomatique, März 1969 — deutsche Übersetzung hrsg. vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, S. 20
- 13) Gérard Chaliand, „Der palästinensische Widerstand ist eine entscheidende Kraft geworden“, a.a.O. S. 9f. (Hervorhebungen durch d. R.)
- 14) „FPDLP-Erklärung zu den Flugzeugattentaten“; in: Al-Hurria Nr. 504, Beirut 8. 3. 1970 — deutsche Übersetzung in: Al-Djabha 6/7, a.a.O. S. 40f. (Hervorhebungen durch d. R.)
- 15) „Für die Volksräte, überall und sofort!“; in: Al-Shararah, Zentralorgan der FPDLP, 1. Jahrg., Nr. 6, April 1970 — deutsche Übersetzung in: Al-Djabha, Heft 8, Heidelberg 1970, S. 48
- 16) Margaret Wirth, „Kapitalismustheorie in der DDR“, Frankfurt 1972, S. 152

wenn's um
Geld geht

Sparkasse
Darmstadt
Geschäftsstellen in Stadt und Land



DIE FRONT

Zeitschrift zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des Nahen Ostens

Herausgegeben vom SOZIALISTISCHEN PALÄSTINA KOMITEE

NR. 2

NOV. 72

DM 1.-

**Weg mit dem Verbot von GUPS und GUPA
 Nieder mit den imperialistischen Aggressionen**



INHALT:

- Editorial "Weg mit dem Verbot von GUPS und GUPA - Nieder mit den imperialistischen Aggressionen"	S. 2
- Die Einheitsfront und die Widersprüche in der palästinensischen Widerstandsbewegung	S. 6
- Nachtrag: Zum "Schwarzen September"	S. 12
- Die Spaltung der arabischen Bourgeoisien auf dem Weg der "friedlichen Lösung"	S. 14
- Zur gegenwärtigen Politik Israels im Nahen Osten	S. 26
- Dokumente zum Kampf der fortschrittlichen Stu- denten in Ägypten	S. 30
- Der Kampf der Befreiungsbewegung in Oman und Dhofar	S. 38
- Zu den Aggressionen gegen die DVR Jemen	S. 45
- Solidaritätsadresse der PPDLP	S. 48

Verhandlungstaktik gelang es ihnen allmählich, den Aufstand zu ersticken. „Am Anfang war der Aufstand von 1936 ein Bündnis der Großgrundbesitzer, der Mittelklassen und Intellektuellen, das von einem Teil der Arbeiterklasse unterstützt wurde, aber von der religiösen und feudalen Konzeption der Effendis angeführt wurde. Die feudale und bürgerliche Führung der Bewegung hat den Aufstand scheitern lassen. Die palästinensische Sache wurde mit dem Waffenstillstand von 1936 verraten...“¹¹⁾

Die von den Briten beaufsichtigte zionistische Kolonisation Palästinas sicherte die Herrschaft der Kompradorenklasse über die Masse der arabischen Bevölkerung:

Die Prinzipien des Zionismus verhindern, daß die durch jüdische Besiedlungen vom Land verdrängten Bauern und die durch die jüdische Konkurrenz ersetzten Handwerker in der insgesamt rasch expandierenden palästinensischen Volkswirtschaft neue Beschäftigungen fanden. Obwohl auch die arabische landwirtschaftliche und industrielle Produktion während der Mandatszeit wuchs, führte die Konkurrenz des kapitalmäßig und in der Ausbildungsstruktur hervorragend ausgestatteten jüdischen Sektors dazu, daß der Anteil der produktiv in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie beschäftigten Araber sank. Weder das Proletariat noch der städtische Mittelstand erlangten eine Stärke, die die Macht der Kompradoren, der „großen Familien“ hätte gefährden können. Deren ökonomische Macht wuchs vielmehr durch die zionistische Besiedlung direkt, weil sie durch Bodenverkäufe und mit der phantastisch blühenden Bodenspekulation in den Städten und auf dem Land riesige Geschäfte machten. Dadurch „liquidierten sie sich zwar selbst als Klasse, machten dabei jedoch enorme finanzielle Gewinne, die wiederum die Finanzierung einer politischen Bewegung und sogar eine bewaffneten Kampfes ermöglichten.“¹²⁾

Sowohl die Kompradoren als auch die Zionisten hatten, wenn auch unterschiedlich, bedeutende Funktionen für den Imperialismus inne. Dennoch dienten die Geldzuwendungen für die Widerstandsbewegung nicht nur der Sicherung der eigenen Führungsrolle im Land; sie verrieten daneben die durchaus berechnete Sorge vor der militärischen Macht der Zionisten, die auch vor dem ehemaligen Geschäftsfreund nicht halt machen würde.

Trotzdem rettete zunächst der Zionismus die Kompradorenklasse vor dem historisch längst überfälligen Abgang. Seine aggressiven Expansionstendenzen gefährdeten anfangs nur die Existenz der breiten arabischen Massen. Dadurch richtete sich der Kampf der kleinbürgerlichen Gruppen, die nationale Unabhängigkeit, Industrialisierung und

Fortsetzung von Seite 5

drücken. Gleichzeitig griffen sie zu einem bewährten Mittel jeder Kolonialpolitik. Während der Erziehungszeit für arabische Schulen von 1931 bis 1936 auf die Hälfte herabsank, verdoppelte sich der Etat für Polizei- und Gefängniswesen im selben Zeitabschnitt⁹⁾.

In Palästina erwiesen sich diese Methoden als ungeeignet. Die Verschärfung der sozialen Lage der Araber führte 1936 zum Aufstand. Die palästinensische Zeitung Al-Diffa schrieb im Juni jenen Jahres: „Hat England endgültig beschlossen, im Lande durch die Polizei und Militär zu regieren? Hat die zivile Verwaltung Bankrott erlitten und das Militär ihren Platz eingenommen? Im arabischen Palästina wird ein auf Waffen gestütztes imperialistisches Regime sich gegen den Aufstand der Arbeiter und Bauern nicht mehr halten können.“¹⁰⁾

Die Unterschätzung der kolonialen Strategie durch die palästinensische Zeitung

Al-Diffa wurde während des dreijährigen Aufstandes von 1936–1939 deutlich. Großbritannien, das militärische Verstärkung aus Ägypten und Malta zur Unterdrückung der Revolte abzog, wäre nicht imstande gewesen, den arabischen Widerstand allein zu brechen. Doch neben dem Junior-Partner (der sich in diesem Falle etwas zurückhielt) bediente sich England der Kompradoren.

Englands arabische Helfer

Die einheimischen „Geschäftsführer“ des kolonialen Ausbeutungsunternehmens, diese unerläßlichen Werkzeuge des Imperialismus – Großgrundbesitzer und Großbourgeoisie vor allem –, die ihren Reichtum und dessen Bestand der britischen Anwesenheit verdankten, setzten sich mit Hilfe ihrer überlieferten Autorität und ihrer wirtschaftlichen Macht an die Spitze der Bewegung. Durch geschickte

Modernisierung der sozialen Struktur anstreben, nicht gegen die „großen Familien“, den unmittelbaren Interessengegner, sondern gegen den offenen Feind, die Zionisten. Der Imperialismus lenkte mit seinem Junior – der selbständig seinen Einflußbereich erweitern wollte – die Araber damit von seinen Helfershelfern im Lande ab.

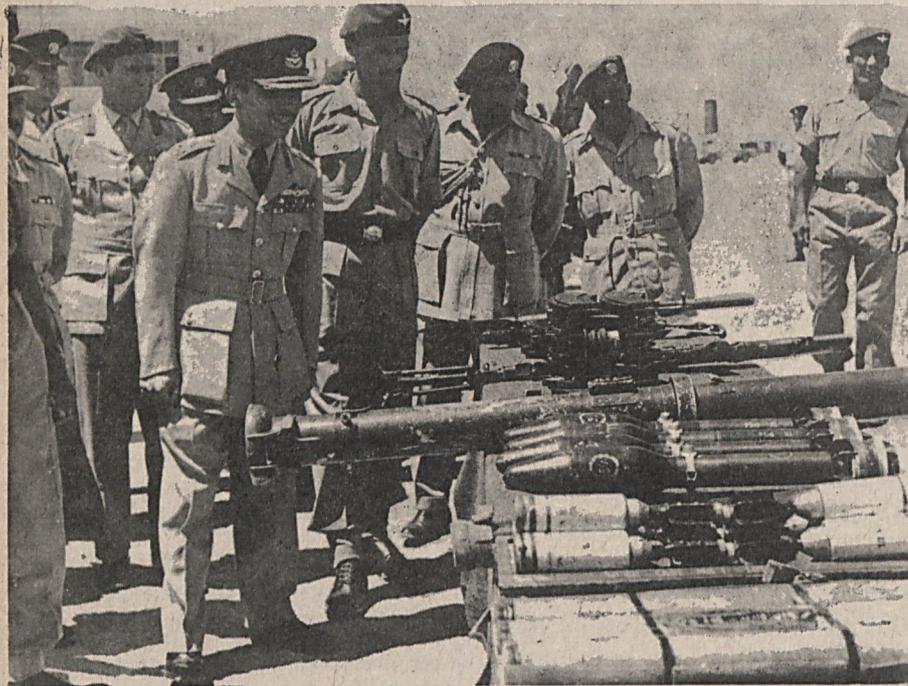
Doch als er ihrer nicht mehr bedurfte, entließ der britische Imperialismus seine „Geschäftsführer“ – vorerst nur die palästinensischen – 1948 aus seinen Diensten. Mit der Staatsgründung Israels und der Annexion Rest-Palästinas durch die britische Garnison Transjordanien bedurfte man ihrer nicht mehr.

völkerung und 800 000 Flüchtlingen erweiterte. Die ökonomische Ausgangssituation des neuen Gebildes war katastrophal. Jordanien verfügt über keine Bodenschätze außer Phosphat am Toten Meer, mit dessen systematischer Ausbeutung man erst in den 60er Jahren begann. Nur ein Zehntel des Landes ist kultivierbar¹⁴⁾.

Die Unfähigkeit dieses künstlichen Staatsgebildes, sich aus eigener Kraft am Leben zu erhalten, zementiert den westlichen Einfluß. Jährlich werden 50–60% der Ausgaben des Staatsapparates vom Ausland finanziert. Dies betrifft vor allem den Militärssektor, der den doppelten Umfang des allgemeinen öffentlichen Haushalts ausmacht. Damit wird der Monarchie die Loyalität jener Bevölkerungsgruppe garantiert, deren Wohlergehen mit der Armee aufs engste verknüpft ist: den Beduinen.

Die in festen Stammesverbindungen organisierten Beduinen stellen den zuverlässigen Kern der von den Engländern aufgebauten Armee. Die traditionelle politische Loyalität, die sie dem als obersten Scheich angesehenen König entbieten, ist die Konsequenz der von den Briten sorgsam erhaltenen Familien- und Stammeskulturen. Durch die Entwicklung des Verkehrswesens und der Festigung der staatlichen Autorität sind den noch nomadisierenden Beduinen zwei wichtige Einkommensquellen verlorengegangen: die Organisation des Karawanenhandels und die räuberische Tributabpressung von der seßhaften Bevölkerung. Für die Nomaden und Halbnomaden ist der Dienst in der Armee heute daher eine lebenswichtige Einkommensquelle, die es ihnen zudem ermöglicht, all die Veränderungen zu bekämpfen, die ihre Existenzweise bedrohen.

Dieser im Sinne der Errichter ausgezeichnet funktionierende Herrschaftsapparat erhielt seit den 50er Jahren zusätzliche Unterstützung. Die Eisenhower-Doktrin, nach der pro-imperialistische Regimes im



3. Britische Garnison Jordanien – offene Form des Kolonialismus

Einige der palästinensischen Kompradonen konnten sich die Gunst des Haschemiten-Königs von Jordanien dadurch sichern, daß sie die Annexion Rest-Palästinas legitimierten; sie wurden eine wichtige Stütze der jordanischen Monarchie und retteten damit ihre privilegierte Stellung. So etwa die Familie des Jerusalemer Oberbürgermeisters Nashashibi. Andere, die nach wie vor starken traditionellen Einfluß auf die Masse der Palästinenser hatten, tauchten immer dann in den Kabinetten des Königreichs auf, wenn der Druck der palästinensischen Massen Beschwichtigungsmaßnahmen erforderte.

Abgesehen von diesen relativ kleinen Gruppen lag und liegt die politische Macht in Jordanien in den Händen einer bürokratischen Oligarchie, die von den traditionellen Familien- und Stammesstrukturen des Gebietes bestimmt wird. Diese vorwiegend von England am Leben erhaltene Clique stellte seit der Unabhängigkeit 1946 beständig die Regierungen. „Im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit erhielten 51 Politiker

155 Posten, 15 hatten 96 Posten im Kabinettsrang inne.“¹³⁾

Das Emirat Transjordanien war ein Produkt der Aufteilung des Nahen Ostens 1918 zwischen Frankreich und Großbritannien, ein Stück Wüste zwischen Syrien, dem Irak und der arabischen Halbinsel, das man dem Sohn der Haschemitenfamilie mehr aus Verlegenheit und weil er gerade in Akaba war, als sein Bruder aus Damaskus von den Franzosen vertrieben wurde, überließ, um die Familie für den Verlust der allarabischen Krone zu entschädigen. In seinem besiedelten Teil im äußersten Nordwesten ein schmales Anhängsel an Palästina und Syrien, von den Briten wohl immer nur als Garnison ihrer Eingreiftruppe, der famosen Arab-Legion aus Beduinenkrieger und britischen Kolonialoffizieren, gedacht und mit einer fast ausschließlich vom britischen Schatzkanzler finanzierten Verwaltung, wurde dieser Staat nicht lebensfähiger, als man ihn um das Bergland von Palästina, abgeschnitten vom Meer und den furchtbarsten Gebieten, mit einer vorwiegend bäuerlichen Be-

J.F. GERMAIN *JERSEY*

GERMAIN'S No. 7 MIXTURE
MATURED BY SPECIAL PROCESS

RICH FLAVOURED
Pipe Tobacco

Nahen Osten zu stützen seien, lenkte verstärkte Militärhilfe nach Jordanien. Die Amerikaner, wie die Briten, schlagen daher zwei Fliegen mit einer Klappe: „Es ist erheblich billiger, verbündete Streitkräfte auszurüsten, als eigene Truppen im gleichen Umfang in Übersee zu stationieren — ganz abgesehen davon, daß, da hauptsächlich Sachlieferungen gemeint sind, mehr als 80% dieser Gelder faktisch Aufträge für die amerikanische Rüstungsindustrie darstellen.“¹⁵⁾

Neben dem strategischen Interesse, das zur Bildung des Königreichs Jordanien führte, spielt die ökonomische Ausbeutung des Landes eine untergeordnete aber dennoch wichtige Rolle. Und zwar gilt für alle imperialistischen Staaten, was Woodrow Wilson für die USA bereits 1912 feststellt:

„Unsere Industrien haben einen Punkt der Ausdehnung erreicht, wo sie aus den Nähten platzen, wenn sie keinen Ausweg in die Weltmärkte finden... Unsere heimischen Märkte genügen nicht mehr.“¹⁶⁾

Das drückt sich auch in der Handelsbilanz Jordaniens aus. So nahm der Anteil der Importe aus den USA das 21fache, aus der BRD das 166fache und aus Großbritannien, das sich den stärksten Einfluß sicherte, das 1021fache des Exports in diese Länder ein¹⁷⁾. Doch dieses Exportdefizit ist nur Nebenprodukt der Struktur des staatlichen Herrschaftsapparates: 40% der Importe sind Konsumgüter, bestimmt zum Genuß für die korrupte Oberschicht. Die defizitäre Handelsbilanz widerspiegelt allerdings auch den Stand der wirtschaftlichen Unterentwicklung.

In diesem Zusammenhang sind die häufigen Krisen zu sehen, die den jordanischen Staat erschüttern und bislang zu keiner Veränderung führten. Sie wurden ausgelöst durch den Versuch, Jordanien aus der imperialistischen Abhängigkeit zu lösen und es den nationalistischen arabischen Staaten anzuschließen. Initiatoren waren stets die im Parlament vertretenen Gruppen der traditionellen Oberschichten.

In ihrem Bestreben, sich politisch und wirtschaftlich zu emanzipieren von der Bevormundung der Westmächte und deren wirtschaftlichen Fesseln, die die Ausweitung der Handelsgeschäfte und der industriellen Produktion verhinderten, sahen sie sich von den palästinensischen Flüchtlingsmassen unterstützt, wenn auch aus anderen Gründen:

„Für die in den Lagern lebenden Flüchtlingsmassen bäuerlicher, proletarischer oder kleinbürgerlicher Herkunft waren der jordanische Staat und die Briten, die offensichtlich die eigentlichen Träger der Macht waren — bis 1956 war der Oberkommandierende der jordanischen Armee Clubb „Pascha“, ein Engländer — Komplizen und Nutznießer ihrer Vertreibung, deren Verhandlungen mit den

Israels, der Waffenstillstand und die Bewachung der Grenzen eine Rückkehr unmöglich zu machen schienen. Der jordanische Staat war für sie darüberhinaus das Instrument der politischen und sozialen Unterdrückung und der Verewigung ihres Lagerlebens am Rande des Hungertodes.“¹⁸⁾

Die führenden Gruppen gestatteten den Massen allerdings nie mehr als eine Stütze ihrer eigenen bürgerlichen Politik zu sein, die auf zwiespältige Interessen begründet, in keiner der jährlich wiederkehrenden Krisen eine Entscheidung herbeiführen konnte. Zwar hätten die wohlhabenden Herren gerne mit dem arabischen Markt kopuliert, doch das hätte gleichzeitig die Auflösung des künstlichen Staatsgebildes Jordanien nach sich gezogen.

Während sie sich die Haare raufen bei dem Gedanken an die üblen Folgen —

1. das Versiegen des imperialistischen

Geldstroms, der sich über das Königshaus ergießt und von dem sie ihren Anteil abzweigen und 2. die politische Entmachtung der Feudalherren durch die arabischen Nationalisten — entschied der Westen wie gehabt an ihrer statt. Denn entweder unterstützten die britischen Truppen den König oder die USA drohten erfolgreich mit Intervention.

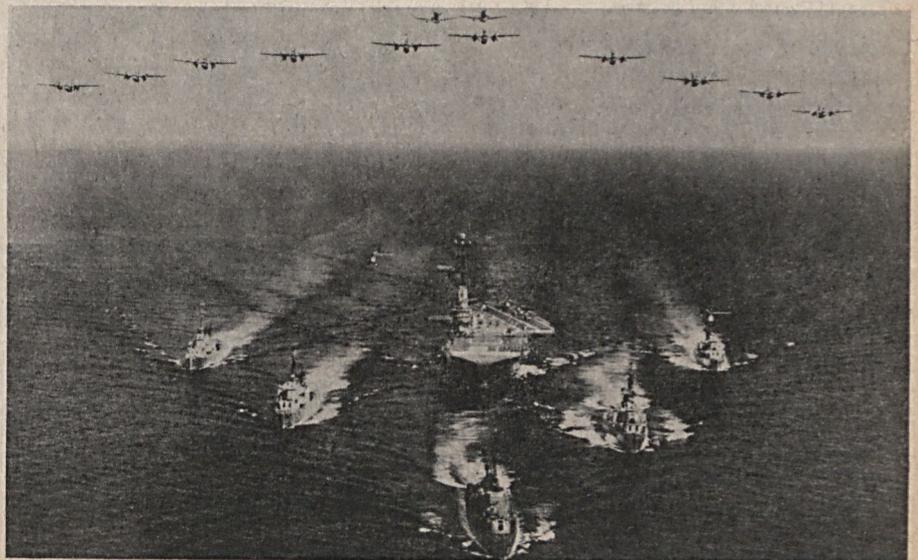
„Die imperialistischen Mächte bekundeten ihr Interesse an einem Regime, das die antimperialistischen palästinensischen Flüchtlingsmassen im Zaum hält und die Ostgrenze Israels vor dem arabischen Nationalismus schützt.“¹⁹⁾

Mit massivem Waffeneinsatz, dem Tausende aus den unteren Bevölkerungsschichten der palästinensischen Flüchtlinge zum Opfer fielen, konnte der Westen seinen Einfluß in Jordanien wahren. Dennoch erregte die offen gewaltsame Form der Fremdherrschaft immer wieder den Widerstand der in den Flüchtlingslagern lebenden Massen.

4. Religion als Herrschaftsinstrument im Libanon

Eine erste Stufe der Verfeinerung der imperialistischen Herrschaft stellt der Konfessionalismus im Libanon dar. Auch dort bedient sich der Westen der Kompradoren. Doch im Unterschied zu Jordanien ist es selten notwendig, erkennbare Gewalt zur Wahrung der eigenen Interessen einzusetzen. Diese richten sich auf den „Dienstleistungsbetrieb“ Libanon, der westlichen Industriestaaten unter zwei Aspekten dienlich ist.

Erstens ist der Libanon das Zentrum der kapitalistischen Propaganda im Nahen Osten: Die amerikanische Universität, die amerikanische Freundschaftsgesellschaft für den Nahen Osten, die Franklin-Gesellschaft, die französische Universität und die Botschaften der Westmächte sind ihre Instrumente. Die Propagandaabteilung der Cento-Paktstaaten, die mit den libanesischen Sachwaltern des ausländischen Kapitals und der Saudi-



Allzeitbereit: die 6. US-Flotte

arabischen Botschaft zusammenarbeiten, erhielt von den Ölkonzernen bis 1967 eine Milliarde Dollar zur Bekämpfung der palästinensischen Widerstandsbewegung und der libanesischen Linken.²⁰⁾

Zweitens erfüllt das Banksystem Libanons eine Zubringerfunktion. Eine große Anzahl libanesischer Banken sind Filialen von Banken kapitalistischer Länder. Sie leiten die Einlagen aus den benachbarten, ölproduzierenden Ländern weiter an die Bank im jeweiligen Mutterland. Das Volumen der auf diese Weise durch den Libanon transferierten Kapitalien beträgt jährlich ca. 800 Millionen libanesischer Pfund.²¹⁾ Damit wird dem Nahen Osten das für eine Industrialisierung notwendige Investitionskapital entzogen.

Die Folge davon ist die wirtschaftliche Unterentwicklung und im Verhältnis zu den imperialistischen Staaten, deren Ökonomie nicht zuletzt mit Hilfe dieser Kapitalien weiter expandiert, eine relativ anwachsende Rückständigkeit. Gleichzeitig bleiben damit die sozialen Strukturen in ihren überkommenen Formen bestehen. Gerade dieser Umstand sichert dem Westen die Willfährigkeit der Kompradorenklassen im Nahen Osten. Im Libanon zieht diese riesige Gewinne aus den Transfersgeschäften, die nur auf der Grundlage des status quo möglich sind.

Zur Erhaltung dieser — für wenige — gewinnträchtigen Strukturen (4% verfügen über 32% des Nationaleinkommens)²²⁾, deren Anachronismus sich ökonomisch ausdrückt in dem Verhältnis von Dienstleistungsgewerbe mit 68% zu Industrieproduktion mit 12% Anteil am Nationaleinkommen²³⁾, erweist sich der Konfessionalismus als außerordentlich wirkungsvoll.

Koloniale Erprobung des Konfessionalismus

Seine 200jährige Geschichte zeigt, in welchem Sinn Religion Opium für das Volk ist, also abhängig macht. Seit im 18. Jahrhundert europäische Missionen im Libanon Fuß fassen konnten, versuchten die europäischen Mächte mit wachsendem Erfolg ihren Fuß in die Tür des Osmanischen Reiches zu stellen, um das Imperium des „kranken Mannes am Bosphorus“ zu übernehmen. „Frankreich und die es vertretenden Missionen betrachteten sich paternalistisch als Sprachrohr der libanesischen Christen, vornehmlich jener maronitischen Konfession. Die russischen griechisch-orthodoxen Missionen dagegen wurden zur Interessenagentur des zaristischen Rußland und beanspruchten, die griechisch-orthodoxe Bevölkerung des arabischen Orients zu schützen, wie die amerikanischen protestantischen Missionen die winzige Zahl libanesischer Protestanten zu schützen vorgaben. Die

missionarischen Bildungsmethoden im Libanon zeigten, religiös verbrämt, die Interessen der jeweiligen Macht, zu der die Mission gehörte.“²⁴⁾

Ein Massaker unter den christlichen Bauern der Region Kasrawan — das 1860 von den gleichfalls christlichen Feudalherren des Gebiets inszeniert wurde, weil ihr Reichtum und ihre Privilegien durch eine Revolte der Bauern bedroht wurden — benützte die Westmächte als Vorwand für eine Intervention im Libanon.

Es gelang ihnen, dem Land eine neue Regierungsform zu oktroyieren: das Nizam al-Mutasarifijja, das unter der Kontrolle der fünf europäischen Mächte Frankreich, Großbritannien, Österreich, Preußen und Rußland praktiziert wurde.

In diesem neuen System bekam der Libanon innere Autonomie von den Osmanen und wurde fortan von einem überregionalen Regenten zentralistisch regiert, der der Kontrolle eines Rates aus zwölf Mitgliedern unterstand. Diese Mitglieder wurden von den verschiedenen Konfessionen nach Proporz gewährt. Der Libanon blieb zwar de jure unter osmanischer Herrschaft, der Regent mußte jedoch nach der Vereinbarung des Règlement Organique ein Libanese christlicher Konfession, durfte nicht mehr ein Osmane sein. Aus dem Nizam al-Mustasarifijja ging später das parlamentarische System des Libanon hervor, das auf den gleichen konfessionellen Grundsätzen beruht und bis heute noch existiert.

In der Zeit der französischen Mandats-herrschaft ab 1920 wuchsen die christlichen Teile der herrschenden Klasse immer stärker in die Rolle der Finanz- und Handelsbourgeoisie. Die mohammedanischen Großgrundbesitzer verweigerten deshalb aus Furcht vor der christlichen Überlegenheit anfangs die von der Verfassung vorgeschriebene Kooperation. Dadurch war einige Zeit die Verfassung außer Kraft, in der die „Rechte der Konfessionen“ die Grundlage der vom Westen oktroyierten parlamentarischen Demokratie ausmacht.

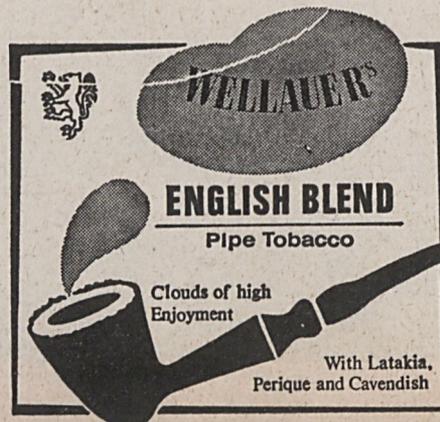
Religions-Parlamentarismus

Nicht nur die parlamentarischen Mandate werden nach konfessionellen Proporz verteilt, sondern auch die Verwaltungsstellen im Staatsapparat. Beschara Khuri, erster libanesischer Staatspräsident nach der „Unabhängigkeit“ von 1943–1952, schreibt in seinen Memoiren: „Alle Verwaltungsstellen — sowohl die hohen als auch die niedrigen — werden nach konfessionellen Proporz vergeben. Alle Staatsbeamten, die Angehörigen der Gendarmerie, die Oberbürgermeister und alle Richter werden nominiert im Hinblick auf ihre Konfession. Für die hohen Positionen kommen, abgesehen von einigen Ausnahmen, außerdem nur Angehörige der feudalistischen Familien in Frage. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Feudalismus praktisch immer noch vorherrscht, obwohl er durch das Règlement Organique offiziell schon aufgehoben ist.“²⁵⁾

Auf diesem Hintergrund wird das enge und herzliche Verhältnis zwischen den hohen Beamten des Staatsapparates und den Mitgliedern der verschiedenen aufeinanderfolgenden Kabinette und Parlamente im Libanon verständlich. Denn die einen wie die anderen stammen aus feudalistischen Familien.

Wie zu Zeiten des Aufstandes der Bauern von Kasrawan dient der Konfessionalismus der Absicherung feudalistischer Privilegien. Damals wurden die mohammedanischen Bauern der anliegenden Gebiete von ihren Feudalherren etwas bevorzugt und die christlichen Bauern damit in die Stellung der underdogs gedrängt. Wie heute in Nordirland die Katholiken, wurden sie Opfer der gleichfalls ausgebeuteten andersgläubigen Massen, die um ihre kümmerlichen Vorteile fürchteten. Die soziale Erhebung der christlichen Bauern von Kasrawan wurde mit Hilfe der mohammedanischen Bauern niedergeschlagen, die einen Religionskrieg zu führen glaubten. Nachdem sie den Feudalherren deren Pfründe zurückzuerobert geholfen hatten, fanden sie sich wieder zusammen mit den christlichen Bauern im Zustand der Rechtlosigkeit und des hilflosen Ausgebeutet-werdens.

Heute, nach hundertjähriger effektiver Praxis des Konfessionalismus, hat sich das System der Herrschaft derartig verfestigt, daß es unmöglich scheint, dem Imperialismus könne der Dienstleistungsbetrieb Libanon verloren gehen. Muhammad Kischli, der seit 1969 in libanesischen Gefängnissen sitzt, beschreibt die Perfektion dieses Systems: „Der Abgeordnete ist ein Vermittler zwischen dem Staat und dem Bürger. Er vermittelt seinen Wählern Positionen im Staatsapparat und erleichtert ihnen den legalen und illegalen Verkehr mit den öffentlichen Ämtern. Zwischen dem Bürger und dem Staat besteht eine



Mauer. Nur aufgrund dessen, was man im Libanon „Beziehungen“ nennt, kann diese Mauer durchbrochen werden. Der Abgeordnete protegirt nur die Angehörigen seines Wahlbezirks, die Angehörige seiner Konfession sind. Für sie beschafft er Positionen; ihre Rechte verteidigt er im öffentlichen Leben, die allerdings als Privilegien gegenüber den anderen Konfessionen begriffen werden. Jedermann, der im

Libanon eine Arbeit sucht, ist darauf angewiesen, „Beziehungen“ zu haben. Nur durch den parlamentarischen Vertreter seiner Konfession, der zugleich der politische Za'im (Führer) dieser Konfession ist, kann er zu einer Arbeitsstelle gelangen. **Damit ist jeder libanesischer Bürger in ein mysteriöses politisches System eingespannt, das ihn integriert hält und sein Alltagsleben total prägt.**“²⁶⁾

5. Arabischer Sozialismus: Nationale Harmonie statt Klassenkampf

Ein Teil der arabischen Welt steht offensichtlich unter der Knute des Imperialismus. Doch seit den 50er Jahren breitet sich im arabischen Raum eine politische Kraft aus, die antiimperialistische Ziele zu verfolgen scheint. Die Befreiung Ägyptens aus der britischen Kolonialherrschaft, der anschließende Bombenkrieg um den Suez-Kanal, die Errichtung der VAR mit den Staaten Ägypten, Syrien und Irak bestätigten dem westeuropäischen Zeitungsleser diese Ansicht. Der Sozialismus scheint in diesen Ländern den Feudalismus und den Kapitalismus abgelöst zu haben. Wie ist dann aber die neuerdings zu beobachtende Hinwendung Ägyptens an den Westen zu verstehen? Die Suche nach den Quellen des arabischen Sozialismus fördert hierzu einige bemerkenswerte Punkte ans Tageslicht.

Die Erneuerungsbewegung innerhalb des Osmanischen Reiches, von der zu Beginn die Rede war, bestand im wesentlichen aus zwei sich einander bekämpfenden Gruppen: den arabischen Nationalisten mit sozialrevolutionärer Tendenz, und einer religiösen Gruppe. Der Exponent der Theologie war Al-Afghani. Er lieferte um 1880 der islamischen Orthodoxie die Argumente gegen die europäisch beeinflussten Sozialrevolutionäre. Wegen seiner Sorge um die Stützen der Gesellschaft wurde er der Favorit der etablierten Kräfte, denen wie ihm die Vorstellung zuwider war, daß *„die Privilegien aufgehoben und alle untereinander gleich werden, so daß keiner mehr besitzt als der andere und niemand höher steht als andere; alle haben die gleichen Rechte. Würde diese Gruppe (die Sozialrevolutionäre, Anmerkung d. Red.) in ihren Bemühungen Erfolg erzielen und würde dieses böse Denken in die Köpfe der Menschen eindringen, so würden alle Menschen faul; niemand wollte mehr schwere und niedere Arbeit auf sich nehmen. Wenn das alles eintritt, dann wird das System des Lebens erschüttert, der Warenverkehr kommt zum Erliegen, die Tauschbeziehungen brechen zusammen“.*

Eine wahrhaft fürchterliche Vorstellung. Al-Afghani wußte – und mit ihm so viele –

wohin das führt:

*„Als Folge davon geht das Menschengeschlecht unter.“*²⁷⁾

Dagegen, so meint er, sei die Religion die Stütze der Gesellschaft.

Al-Afghani, der nach 1884 im Pariser Exil lebte, verfolgte aufmerksam die damaligen scharfen Klassenkämpfe in Frankreich. In einer späten Schrift merkte er an, *„daß das nach Sozialismus strebende Proletariat, getrieben vom Geist der Rache, ein Übermaß an Forderungen stellt und rebelliert... Diese Rebellion nimmt solche gewaltige Ausmaße an, daß sich die Lage verschärft und der Westen ins Unheil getrieben wird. Davon wird der Orient nicht unberührt bleiben.“*²⁸⁾

In seiner Angst, der Sozialismus des westlichen Proletariats könnte auf den Orient übergreifen, propagierte Al-Afghani den „islamischen Sozialismus“, der ihm zufolge schon von dem islamischen Propheten Mohammed und dessen Nachfolgern praktiziert worden sei. Dieser Sozialismus meinte im Kern, daß die Reichen den Armen Almosen zukommen lassen, so daß die Armen und die Reichen sich verbrüdernd und dadurch der Klassenkampf hinfällig wird. Dieser Almosen-Sozialismus sollte den Orient vor der „Gefahr“ des europäischen, proletarischen Sozialismus behüten.“

*„Jeder Sozialismus, der sich in seinem Geist und seinen Grundlagen vom Sozialismus des Islam unterscheidet, führt zum blutigen Klassenkampf und zur Destruktion.“*²⁹⁾

Baath-Antikommunismus

Die damalige arabische Bourgeoisie, an die sich Al-Afghani richtete, wollte zu diesem Zeitpunkt allerdings selbst von einem Almosen-Sozialismus nichts wissen. Erst in den dreißiger Jahren griff Michel Aflaq, diesen Versuch wieder auf. Er verzichtete auf das Attribut „islamisch“ und prägte den Namen „arabischer Sozialismus“.

Aflaq war Christ; er ersetzte daher den

Religionsfanatismus Al-Afghanis mit einem nicht minder fanatischen Nationalismus. Dennoch hatte Aflaq den Islam gegen dessen Kritiker stets verteidigt. Er polemisiert gegen jene, die *„die verfälschenden Methoden der materialistischen Religionskritik anwenden. Nicht nur verfälschen sie damit die historische Realität und menschliche Psyche, sondern sie verletzen auch die Araber in ihrer teuersten Eigenschaft: ihrem Idealismus“*³⁰⁾.

In der von Aflaq 1947 gegründeten Baath- (Wiedergeburt) Partei finden die Intentionen Al-Afghanis ihre Verwirklichung. Die Baath-Partei ist ein Modellfall für alle pseudosozialistischen, in Wahrheit antikommunistischen Bewegungen – nicht nur in den arabischen Ländern, sondern in der gesamten „Dritten Welt“.

Den Marxismus bezichtigt Aflaq, der Illusion verfallen zu sein, daß die klassenmäßige Bindung stärker sei als die nationale. Indem der Marxismus für die Aufhebung des Privateigentums plädiere, *„unterdrückt er die subjektiven, instinktiven Triebe des Individuums. Der Baath-Sozialismus dagegen sieht in der privaten Initiative die größte Kraft der Nation und bejaht daher das Privateigentum.“*³¹⁾

Aflaq ermahnt die Araber darüber zu wachen, daß

*„der Nationalismus nicht verloren geht; daß er nicht mit den verbrecherischen Klasseninteressen verwechselt wird“*³²⁾, denn der Klassenkampf spalte die Nation.

Die Ideologie der Baath-Partei macht verständlich, warum sich die Partei der „Wiedergeburt“ der Armee stärker als irgendeiner anderen sozialen Gruppe verpflichtet fühlt. Es kann deshalb auch nicht verwundern, daß, als der militärische Flügel der Partei sich vergrößerte, sie sich nicht mehr damit begnügte, sich an Militärputschen zu beteiligen, sondern diese nun selbst organisierte. So gelang es ihr am 8. Februar 1963 im Irak und am 8. März 1963 in Syrien die Macht zu ergreifen.

Nasserismus: Die Nation als Familie

Die zweite, im Westen wegen seiner Titelfigur bekanntere Variante des „modernen“ arabischen Sozialismus ist der Nasserismus. Er ist im Gegensatz zur Baath-Partei, deren Mitglieder sich zum Militär hingezogen fühlten, von vornherein die Ideologie der Militärs. Ende der vierziger Jahre konstituierte sich unter dem Offizier G. A. Nasser die antikolonialistisch orientierte Gruppe der „freien Offiziere“. Sie strebte danach, Ägypten von der Monarchie und der damit verknüpften englischen Hegemonie zu befreien. Nach einem Militärputsch 1952

übernahm sie die Macht im Staat.

Nasser verstand seinen Putsch als politische Revolution, denn diese „erfordert zu ihrem Erfolg die Einheit aller Elemente der Nation, ihre Verschmelzung und gegenseitige Unterstützung, dazu Selbstentsagung für die Sache des Landes als eines Ganzen.“³³⁾

Nasser kannte auch noch eine zweite Art der Revolution, die sich dadurch kennzeichne, daß „die Klassen der Gesellschaft gegeneinander kämpfen . . . , daß die Werte erschüttert und Glaubensinhalte schwach werden. Landsleute kämpfen gegeneinander als einzelne und als Klassen“³⁴⁾.

Den Klassenkampf, der die eine große Familie Nation spalten könnte, verabscheuten Nasser und seine „freien Offiziere“.

Mit ihrem Militärputsch gelang es ihnen rechtzeitig in einer Phase des entwickelten Klassenkampfes, diesem mit ihrer „politischen Revolution“ die Spitze zu brechen. Der Klassencharakter der ägyptischen Gesellschaft vor 1952 spiegelte sich schon in den Besitzverhältnissen: 0,4% der Landbesitzer verfügten über 34,2% des bebauten Bodens, während 72% nur 13,1% besaßen. Hinzu kamen noch 11 Millionen landlose Bauern. Im Industriebereich hatte sich eine Konzentrationsbewegung durchgesetzt, die zu zahllosen Auflösungen von Kleinbetrieben führte, ohne daß die proletarisierten Handwerker in den Produktionsprozeß hätten wieder aufgenommen werden können. Von 1947 bis 1950 verringerte sich die Zahl der Kleinbetriebe von 14 850 auf 7 360. In dieser Situation wehrten sich die Arbeiter und Bauern durch spontane Streiks und Revolten. In den Jahren 1950 und 1951 organisierten die Arbeiter der Textilindustrie, der Eisenbahn-, der Druckmaschinen- und anderer Industriezweige über hundert Streiks zur Durchsetzung ihrer politischen und ökonomischen Interessen. Die Bauernrevolte des Jahres 1951 richtete sich gegen die Ausbeutung durch die mit dem Imperialismus verbündeten Großgrundbesitzer.³⁵⁾

Die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verstaatlichung der industriellen Großbetriebe, die Nasser unter dem Druck dieser Verhältnisse später anordnen mußte, widersprach durchaus nicht seiner Idee von der Nation als einer großen Familie, insofern er zugleich die Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu (zeitweiligen) Feinden der Nation erklärte, welche die nationale Harmonie störten.

Ein Faktor, der die nationale Harmonie sichert, ist die aggressive Politik des imperialistischen Israel. Die Führer des „arabischen Sozialismus“ können solange der Unterstützung durch die anti-imperialistischen Massen der armen



Kossygin und Sadat

Bauern und des Industrieproletariats sicher sein, als sie eben wegen der Existenz des Zionismus Gelegenheit haben, antiimperialistisch – zumindest verbal – aufzutreten.

Der unfreiwillige Antiimperialismus führte dazu, daß die Unabhängigkeit der herrschenden Klassen, besonders der Ägyptens, nach dem Junikrieg 1967 vom Waffenlieferanten Sowjetunion fast total wird, zumal Qualifikationsstrukturen und Klassenverhältnisse in der Armee nach wie vor verhindern, daß Ägypter die Waffen, die angeblich ihrer nationalen Befreiung dienen sollen, selbst bedienen.

Die Sowjetunion bedankt sich für diese Möglichkeit, ihr Gewicht im „Gleichgewicht der Großmächte“ zu wahren, mit krampfhaften Versuchen am „arabischen Sozialismus“ etwas sozialistisches zu finden, was sich dann so liest: „Sogar in den Fällen, in denen sich die staatliche Wirtschaftspolitik auf die Unterordnung des staatlichen Sektors unter die Interessen der privaten Unternehmer orientiert, bleibt sein objektiv progressives Wesen erhalten.“³⁶⁾

Tatsächlich umfaßte bereits Mitte 1963

der staatliche Sektor etwa 80% der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit und wurde damit zum bestimmenden Faktor in der Entwicklung der Wirtschaft. Im Anschluß an die Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft 1956 verstaatlichte die ägyptische Regierung sämtliche ausländische Banken, Handelsagenturen und Versicherungsgesellschaften. **Doch die Verstaatlichungen des ausländischen Besitzes, des Außenhandels und zum Teil des Binnenhandels, des Währungs- und Banksystems und bedeutender Teile des industriellen Sektors waren „begleitet von der Unterdrückung jeder selbständigen Arbeiterbewegung, der Unterwerfung aller Gewerkschaftsorganisationen.“³⁷⁾ Auf daß diese nicht mit klassenkämpferischen Aktivitäten das materielle Wohlergehen der herrschenden Klasse gefährde.**

Jener Klasse, die einst kleinbürgerlichen Verhältnissen entstammend, damals unter der Last der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer stöhnend, schwang sich nach der ägyptischen Revolution selbst zu der Klasse auf, die parasitär sich mittels des aufgeblähten Staatsapparates das gesellschaftliche Mehrprodukt aneignete und zum größten Teil konsumierte (das

zeigt allein schon der überproportional hohe Verbrauch an Luxusgütern aller Art).³⁵⁾ Betrübnt müssen sowjetische Autoren feststellen, daß, „sogar in einem Land wie der VAR ein hoher Staatsbeamter die Möglichkeit hat, bedeutende Ländereien zu besitzen.“³⁹⁾ Denn: Charakteristisch ist, daß die Mittel, die die Staatsbeamten aufgrund ihrer hohen Gehälter oder mit Hilfe verschiedener Finanzoperationen ansammeln, häufig die Grundlage für eine eigene unternehmerische Tätigkeit werden.

Daß zur Sicherung dieser Herrschaftsverhältnisse einiger Aufwand notwendig wird, ist einsichtig. So kann es auch nicht verwundern, eher an Al-Afghani erinnern, wenn Nasser also spricht:

„Der Sozialismus ist eine Verherrlichung der Religion. Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern ein weltliches System. Er ist die Religion der sozialen Gerechtigkeit, weil er Almosen postuliert.“⁴⁰⁾

Das war an die Armen des Landes gerichtet, an die Reichen wendet sich Nasser-Freund Heikal, wenn er sagt:

„Privateigentum ist ein Recht, sogar ein Ziel, es bleibt in dem Rahmen, in dem Ausbeutung verhindert wird.“⁴¹⁾

Die Interessen der ehemaligen Kleinbürger beschreibt Marx treffend in seiner „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund deutscher Kleinbürger“ Mitte des 19ten Jahrhunderts: „Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Änderung der sozialen Zustände, wodurch ihnen die gesellschaftlichen Zustände möglichst erträglich und bequem gemacht werden. Sie verlangen daher vor allem eine Verminderung der Staatsausgaben durch Beschränkung der Bürokratie und Verlegung der Hauptsteuer auf die großen Grundbesitzer und Bourgeoisie. Sie verlangen ferner die Beseitigung des Druckes des großen Kapitals auf das kleine durch Kreditinstitute und Gesetze gegen Wucherer, wodurch es ihnen und den Bauern möglich war, Vorschüsse von dem Staat statt von den Kapitalisten zu günstigen Bedingungen zu erhalten; ferner Durchführung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse auf dem Lande durch vollständige Beseitigung und raschen Vermehrung des Kapitals soll ferner durch Beschränkung des Erbrechts teils durch Überweisen möglichst vieler Arbeiten an den Staat entgegengetreten werden. Was die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, daß sie Lohnarbeiter bleiben sollen wie bisher.“⁴²⁾

Für den Westen haben die arabischen „sozialistischen“ Regimes vor allem eine Funktion erfüllt: die Zerstörung des unbrauchbar gewordenen klassischen Kolonialsystems und seine Ersetzung durch das neokoloniale System der Herrschaft internationaler Konzerne. Die „Sozialisten“ treten damit an die Stelle der ehemals herrschenden Klassen, die sie mehr oder weniger brutal entmachtet

haben und in deren Rolle als Vermittler, als lokaler Agent des Imperialismus ersetzt.

Anmerkungen

- 1) DER SPIEGEL Nr. 38/72 S. 88
- 2) Jochen Noth, Arabischer Nationalismus, Palästinensische Befreiungsbewegung und die Demokratische Revolution in Jordanien; in NRF S. 5
- 3) Ahmad El Kodszy, Nationalism and Class Struggles in the Arab World, Monthly Review No 3, Vol. 22 S. 5/6 zit. nach Noth a.a.O. S. 5
- 4) El Kodszy a.a.O. S. 28
- 5) M. Al Hamuc, Die britische Palästina-Politik S. 13
- 6) Völkerbund, Responsibilities of the League arising out of Article 22 Nr. 20/48 161 S. 5 zit. nach S. Hadawi, Bittere Ernte S. 86
- 7) Verfassung der Jewish Agency vom 14. 7. 1929, Art. 3d u. 3e, vgl. Neue Kritik Nr. 42/43 S. 57
- 8) Al Hamuc a.a.O. S. 165
- 9) Bericht der Peel Kommission
- 10) Al-Diffa vom 1. 6. 1936
- 11) Nathan Weinstock, Le sionisme contre Israel, Paris 1969 S. 180, zit. nach Noth a.a.O. S. 9
- 12) Eli Löbel, Die Juden in Palästina; in: Gerius/Löbel, Die Araber in Israel, München 1970 S. 24, zit. nach Noth a.a.O. S. 8
- 13) George L. Harris, Jordan its People, its society its culture, New Haven 1958 S. 75, zit. nach Noth a.a.O. S. 11
- 14) vgl. Noth a.a.O. S. 11/12
- 15) vgl. Krippendoff, Die amerikanische Strategie

- 16) ebd.
- 17) vgl. Statistisches Bundesamt, Länderkurzberichte: Jordanien, Wiesbaden 1967 S. 5
- 18) Noth a.a.O. S. 14
- 19) a.a.O. S. 14
- 20) Al-Djabha Nr. 3/4 1969, Heidelberg S. 4
- 21) M. Kischli, Kapitalismus und Linke im Libanon, Frankfurt 1970 S. 28
- 22) Al Hurria vom 17. 11. 1969, zit. nach Al Djabha Nr. 3/4 69 S. 4
- 23) Kischli a.a.O. S. 32
- 24) B. Tibi, Einleitende Bemerkungen zu Kischli a.a.O. S. 8
- 25) B. Khuri, haqaiq lubnanijja, zit. nach Kischli a.a.O. S. 98
- 26) a.a.O. S. 105
- 27) Al-Afghani, Die Refutation der Materialisten, zit. nach B. Tibi, Die arabische Linke, Frankfurt 1969 S. 12
- 28) a.a.O. S. 26
- 29) ebd.
- 30) M. Aflaq, Für die Baath, zit. nach Tibi a.a.O. S. 27
- 31) a.a.O. S. 29
- 32) ebd.
- 33) G. A. Nasser, Die Philosophie der Revolution, zit. nach Tibi a.a.O. S. 32
- 34) ebd.
- 35) vgl. Noth a.a.O.
- 36) Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Berlin 69, zit. nach E. Kleine, der Staat als Hebel der ursprünglichen Akkumulation . . . in Al Djabha Nr. 13/72 S. 24
- 37) vgl. Tibi a.a.O.
- 38) Vgl. Noth a.a.O. S. 16
- 39) Kleine a.a.O. S. 20
- 40) Nasser, Reden Bd. 4 S. 419, zit. nach Kleine a.a.O. S. 21
- 42) Karl Marx, MEW 7 S. 247



Keine Kinder von Traurigkeit.

Studenten von heute machen gern mal ein Faß auf und schauen sich um in der Welt. Weil sie aber nicht von gestern sind, sichern sie sich auch ab, damit sie im Krankheitsfall nicht in die Miesen kommen.

Die DEBEKA – als Krankenversicherung die größte berufsständische Selbsthilfeeinrichtung der Beamtenschaft – bietet Studenten, welche die Beamtenlaufbahn einschlagen wollen, für die Dauer des Studiums umfassenden Versicherungsschutz nach den Sondertarifen „Ab“ zu einem tragbaren Beitrag. Darüber hinaus lohnt es sich, bei der DEBEKA eine Lebensversicherung günstig abzuschließen – hier ist sie übrigens nicht berufsständisch gebunden. Sie sollten mit uns bald ein „teach in“ vereinbaren.

Vertrauen nützt – Vertrauen schützt

Debeka

Krankenversicherungsverein a.G.
Lebensversicherungsverein a.G.
Hauptverwaltung: 54 Koblenz
Südallee 15-19 · Postfach 460

Bezirksverwaltung: 6 FRANKFURT 1
Schützenstraße 12 - Telefon 06 11 / 28 33 81

Friedenspolitik in Nah-Ost

In der Vergangenheit wurde die Widerstandsbewegung von den arabischen Regimes, besonders von Ägypten, stets als Druckmittel benützt, um für die erhoffte „Normalisierung“ der Lage eine gute Verhandlungsposition zu erreichen. Der jordanische Bürgerkrieg im Herbst 1970, in dessen Verlauf denn auch ein Teil der Bewegung liquidiert wurde, signalisierte die erste Phase der „Friedensregelung“. Der kurze Zeit vorher bekannt gewordene Rogers-Plan mit der Zustimmung durch Kairo und Amman zeigte dem führenden arabischen Land Ägypten offensichtlich einen gangbaren Weg zur Lösung des Nah-Ost-Konflikts. Doch nicht die Vereinbarungen dieser Regelung sondern die dahinter stehenden Erwartungen verschaffen Einsicht über die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der „Friedensverhandlungen“ im Nahen Osten.

Die herrschende ägyptische Klasse braucht den „Frieden“. Denn die durch den permanenten Kriegszustand mobilisierten Massen bilden eine ständige Gefahrenquelle sowohl für die Privilegien der ägyptischen Bourgeoisie (2,5% der Bevölkerung eignen sich ein Viertel des Sozialprodukts und 10% der Bevölkerung 54% der Konsumgüter an) als auch für die Vorhaben der wirtschaftlichen Liberalisierungs- und Reprivatisierungsmaßnahmen.

Diese Vorhaben fanden ihren jüngsten Ausdruck

- in der Aufhebung der Restriktionen über die freie Verfügung von Vermögen und Kapital,
- in der Schaffung einer ägyptischen internationalen Bank für den Außenhandel mit vom staatlichen Sektor völlig unabhängigen gesetzlichen Bestimmungen,
- und vor allem in der Zusicherung für ausländische Investoren, ihre Gewinne und die Gehälter ausländischer Angestellter zurückführen zu können.

Auf die ägyptischen Bestrebungen auch zu den USA-Gehilfen – dem Schah von Persien, König Feisal und dem Kommunistenfresser Numeyri – gute Beziehungen herzustellen, reagierte die USA ihrerseits mit Wohlwollen: Die USA verlängerten die Rückzahlungsfrist der ägyptischen 125-Millionen-Dollar-Schulden um sieben Jahre und der Weltbankpräsident McNamara, vormaliger US-Kriegsminister, gewährte eine Anleihe

von 237 Millionen Dollar, rückzahlbar in 50 Jahren.

Die plötzliche Zuneigung der USA zu Ägypten ist allerdings nicht mißzuverstehen als Anerkennung der Hinwendung zum Westen. Die Neue Züricher Zeitung schrieb schon am 15. 4. 69, auf die Erdölvorkommen in Ägypten eingehend: „Aufgrund der vorliegenden Prospektierungsergebnisse soll für 1970/71 das Produktionsvolumen auf 40 Millionen Tonnen gesteigert werden. Die Aufmerksamkeit der ausländischen Erdölgesellschaften ist denn auch immer mehr auf Ägypten gerichtet.“

Die Politik der USA verfolgt darüber hinaus das Ziel, den Einfluß der USA auf Kosten der UdSSR in dem Raum zu erweitern, den Nixon

„die Pforten zum Mittelmeer, die Türangel der NATO und den Ausgang nach Indien“ nannte. Um die darin sich ausdrückenden Interessen der USA zu sichern, ist es einerseits notwendig, die lokalen, pro-amerikanischen Bourgeoisien zu unterstützen, andererseits den Einfluß des konkurrierenden Wirtschaftsverbandes EWG zurückzudrängen. **Deshalb schlug die USA mit dem Rogers-Plan die Taktik eines Teilabkommens ein, um ein von den vier Mächten garantiertes Globalabkommen – und damit die Einflußnahme der UdSSR und der EWG-Staaten Frankreich und England – zu verhindern.**

Israel, das sehr wohl die Gefahr für die eigene Existenz in einem „Frieden“ er kennt, gelang es, das Teilabkommen vorläufig zu blockieren. Israel wies alle Vorschläge der USA zurück. Selbst weitreichende Konzessionen Sadats konnten die israelische Haltung nicht verändern. Zwar ist die wirtschaftliche Lage in Israel durch die ständige militärische Mobilisierung außerordentlich angespannt, zwar wird der EWG-Beitritt Englands, dem Hauptabnehmer israelischer Produkte, die Exportlage Israels weiter verschärfen, **doch die herrschende Klasse ist angewiesen auf einen dauerhaften Konflikt, um im Namen einer sich verteidigenden Volksgemeinschaft die inneren Widersprüche unterdrücken zu können.** Nur in der Fortführung der Kriegssituation werden Disziplinierungsparolen wie „die Heimat fällt der Front in den Rücken“, mit der Finanzminister Shapir die wachsende Zahl der Streiktage (1968: 68 000 – 1969: 400 000) kommentierte, ihre Wirkung weiterhin zeigen.

Schwerer noch wiegt die Sorge Israels, es könnte durch die Annäherung der USA an Ägypten seine Rolle als strategisch-militärischer Vorposten verlieren. Noch liegt die Bedeutung Israels, und damit dessen Unterstützung, vorwiegend darin begründet.

Daß es möglicherweise den USA nicht gelingt, ihre langfristigen wirtschaftlichen und strategischen Bedürfnisse im Nahen Osten in der nächsten Zeit zu realisieren liegt an den partiell unterschiedlichen Interessen zweier Fraktionen des US-Kapitals: Chemische und petrochemische Industrie einerseits, die den „Frieden“ als Voraussetzung für die vollständige und günstige Ausbeutung der arabischen Erdölvorräte brauchen, und andererseits der Rüstungsindustrie, die durch den Krieg enorme Profite macht.

Wenn auch vorläufig die Friedensbemühungen gescheitert sind, werden doch in Zukunft die USA ihre Bemühungen vorwiegend auf Ägypten richten müssen. Die relativ unbedeutende Rolle die dann Israel für die USA spielen wird, läßt sich von den Zionisten nur aufschieben durch permanentes Anheizen des Konflikts, um über die amerikanische Rüstungslobby Einfluß auf die Politik des Weißen Hauses auszuüben.



„Die Sozialdemokratie will nicht den Zusammenbruch des Kapitalismus. Sie will wie ein Arzt zu heilen und zu bessern versuchen.“

Der Sozialdemokrat Fritz Tarnow, 1931

Rainer Barzel ist Kanzlerkandidat geblieben. Und die SPD ist stärkste Partei im deutschen Bundestag geworden.

Eine Partei der ‚Ballonmützen‘ ist sie die längste Zeit gewesen, der Unternehmerhut steht ihr heute schon eher zu Gesicht. Und jenes Odium ‚nationaler Unzuverlässigkeit‘, das ihr jahrzehntelang anhaftete, scheint weitgehend verfliegen.

Die SPD-Gallionsfigur, die von der CDU so erfolglos als ‚norwegischer Partisan‘ apostrophiert wurde, scheint den Bürgern — und gerade den studentischen — doch wohl aus dem rechten Holz geschnitzt, die allenthalben anstehenden Probleme der westdeutschen Marktwirtschaft erfolgreich anzupacken.

Nun, da die Zeit vorüber ist, in der die politische Gesinnung weitgehend auf die Höhe der Jackettaufschläge gerutscht war, muß man um so deutlicher ins Blickfeld rücken, was an sozialdemokratischer Ideologie und Politik auf uns zukommen wird (und auch wo es herkommt).

Die dsz wird sich darum in ihrer nächsten Ausgabe mit der Kritik der SPD befassen, und zwar hauptsächlich in drei Bereichen. Es wird zu zeigen sein:

● wie die SPD sich ‚von Gotha bis Godesberg‘ von einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des ganzen Volkes entwickelt hat und wie in ihrer Politik die Frage „Sozialreform oder Revolution“ zur Frage „Sein oder Nichtsein“ wurde.

● wie die SPD ‚soziale Marktwirtschaft‘ begreift, wie sie Marx mit Keynes erschlug und wie es ihr gelang, die ‚CDU mit den Waffen der CDU zu schlagen‘.

● wie die SPD ihre ‚Friedenspolitik‘ auch als ‚Arbeitsfrieden‘ durchsetzen will, wie sie an Reformillusionen strickt und wie sie mit mächtigen Verbündeten für etwas kämpft, was man am ehesten als ‚autoritären Sozialstaat‘ bezeichnen kann.



SPD
Sozialdemokraten

